



Plenarprotokoll

3. Sitzung

Donnerstag, 29. Juni 2017

**Verpflichtung der Abgeordneten
Aminata Touré und Tobias Loose ..**

26

Gemeinsame Beratung

**a) Einsetzung des Parlamentari-
schen Kontrollgremiums gemäß
§ 26 Absatz 2 des Gesetzes über
den Verfassungsschutz im Lan-
de Schleswig-Holstein (Landes-
verfassungsschutzgesetz -
LVerfSchG)**

26

Dringlichkeitsantrag der Fraktio-
nen von CDU, SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD so-
wie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/39

**b) Wahl der Mitglieder des Parla-
mentarischen Kontrollgremi-
ums**

27

Wahlvorschlag der Fraktionen von
CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP, AfD und der Ab-
geordneten des SSW
Drucksache 19/40

**c) Bestellung der Mitglieder der G
10-Kommission gemäß § 26 Ab-
satz 2 des Gesetzes über den
Verfassungsschutz im Lande
Schleswig-Holstein (Landesver-
fassungsschutzgesetz –
LVerfSchG)**

27

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/41		Überholverbot für Lkw auf der A 7	78
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	27	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/12 (neu)	
Regierungserklärung zu Beginn der neuen Wahlperiode	27	Stauvermeidung auf Schleswig-Holsteins Autobahnen	79
Drucksache 19/35		Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/36	
Daniel Günther, Ministerpräsident	27	Flemming Meyer [SSW].....	79
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	33	Hans-Jörn Arp [CDU].....	80
Tobias Koch [CDU].....	40	Kai Vogel [SPD].....	81
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	46	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	84
Wolfgang Kubicki [FDP].....	52	Kay Richert [FDP].....	86
Jörg Nobis [AfD].....	59	Volker Schnurrbusch [AfD].....	87
Lars Harms [SSW].....	61	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	88
Claus Schaffer [AfD].....	68		
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	69	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/12 (neu) und der Drucksache 19/36 an den Wirtschaftsausschuss.....	89
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage	71	Einführung des Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr bei Bundestagswahlen	89
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/11		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/24	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/37		Tobias von Pein [SPD].....	89
Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/38		Petra Nicolaisen [CDU].....	90
Lars Harms [SSW].....	71	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	91
Petra Nicolaisen [CDU].....	72	Dennys Bornhöft [FDP].....	93
Martin Habersaat [SPD].....	73	Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD].....	94
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	75	Lars Harms [SSW].....	95
Kay Richert [FDP].....	76	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	96
Claus Schaffer [AfD].....	77	Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	97
Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	77	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/24 an den Innen- und Rechtsausschuss.....	98
Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/11 mit der Maßgabe der Drucksache 19/37 und des Änderungsantrags Drucksache 19/38 an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss.....	78	Verfassungsschutzbericht 2016	98
		Bericht der Landesregierung Drucksache 19/9	

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	98	Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Abgeordneten des SSW	
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	99	Drucksache 19/39	
Kathrin Wagner-Bockey [SPD].....	100		
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	102	b) Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums	107
Wolfgang Kubicki [FDP].....	103		
Claus Schaffer [AfD].....	104	Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Abgeordneten des SSW	
Lars Harms [SSW].....	105	Drucksache 19/40	
Beschluss: Kenntnisnahme des Berichts Drucksache 19/9.....	106		
Gemeinsame Beratung			
a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes	106	c) Bestellung der Mitglieder der G-10-Kommission gemäß § 26 Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein (Landesverfassungsschutzgesetz - LVerfSchG)	107
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW		Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW	
Drucksache 19/17		Drucksache 19/41	
b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Entschädigung von Abgeordneten	106	Beschluss: 1. Annahme des Antrags	
Antrag der Fraktion der AfD		Drucksache 19/39	
Drucksache 19/18		2. Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/40 mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtags	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses		3. Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/41.....	107
Drucksache 19/42			
Barbara Ostmeier [CDU], Berichterstatterin.....	106	Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags	108
Beschluss: 1. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/17		Drucksache 19/25	
2. Ablehnung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/18.....	107	Beschluss: Annahme.....	108
Gemeinsame Beratung			
a) Einsetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß § 26 Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein	107		

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Monika Heinold, Finanzministerin

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

* * * *

Beginn: 09:03 Uhr**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie ganz herzlich. Ich darf auch ganz herzlich die Besucherinnen und Besucher begrüßen, die zu der frühen Stunde schon bei uns sind. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Abgeordneten Monika Heinold und Ingbert Liebing haben ihre Mandate niedergelegt und sind aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag ausgeschieden.

Der Landeswahlleiter hat als Nachfolgerin für die ausgeschiedene Abgeordnete Heinold Frau Aminata Touré festgestellt. Als Nachfolger für den Abgeordneten Liebing hat der Landeswahlleiter Herrn Tobias Loose festgestellt. Die Abgeordneten haben ihre Landtagsmandate am 29. Juni 2017 angenommen.

Ich werde die Verpflichtung in der Weise vornehmen, dass ich die Eidesformel verlese und die Abgeordneten bitte, den Eid so zu leisten, dass Sie nach der Eidesformel einzeln zu mir kommen und mit erhobener rechter Hand die Worte nachsprechen: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“. Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. - Ich bitte nunmehr die beiden Abgeordneten zur Verpflichtung nach vorn. Sie alle bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich - Die Abgeordneten Aminata Touré und Tobias Loose werden nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordnete und als Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen.)

- Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

(Beifall)

Gemeinsame Beratung

- a) **Einsetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß § 26 Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein (Landesverfassungsschutzgesetz - LVerfSchG)**

(Präsident Klaus Schlie)

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/39

b) Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/40

c) Bestellung der Mitglieder der G 10-Kommission gemäß § 26 Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein (Landesverfassungsschutzgesetz – LVerfSchG)

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/41

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit den Drucksachen 19/39 und 19/40 liegen Ihnen im Wege der Dringlichkeit ein interfraktioneller Antrag zur Einsetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß § 26 Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein sowie ein Wahlvorschlag zur Besetzung dieses Gremiums vor.

Des Weiteren haben die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie die Abgeordneten des SSW mit der Drucksache 19/41 einen Dringlichkeitsantrag zur Bestellung der Mitglieder der G-10-Kommission gemäß § 26 Absatz 2 des Landesverfassungsschutzgesetzes eingereicht. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse zunächst abstimmen über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag Drucksache 19/39, Einsetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums, sowie über den dazugehörigen Wahlvorschlag Drucksache 19/40. Wie Sie wissen, gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich schlage vor, den Antrag als Tagesordnungspunkt 12 A) und den Wahlvorschlag als Tagesordnungspunkt 12 B) in die Tagesordnung einzureihen.

Dann haben wir noch abzustimmen über den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Abgeordneten des SSW zur Bestellung der Mitglieder der G-10-Kommission Drucksache 19/41. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, auch das ist einstimmig so beschlossen. Somit ist die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln erreicht. Ich schlage Ihnen die Einreihung als Tagesordnungspunkt 12 C) in die Tagesordnung vor.

Weiter schlage ich vor, die Vorlagen heute Nachmittag gemeinsam aufzurufen und ohne Aussprache abzustimmen. - Ich sehe, das findet die Zustimmung des Hauses. Dann werden wir entsprechend verfahren.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 A auf:

Regierungserklärung zu Beginn der neuen Wahlperiode

Drucksache 19/35

Ich erteile dem Ministerpräsidenten Daniel Günther das Wort. - Wir üben die Technik noch ein wenig, Herr Ministerpräsident, aber den Ton kriegen wir schon noch hin.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Ich spreche einfach ein wenig lauter.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Ministerpräsident, das ist auch für die deutsche Öffentlichkeit!)

Wolfgang Kubicki ist auch ohne Mikrofon in der deutschen Weltöffentlichkeit zu hören, dann schaffe ich das auch.

(Beifall CDU)

Ich darf als Allererstes alle neu und alle wiedergewählten Parlamentarier sehr herzlich zu ihren Ämtern beglückwünschen. Im Landtag Politik für die Menschen machen zu dürfen, das ist eine große Ehre. Ich empfinde das jedenfalls so.

Wir sind nah dran an den Menschen und wollen bürgernahe Politik machen. Gleichzeitig gestalten wir Deutschland im föderalen Miteinander. Die gestiegene Wahlbeteiligung zeigt: Die Leute interessieren sich für Landespolitik. Ich finde, dass jetzt mehrfach hintereinander die Wahlbeteiligung so deutlich gestiegen ist, auch bei Landtagswahlen, ist ein ausgesprochen gutes Ergebnis. Es zeigt: Es lohnt sich, dafür zu kämpfen, dass Menschen zur Wahl gehen. Ich finde, das ist ein ganz großartiges Signal.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und vereinzelt SSW)

Aber die Wählerinnen und Wähler haben zu Recht Erwartungen und Ansprüche an uns. Für mich erwächst daraus die Pflicht, hier in diesem Hohen Haus respektvoll und fair miteinander umzugehen. Wir haben es auch am gestrigen Tag gezeigt: Wir können das. Die Verdienste der Vorgängerregierung werden bleiben.

Ich gebe zu: Ich habe großen Respekt vor meinem neuen Amt. Ich trete es mit Demut an, aber zugleich auch mit Freude, denn das Bündnis aus CDU, Grünen und FDP ist eine Koalition der Möglichmacher, eine Koalition der Brückenbauer, eine Koalition derer, die über ihren eigenen Schatten springen, die sich Verantwortung trauen und die in diesem für alle neuen Bündnis eine Chance sehen: für mehr Dynamik im Land, für mehr Wirtschaft und Umwelt im Einklang, für Menschlichkeit, für Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP)

Das war am Tag nach dem 7. Mai 2017 für viele so nicht vorstellbar. Niemand von uns hat es sich einfach gemacht. Doch die intensiven Verhandlungen haben sich gelohnt. Nicht der kleinste gemeinsame Nenner kam dabei heraus, sondern aus den Schnittmengen unserer unterschiedlichen Vorstellungen haben wir ein echtes gemeinsames Projekt entwickelt. Genau dazu haben uns die Wählerinnen und Wähler aufgefordert.

Jetzt wollen wir gemeinsam das Beste für Schleswig-Holsteins Zukunft erreichen, denn wir haben große Herausforderungen zu bewältigen. Wir haben in der Sache hart miteinander gerungen, uns auf viele gemeinsame Ziele und Pläne verständigt, mit denen wir Schleswig-Holstein gerecht, ökologisch und dynamisch gestalten werden. Auch für die politischen Fragen, die uns trennen, haben wir klare, verbindliche Vereinbarungen getroffen. Von unserer Partnerschaft soll, gerade weil sie etwas Neues ist, ein Signal ausgehen. Politik ist in Bewegung, Politik heißt Gestalten. Wir zeigen gemeinsam: Wer wirklich will, kann Trennendes überwinden, sich auf Ungewohntes einlassen und Zusammenhänge neu denken.

Gerungen haben wir auch im Wahlkampf miteinander, auch hier im Parlament. Das muss so sein. Dieser Wettstreit der Argumente ist das Wesen der Demokratie. Ich freue mich auf diese Debatten - und sage das gerade auch mit Blick auf die Sozialdemokraten und den SSW. Wir sind jetzt in anderen Rol-

len als vor der Wahl. Ich möchte die Debatten im gegenseitigen Respekt führen. Ideen werden nicht dadurch klug, dass sie aus den Regierungs- oder aus den Oppositionsfraktionen geboren werden. Vielleicht kann dieser Wettstreit Regierungshandeln am Ende sogar auch klüger machen. Und wer nicht auf ausgetretenen Pfaden ans Ziel kommt, muss sein politisches Navi auf eine andere Route ausrichten, der muss neue Wege suchen, der muss Brücken bauen und Wagnisse eingehen. Wer wirklich will, traut sich Verantwortung.

Bürgersinn, Freiheit und Demokratie sind dabei der Wertekompass, den wir Christdemokraten, Grüne und Freie Demokraten gemeinsam haben. Diese Werte verbinden und leiten uns.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

Sie sind eine gute Basis, auf der wir jetzt die notwendige Modernisierung unseres Landes entschlossen angehen. Schleswig-Holstein braucht noch mehr Tempo, um das Land voranzubringen, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und unsere Ressourcen zu schonen. Schleswig-Holstein soll ein Land sein, in dem die Menschen gern leben und arbeiten - weltoffen, tolerant und demokratisch. Dafür haben wir uns viel vorgenommen.

Ich will mit diesem Bündnis eine Verbesserung in Bildung, in Sicherheit, in Infrastruktur, in Umweltschutz und Energiewende, in Gesundheit und Verkehr für eine dynamische Entwicklung schaffen. Diese Koalition eröffnet Schleswig-Holstein die Chance darauf, wir werden sie nutzen.

In vielen Bereichen müssen und wollen wir kräftig aufs Tempo drücken. Bei der Sanierung unserer Infrastruktur wollen wir richtig vorankommen. Dafür krempeln wir jetzt die Ärmel auf. Das heißt im Klartext: Wir müssen auch mehr investieren. Kluge Investitionen sind das A und O unserer Politik. Nicht alles lässt sich mit Geld lösen, und das kann sich ein Land wie Schleswig-Holstein auch gar nicht leisten. Deshalb kommt es darauf an, an den richtigen Stellen zu investieren. Gut 500 Millionen € mehr werden wir in dieser Legislaturperiode in unser Land geben und damit die Investitionsquote auf ein höheres Niveau heben. Wir haben konkret verabredet, wie wir das Gros dieser Mittel einsetzen: 100 Millionen € in Hochschulen, 50 Millionen € in den Schulbau, ebenso viel jeweils in die digitale Infrastruktur und in unsere Krankenhäuser. 120 Millionen € investieren wir zusätzlich in das Straßennetz. Mit weiteren 40 Millionen € stocken wir die Mittel für den öffentlichen Nahverkehr auf.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Den Sanierungsstau werden wir damit effektiv abbauen, meine Damen und Herren,

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

auch weil wir endlich das Geld investieren, das dafür in einigen Ressorts gewissermaßen auf der hohen Kante liegt. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wird ein Schwerpunkt sein; denn auch Elektroautos, Fahrräder und Busse fahren auf Straßen und Wegen. 40 Millionen € sind zusätzlich für den ÖPNV, je 10 Millionen € für E-Mobilität und den Ausbau der Radwege vorgesehen. Mit den 120 Millionen € zusätzlich im Straßenbau werden wir endlich erreichen, dass wir jedes Jahr 90 Millionen € in die Landesstraßen investieren. Dazu werden wir mehr Planer einstellen, damit wir die Herausforderungen auch stemmen können. Und, das ist mir besonders wichtig, alle zur Verfügung stehenden Bundesmittel wollen wir komplett nutzen, um den Bundesverkehrswegeplan umzusetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zur Infrastruktur in einer älter werdenden Gesellschaft gehören auch gute und verlässliche Gesundheits- und Pflegestrukturen. Wir tun etwas für soziale Infrastruktur, für bezahlbaren Wohnraum, für Solidarität und Teilhabe. Ein besonderes Augenmerk liegt in dieser Wahlperiode auf der Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir nutzen die gute Finanzlage, um das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein zu verbessern, um unser Land zukunftsfähig und wettbewerbsfähig zu machen.

Wir investieren unter der Prämisse: Wir geben nicht mehr aus, als wir einnehmen. - Deshalb behalten wir die Steuerentwicklung und die Situation bei der HSH Nordbank genau im Blick. Wir wollen ausgeglichene Haushalte erreichen und Schulden abbauen. Wenn wir Haushaltüberschüsse haben, dann nutzen wir sie zum Schuldenabbau, zur Sanierung der Infrastruktur und für den Versorgungsfonds. Wir wissen nicht, wie die Konjunktur läuft und ob wir in den kommenden Jahren tatsächlich überall mehr machen können. Daher werden wir den Haushalt so gestalten, dass wir unsere Schwerpunkte finanzieren können, auch wenn wir ohne Überschüsse auskommen müssen.

Eines unserer Leitprojekte wird die neue Kita-Finanzierung sein, gekoppelt mit mehr Kita-Qualität. Wie oft wurde ich vor der Landtagswahl darauf angesprochen, von Menschen, die gesagt haben: Die

Kita-Beiträge in Schleswig-Holstein sind eine echte Belastung für uns als Familie. Auch die Kommunen werden von den stetig steigenden Kita-Ausgaben erdrückt. Das weiß jeder hier im Parlament, auch in der Opposition. Deshalb haben Sie ja auch den Letter of Intent mit den Kommunen ausgehandelt. Wir werden es aber nicht bei dieser Absichtserklärung belassen, wir werden Kommunen und Eltern entlasten, damit Schleswig-Holstein das familienfreundlichste Land wird, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir sehen hier das Land in der Pflicht - und es geht stärker in die Verantwortung. In dieser Legislaturperiode werden wir den Zuschuss des Landes für Betriebskosten um 50 Millionen € aufstocken. Noch einmal 50 Millionen € werden wir bereitstellen, um Eltern finanziell zu entlasten, um den Wegfall des Kita-Geldes auszugleichen. Mit den Kommunen werden wir die Kita-Finanzierung so aufstellen, dass die nötigen Anreize und entstehende Mehrkosten berücksichtigt sind. Wir haben den Mut für eine umfassende Reform der Kita-Finanzierung. Sie ist überfällig, sie ist kein Selbstgänger. Deshalb werden wir sie zusammen erarbeiten: mit den Kommunen, mit den Kita-Trägern und, ja auch, mit den Elternvertretungen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bin sicher, mit diesen Partnern werden wir etwas Gutes hinbekommen für flexiblere und qualitativ hochwertige Kitas in Schleswig-Holstein.

Wir sehen uns im Wort und werden uns nicht wegducken. Allein für die Qualität frühkindlicher Bildung werden wir zusätzlich 70 Millionen € ausgeben - für mehr und gutes Personal, für variable Betreuungszeiten, kurzum, für eine frühkindliche Bildung, die allen Kindern den bestmöglichen Start in ihr Leben verspricht und die den Vätern und Müttern hilft, im Beruf zu bleiben. Daran sehen Sie schon: Ein Investitionsschwerpunkt dieser Landesregierung wird die Bildung sein.

Lernen, Studieren, Forschen und Lehren - das soll bei uns im Norden attraktiver werden. Wir wollen mehr Freiräume für Schulen und Hochschulen schaffen. Sie sollen sich entwickeln können; mit zusätzlichen Mitteln werden wir das erleichtern.

Wir wollen unsere Hochschulen in die Lage versetzen, weiterhin die besten und klügsten Köpfe nach Schleswig-Holstein zu locken. Wir wollen, dass unsere Hochschulen junge Leute auf eine immer kom-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

plexere Welt vorbereiten - um ihr Wissen dann bei uns in Schleswig-Holstein anzuwenden, als Lehrerinnen und Lehrer, als Forscherinnen und Forscher, als Ingenieurinnen und Ingenieure, als Ärztinnen und Ärzte. Ein Wissenschaftsstandort, an dem die Menschen gern leben und arbeiten, ist gut für unsere Unternehmen, für unseren Haushalt, für unsere Sozialsysteme - er ist gut für das ganze Land, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Über die nächsten fünf Jahre planen wir deshalb 100 Millionen € mehr ein für die Hochschulen, für die Sanierung von Gebäuden. Mehr gibt es aber auch für die Grundfinanzierung; denn alle hier wissen - das wissen wir auch aus vielen Debatten, die wir hier im Landtag geführt haben -: Unsere Unis in Schleswig-Holstein sind immer noch unterfinanziert. Deshalb brauchen wir auch mehr Mittel für eine exzellente Hochschulmedizin und für die Ausbildung dringend benötigter Ingenieure; denn wer Straßen und Infrastruktur zügiger planen und sanieren will, der muss auch Leute haben. Wir wollen das. Darum setzen wir hier Zeichen.

Das gilt auch für die Schulen in unserem Land. Wir wollen eine bessere Unterrichtsversorgung an allen Schulen - und das in besseren Schulen. 50 Millionen € mehr planen wir für den Bau und die Modernisierung von Schulgebäuden ein. Hier werden wir gemeinsam mit den Kommunen sanieren. Schließlich wollen wir, dass unsere Schulen modernen Ansprüchen genügen, dass Schüler nicht mehr über undichte Dächer oder zugige Fenster klagen müssen.

Damit wir 100 % Unterrichtsversorgung bis 2022 erreichen, werden wir die dafür notwendigen Stellen im System bereitstellen. Mehr Unterricht - das bedeutet mehr Bildungsgerechtigkeit und genauso eine Entlastung für Lehrerinnen und Lehrer. Darum geht es uns auch; denn sie brauchen Kraft und Gesundheit, um gemeinsam mit Schülern und Eltern gute Schule zu gestalten, wo Schülerinnen und Schüler Leistung erbringen wollen und können.

Unsere Verantwortung als Land ist es, den künftigen Lehrern das Rüstzeug dafür mitzugeben - in Kiel den angehenden Gymnasiallehrkräften und in Flensburg den Grund- und Gemeinschaftsschullehrern, auch dort auf Sek-II-Niveau. In Flensburg werden keine Kapazitäten abgebaut. Die Flensburger Hochschule bleibt so stark wie bisher. Auch das ist uns wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren bereiten wir jetzt vor, damit die Gymnasien vom Schuljahreswechsel 2019 an flächendeckend auf das G-9-Abitur umstellen können - sofern sie es denn wollen. Die Gymnasien haben einmalig die Chance, bei ihrem bisherigen G-8- oder Y-Modell zu bleiben, wenn die Schulkonferenz dies mit Dreiviertelmehrheit beschließt.

Außerdem kommen wir dem Elternwillen nach, zum Beispiel bei den Notenzeugnissen oder der Rückkehr zur Schreibrift.

Ähnliches bei der Inklusion: Lehrer und Eltern fühlen sich häufig alleingelassen. Wir müssen und wir werden das Angebot besser an die Bedürfnisse anpassen. Für eine gute Inklusion sind darum bis 2024 jährlich 70 neue Lehrerstellen für Sonderpädagogen geplant. Bestehende Förderzentren werden wir außerdem erhalten.

Alles andere als ein bildungspolitisches Stiefkind wird die berufliche Bildung sein. Sie ist eine tragende Säule unseres Bildungssystems. Bis zur Mitte der Legislaturperiode werden wir ein schleswig-holsteinisches Institut für Berufliche Bildung einrichten. Das Angebot von DaZ-Klassen muss auch im Berufsschulbereich weiter an die Nachfrage angepasst werden; denn hier entscheidet sich, ob Integration gelingt. Und über die Bedeutung erfolgreicher Integration sind wir uns mit der Vorgängerregierung absolut einig, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die duale Ausbildung werden wir mit einer Reihe von Maßnahmen insgesamt stärken, damit Ausbildung attraktiv wird, damit jeder Jugendliche die Chance auf eine Ausbildung hat und damit uns beim Übergang zwischen Schule und Beruf niemand verloren geht.

Unser Land werden wir wirtschaftlich wie ökologisch starkmachen. Ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft werden wir miteinander verbinden. In der Landwirtschaftspolitik sind wir überzeugt: Eine nachhaltige, eine umweltschonende, eine tiergerechte sowie eine erfolgreich wirtschaftende Landwirtschaft passen zusammen. Dazu werden wir unseren Beitrag leisten. Konventionelle und ökologische Betriebe sollen gleichermaßen eine faire Chance am Markt haben.

Wir sind in allen Wirtschaftsbereichen eine Koalition für Innovation und Fortschritt, für Klimaschutz

(Ministerpräsident Daniel Günther)

mit erneuerbaren Energien. Wir wollen Wohlstand und Arbeitsplätze sichern - und zugleich mehr Nachhaltigkeit in der Industrie und in allen anderen Wirtschaftsbereichen.

In Berlin werden wir uns für ein Einwanderungsge-
setz einsetzen, das auch den sogenannten Spur-
wechsel aus dem Asylverfahren ermöglicht. Ich bin
aus voller Überzeugung für ein Einwanderungsge-
setz. Wir werden es in den Bundesrat einbringen,
meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP - Zuruf SPD)

- Wir freuen uns auch auf Ihre Unterstützung.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Für mich ist das auch ein Beitrag im Kampf gegen
den Fachkräftemangel. Dieser ist eine zentrale Auf-
gabe für eine Regierung, die sich um die Probleme
der Unternehmen kümmert. Unsere Politik wird
mittelstandsfreundlich sein. Wir wollen ein Klima,
in dem sich Gründermut entfalten kann. Ich will ein
Land, in dem Lust auf Unternehmertum zu spüren
ist - womit ich weltweit werben kann. Ich werde als
Ministerpräsident regelmäßig im In- und Ausland
Werbung für unseren Standort Schleswig-Holstein
machen. Ich verstehe mich auch als Chefakquisiteur
des Landes, als Möglichmacher - auch in der Per-
son des Ministerpräsidenten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

Ja, wir sind eine Koalition der Möglichmacher. Wer
gute Ideen hat, dem werden wir helfen, damit er sie
in Schleswig-Holstein verwirklichen kann, etwa da-
durch, dass wir unnötige bürokratische Hürden ab-
bauen. Schleswig-Holstein soll richtig sexy sein für
Unternehmensgründer, so mittelstandsfreundlich
wie kein anderes Land. Wir sind neugierig auf krea-
tives Potenzial in Schleswig-Holstein.

Schwung wird die Digitalisierung bringen. Deshalb
wird sie ein weiteres Schwerpunktthema. Darum
setzen wir uns auch insoweit ehrgeizige Ziele. Wir
werden den flächendeckenden Glasfaserausbau
weitgehend vor 2025 abschließen. Die Digitalisie-
rung wird uns helfen, die Teilhabe der Bürger zu si-
chern, auch und gerade im ländlichen Raum. Sie
wird Bildungssystem und Verwaltung moderner
machen. Sie wird uns helfen, ökologische und wirt-
schaftliche Aspekte zu verknüpfen. Deshalb setzen
wir beim Querschnittsthema Digitalisierung ganz
bewusst einen Schwerpunkt und bündeln das The-
ma im Energiewendeministerium. Dazu wird es ein

Digitalisierungskabinetts unter meiner Leitung als
Ministerpräsident geben.

Dahinter steckt eine ähnliche Überlegung wie bei
der Zuständigkeitsregelung für den ländlichen
Raum: Bei Querschnittsthemen machen wir Politik
aus einer Hand, in diesem Fall im Innenministeri-
um. Wir sehen Entwicklungen in ihrer Gänze und
werden sie entsprechend lenken und abbilden. Städ-
te und Dörfer sind keine Gegensätze. Ein Innen-
ministerium muss beides gleichwertig im Blick ha-
ben. Wir führen Stadt und Land zusammen, meine
Damen und Herren,

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

unter anderem mit mehr Freiheiten für Kommunen
bei Wohnraum- und Gewerbeentscheidungen. Wir
geben Kompetenzen an die Kommunen zurück in
der Erwartung, dass die Kommunen die Spielräu-
me, die wir ihnen geben, nutzen - im Angenehmen
wie im Schwierigen.

Die Digitalisierung verändert überall alles, auch in
der Energiewende. Es geht immer mehr um den in-
telligenten Einsatz der erneuerbaren Energien. Er-
zeugung, Verbrauch und Infrastrukturen müssen
wie ein Räderwerk ineinandergreifen. Um die Ener-
gieversorgung auf Basis der erneuerbaren Energien
verlässlich und wirtschaftlich zu machen, brauchen
wir digitale Antworten.

Unser Anspruch: Schleswig-Holstein soll weiterhin
Vorreiter bei den erneuerbaren Energien sein. Wir
wollen Neues ausprobieren und etwa das Projekt
NEW 4.0 zusammen mit unseren Partnern in der
Metropolregion Hamburg zum Erfolg führen. Denn
die Erneuerbaren sind unser Pfund, eine wirtschaft-
liche Größe, mit der wir punkten können. Deshalb
werden wir hier engagiert bleiben. Bis 2025 sollen
die Windräder zwischen Nordsee und Ostsee
10 GW Leistung erbringen.

Ein Interesse eint alle drei Partner: Die Bürgerinnen
und Bürger wollen wir dabei mitnehmen. Das geht
nur, wenn wir die Windenergie im Land so ausbau-
en, dass wir die Akzeptanz erhalten. Der Schutz
von Menschen hat für uns einen hohen Stellenwert.
Die Naturschutzstandards und Klimaschutzziele
gelten natürlich auch für diese Regierung. Doch un-
ser Ziel ist ein höherer Abstand zwischen Windrä-
dern und Menschen.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Dafür setzen wir auf das Repowering von Altanla-
gen, vor allem an den windreichen Küstenstand-
orten, und wir werden den Leitungsausbau mit dem

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Windkraftausbau harmonisieren. Darauf haben wir uns fest verständigt. So nehmen wir die Menschen in unserem Land bei diesem wichtigen Projekt auch wieder mit, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Bei allen geplanten Projekten und Investitionen - wir lassen uns nicht vom Irrglauben leiten, das Land könne alles regeln. Das kann es nicht, schon gar nicht alleine mit Geld. Wir setzen auf die Menschen, auf deren Ideen und Kreativität. Diese Kräfte wollen wir mobilisieren. Wir werden Anreize setzen, fördern und unterstützen, damit jeder das Beste aus seinem Leben machen kann, egal woher er kommt, welchen sozialen Hintergrund oder welches Alter sie hat. Maßgeblich ist: Was kannst du leisten? Was willst du erreichen? Wie können wir dich unterstützen?

Und doch gibt es Bereiche, in denen ganz klar der Staat die Regeln setzt und durchsetzt, in denen die Menschen das auch erwarten. Das Land hat die Aufgabe, seine Bürger bestmöglich zu schützen. Der liberale Rechtsstaat muss seinen Bürgerinnen und Bürgern Freiheit und Sicherheit bieten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Polizei werden wir deshalb mit 500 zusätzlichen Stellen stärken und konsequent von vollzugsfremden Aufgaben entlasten - mit rechtlichen Rahmenbedingungen, die unseren Beamten Handlungssicherheit geben.

Schleswig-Holstein bekennt sich zu seiner neuen und zu seiner gewachsenen Vielfalt. Wir wollen die kulturelle Vielfalt bewahren und die Minderheiten im bewährten Konsens dieses Hohen Hauses schützen. Generell gehört die Vielfalt von Lebensformen in einer freien Gesellschaft dazu. Darum treten wir für die gleichgeschlechtliche Ehe, die Ehe für alle, ein. Es ist dringend geboten, sie endlich gesetzlich durchzusetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir wollen, dass sich alle Menschen bei uns wohlfühlen, dass Schleswig-Holstein für uns alle Heimat ist, für alle, die schon eine Weile hier leben, und für alle, die neu sind und sich hier integrieren wollen und sollen. Darum helfen wir den Kommunen weiterhin bei der Integration.

Ja, eine humane Flüchtlingspolitik bleibt die Leitlinie auch dieser Koalition, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deshalb werden wir 500 besonders schutzbedürftige Geflüchtete im Land aufnehmen. Wir werden für eine verbesserte Bleibeperspektive von Langzeitgeduldeten und eine deutliche Erleichterung des Familiennachzugs werben.

Neben der konsequenten Hilfe für schutzbedürftige Menschen werden wir auch verantwortungsvoll mit denjenigen umgehen, die nach dem Abschluss rechtsstaatlicher Verfahren kein Bleiberecht in Deutschland erhalten. Zu einer konsequenten Rückführungspolitik gehört für uns aber auch: Wenn die Bemühungen zu einer freiwilligen Ausreise scheitern, müssen die gesetzlich bestehenden Instrumente zur Sicherung der Ausreise angewendet werden. Aber Vorrang vor einer zwangsweisen Rückführung muss in allen Fällen die freiwillige Ausreise haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Schleswig-Holstein hat seinen Platz in einer immer enger zusammenwachsenden Welt. Wir nehmen es ernst, wenn sich Menschen als Verlierer der Globalisierung und vielleicht auch der Digitalisierung fühlen. Diesen Ängsten begegnen wir mit Optimismus. Denn in Schleswig-Holstein erleben wir schon heute die Vorzüge einer solchen Welt. Schließlich haben wir diese Vorzüge vor der Haustür: mit dem Hamburger Hafen, der für uns Tor zur Welt ist, mit globalen Trends, die gut für unser Land sind, mit unseren Partnerregionen in Europa und Fernost, mit der gelebten Freundschaft zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark und in einem enger zusammenwachsenden Europa - trotz aller Querelen und Rückschritte.

Aus dieser geografischen Lage, als Scharnier zwischen Skandinavien und Mitteleuropa, wollen und werden wir noch mehr Vorteile für die Menschen hier herausholen. Wir werden die Zusammenarbeit mit Dänemark, Hamburg, der Metropolregion und den anderen norddeutschen Ländern vertiefen. Gerade in den Clustern erneuerbarer Energien und Digitalwirtschaft sehen wir gutes Potenzial. Mit Hamburg werden wir Gemeinsamkeiten suchen und dabei wieder mehr Elan in die Zusammenarbeit bringen. Hamburg und Dänemark laden wir zu einer Allianz für den Norden ein, ganz im Sinne einer ko-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

operierenden Wirtschaftsregion, die für Weitsicht und Zukunft steht.

Und im Sinne guter Nachbarschaft werde ich rasch einen Antrittsbesuch in Kopenhagen machen. Ich habe gestern bereits mit dem dänischen Botschafter telefonisch darüber gesprochen. Im Sinne von Kontinuität und Konsens würde ich mich sehr freuen, lieber Lars Harms, wenn du gleich bei dieser Reise mit dabei sein könntest.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Das Mikrofon am Rednerpult fällt aus)

- Aber du hast mich verstanden, Lars? Du sollst mit!

(Heiterkeit CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Diese Koalition hat den Mut zur Verantwortung. Sie traut sich mehr als den kleinsten gemeinsamen Nenner. Unser Land hat es verdient, dass ein breit getragenes politisches Bündnis zum Wohle unseres Landes anpackt, damit Tempo in die Dinge kommt. Unser Land braucht ordentliche Schulen, eine bessere Infrastruktur, finanziell gesunde und sichere Kommunen und einen Wohlstand, den wir nicht auf Kosten der Umwelt erwirtschaften.

In diesem Land steckt so viel kreatives Potenzial. Ich will, dass es sich entfalten kann. Darum führe ich eine Koalition der Möglichmacher, eine Koalition der Brückenbauer. Wir arbeiten für ein modernes, dynamisches und weltoffenes Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags unseren ehemaligen Kollegen, den ehemaligen Ministerpräsidenten dieses Landes, Peter Harry Carstensen. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der SPD, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

(Zurufe SPD: Der ehemalige Finanzminister ist auch hier!)

- Vielen Dank für die Hinweise. - Gestatten Sie mir, Herr Abgeordneter, dass ich zunächst auch den ehe-

maligen Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Möller, ganz herzlich bei uns begrüße. Ich habe ihn eben nicht gesehen. Es tut mir leid.

(Beifall)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, im Namen der SPD-Fraktion gratuliere ich Ihnen zu Ihrer Wahl.

Sie haben in diesem Haus wie auch bei den Bürgerinnen und Bürgern hohe Erwartungen geweckt. Sie haben sehr viel versprochen. Jetzt kommt es darauf an. Jetzt müssen Sie beweisen, dass Sie tatsächlich anpacken. Ab heute sind keine markigen Sprüche mehr gefragt, sondern konkretes Regierungshandeln. Im Sinne der Menschen und im Interesse unseres schönen Landes wünsche ich Ihnen dafür eine glückliche Hand.

Im Interesse der Demokratie werden wir als Oppositionsfraktion Ihre Fehler aufzeigen und eigene Ideen entwickeln.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Vier Jahre Zeit!)

Das ist unser Verfassungsauftrag. Diesen erfüllen wir selbstbewusst und ohne Larmoyanz.

Bevor ich auf Ihre Regierungserklärung in der Sache antworte, gestatten Sie mir ein paar wenige Vorbemerkungen, auch zum Zustandekommen dieser Regierungskoalition, die zu Beginn dieser neuen Legislaturperiode angebracht sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie waren doch gar nicht dabei!)

Wir werden die Landesregierung konstruktiv-kritisch und, wo nötig, auch hart in der Sache, aber im persönlichen Stil fair begleiten. Wir werden sie kontrollieren, kritisieren und seriöse Alternativen aufzeigen. In unserer Demokratie hat nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition eine wichtige Funktion.

Das gilt umso mehr, wenn auch Demokratieverächter im Parlament vertreten sind. Deshalb möchte ich zu Beginn unserer Arbeit eines deutlich klarstellen: Egal wie hart die Sozialdemokratie politisch mit der Regierungskoalition streiten mag, egal wie wir in Zukunft bei Anträgen und Gesetzentwürfen abstimmen werden - in jedem einzelnen Punkt werden wir immer näher bei der Regierungskoalition stehen als der Fraktion rechts außen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Was uns trennt, ist größer als jede politische Meinungsverschiedenheit unter Demokraten. Wer unsere Werte und Grundvorstellungen von Demokratie und Freiheit, Teilhabe und Menschenwürde, Gerechtigkeit und Solidarität, Toleranz und Weltoffenheit nicht teilt, ist keine Alternative für Deutschland, sondern eine Schande für dieses Land. Damit wollen wir nichts gemein haben. Das werden wir auch deutlich machen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Flemming Meyer [SSW])

Die neue Regierungskoalition übernimmt ihre Verantwortung für das Land Schleswig-Holstein zu einem glücklichen Zeitpunkt und in bester Verfassung. Bei Ihrer kurzen Antrittsrede, Herr Ministerpräsident, konnten Sie beim Ausdruck dieses Glücksgefühls gestern ein wenig weitergehen, als Ihnen das vor dem 7. Mai 2017 möglich gewesen ist. Im Übrigen war Ihre Würdigung für den scheidenden Ministerpräsidenten Torsten Albig guter Stil. Dafür bedanke ich mich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Doch zurück zu Ihrem Glück: Der Haushalt ist saniert und eröffnet Ihnen Handlungsspielräume. Die soziale Infrastruktur gewährleistet den Zusammenhalt, und die Menschen leben eine humanitäre Grundhaltung. Das Land hat wieder ein geordnetes Verhältnis zu den Kommunen. Die tolerante und liberale Gesellschaft ist stolz auf ihre Vielfalt. Das Land ist Vorreiter bei der Umsetzung der Energiewende. Die Wirtschaft wächst und bietet gute Arbeitsbedingungen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Chancen auf bestmögliche Bildung für jedes Kind sind größer geworden, und erste Schritte für die Beitragsfreiheit von der Krippe bis zur Uni wurden gemacht. Das ist das Land Schleswig-Holstein, das Sie heute vorfinden. Das alles gehört zur Erfolgsbilanz der Küstenkoalition. Darauf sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stolz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, SSW und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Selbstverständlich hätten wir diese Koalition mit unserem Ministerpräsidenten Torsten Albig an der Spitze gern fortgesetzt. Leider haben die Wählerinnen und Wähler uns dafür keine Mehrheit in diesem Haus gegeben. Als Demokrat hat man dies zu respektieren. Ich danke Torsten Albig ausdrücklich

für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Der dritte sozialdemokratische Ministerpräsident nach Björn Engholm und Heide Simonis in der jüngeren Geschichte unseres Landes wird eine feste Größe bleiben - ein Ministerpräsident, der einen Politikstil wagte, der Menschen beteiligte und Lösungen im Dialog entwickelte, ein Ministerpräsident mit klarer Haltung, gerade dann, wenn so große Herausforderungen wie bei der Flüchtlingsbewegung zu bewältigen waren, ein Ministerpräsident, der wie kaum ein anderer für die humanitäre Ausrichtung unserer Politik stand, der den Zusammenhalt in den Mittelpunkt seiner Politik rückte. Vielen Dank an Torsten Albig und sein Regierungsteam. Diese Küstenkoalition hat weit über Schleswig-Holstein hinaus Anerkennung gefunden, auch wegen der Minderheitenbeteiligung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem SSW für vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Monika Heinold, Eka von Kalben, Anke Spoorendonk und Lars Harms möchte ich stellvertretend nennen. Was wir in den vergangenen fünf Jahren gemeinsam geschafft haben, das steht für sich, und das bleibt, auch wenn sich unsere Wege trennen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ergebnis der Landtagswahl hat sich wohl kaum jemand in diesem Haus so gewünscht. Im Wahlkampf traten SPD, Grüne und SSW für die Fortsetzung der Küstenkoalition an, CDU und FDP wollten einen Politikwechsel mit schwarz-gelber Landesregierung. Laut amtlichem Endergebnis liegen die Parteien der Küstenkoalition rund 500 Stimmen vor Schwarz-Gelb. Eine Mehrheit erhielt aber keine der Wunschkoalitionen. Neuwahlen kamen für die SPD niemals in Betracht.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Nur weil ein Ergebnis schwierig ist, darf man den Auftrag nicht an die Wählerinnen und Wähler zurückgeben, das wäre geradezu ein Konjunkturprogramm für Rechtspopulisten.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das!)

Mehrere Koalitionsvarianten waren politisch und rechnerisch möglich. Den einen angeblich klaren

(Dr. Ralf Stegner)

Regierungsauftrag für die schwarze Ampel gab es trotz gegenteiliger interessengeleiteter Behauptungen in Politik und Medien ausdrücklich nicht. Gerne hätten wir trotz der großen Enttäuschung über unser eigenes Ergebnis mit Grünen und FDP ein Ampelbündnis zumindest sondiert, so wie das zwischen CDU, Grünen und FDP selbstverständlich erfolgt ist. Wir hatten Grüne und FDP deshalb zu Gesprächen über ein progressives Bündnis für sozialen Fortschritt und gesellschaftliche Modernisierung eingeladen. Eine Ampel für den Zusammenhalt und den Schutz unserer offenen Gesellschaft, die im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern neue Lösungen entwickelt - darüber hätte man zumindest reden können, aber es bleibt festzustellen - auch das sage ich ausdrücklich ohne jede Larmoyanz -: Ein solches Ampelbündnis war offenkundig von der FDP und Teilen der grünen Führung politisch nicht gewollt.

(Zuruf: Stimmt!)

Hatte sich die FDP vor der Wahl noch zu solchen Gesprächen ausdrücklich bekannt, lehnte sie diese wenige Tage nach der Wahl rigoros ab. Einer, der seinen besonderen Respekt für dieses Haus dadurch zum Ausdruck bringt, dass er parallel für ein anderes Parlament kandidiert und im Herbst nach Berlin wechseln will, entschied, und andere folgten ihm.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sind Sie jetzt traurig? - Heiterkeit - Birgit Herdejürgen [SPD]: Wir wissen es noch nicht ganz genau!)

Auch die GRÜNEN bestanden nicht etwa auf einem einzigen Dreiergespräch, sondern sie folgten willig der viertstärksten Kraft in diesem Haus, der FDP. Grüne Eigenständigkeit ade! Verstehen Sie mich nicht falsch, und - keine Sorge - damit schließe ich auch den kurzen Rückblick ab:

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Diese Entscheidung der einzelnen Parteien ist zu respektieren. Glauben Sie mir: Ich verstehe Machtpolitik, wenn ich sie sehe. Aber tun Sie bitte nicht so, Herr Kollege, Herr Minister Habeck, mit all Ihrer telegenen Zerknirschtheit, als sei diese schwarze Ampel die einzige Möglichkeit gewesen.

(Beifall SPD)

Da redet Robert Habeck allen Ernstes von einer Staatskrise, die Schleswig-Holstein gedroht hätte, wenn ihm seine Parteibasis nicht gefolgt wäre. Herr Kubicki sagt zu dpa: Ohne mich gäbe es diese Koalition nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmt ja auch! Haben Sie doch gerade gesagt!)

So wichtig sollte sich keine Partei und keine Person nehmen. Da denkt man doch glatt an Goethes Faust:

„Die Welt, sie war nicht, eh‘ ich sie erschuf.“

(Beifall SPD)

Das kommt einem in den Sinn, wenn man die beiden Herren hier reden hört.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

nach den Flitterwochen auf Jamaika kann man sehen, dass es keineswegs nur eine Sonneninsel mit Siesta und Rum ist, sondern vielmehr ein sozial tief gespaltenes Land. Aus purer Rücksicht wollen wir also Ihre Koalition einstweilen schwarze Ampel nennen. Darunter versteht man gemeinhin eine Lichtzeichenanlage, bei der die Orientierungsfunktion defekt ist, weil sie weder grün noch gelb und schon gar nicht rot leuchtet.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Was ist von dieser Koalition zu halten? - Die Koalitionäre selbst haben ja das Motiv eines Schmetterlings gewählt - mit kannibalistischen Raupen, wie der Herr Umweltminister erläutert hat. Sie haben sich verpuppt, und jetzt ist aus CDU, Grünen und FDP etwas Neues geworden. Aber was ist denn da geschlüpft? Was flattert da durchs Land? An Ihren Schmetterlingskoalitionsvertrag stellen sich grundsätzliche Fragen: Welche gemeinsame Grundlage, welche Grundwerte, welches Politikverständnis verbinden eigentlich CDU, Grüne und FDP? Wo ist die große Zukunftsidee, die alle drei Regierungsparteien gemeinsam für Schleswig-Holstein haben? Was sind die zentralen Zukunftsfragen, und wie sollen sie gelöst werden? - Ein bisschen mehr Abschiebung mit Humanitätsrhetorik garniert? Rasend schnell ausgebaute Straßen von Radwegen umsäumt? Und dann - danke Robert - Kornkreise überall in Schleswig-Holstein? - Diese Antworten müsste man doch eigentlich im Koalitionsvertrag oder in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten finden.

Der Koalitionsvertrag liegt vor, und der Ministerpräsident hat seine erste Regierungserklärung eben vor diesem Hohen Haus abgegeben - eine Regierungserklärung, die ich eher während einer ganz normalen Haushaltsdebatte erwartet hätte. Was wissen wir denn jetzt über die Zukunft des Landes Schleswig-Holstein? - Enttäuschend wenig. Der

(Dr. Ralf Stegner)

Schmetterling scheint immer noch verpuppt, und wir erhaschen nur selten Blicke, die uns mehr über das unbekanntes Wesen verraten. Erfreulich ist: Sie wollen an viele Erfolge der Küstenkoalition anknüpfen, denn manches - so steht es im Koalitionsvertrag - wird trotz gegenteiliger Aussagen vor der Wahl nicht zurückgenommen, sondern fortgesetzt.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Auf den angekündigten Politikwechsel wird hier zugunsten von Kontinuität verzichtet. Ich nenne beispielhaft die Inklusion, die Erhöhung der Grundfinanzierung unserer Hochschulen, die Kulturpolitik, die Industriepolitik oder das Landesnaturschutzgesetz. CDU und FDP hatten unser Handeln auf all diesen Feldern noch vor wenigen Wochen scharf kritisiert. - Heute setzen Sie es fort. Vielen Dank für Ihre Einsicht nach der Wahl, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Herr Günther und Herr Dr. Garg, da sind Sie in Ihren Koalitionsverhandlungen nach dem schönen Motto von Groucho Marx verfahren: „Ich habe eiserne Prinzipien. Wenn sie Ihnen nicht gefallen, habe ich auch noch andere.“ - Das ist das, was Sie gemacht haben. Aber ich will Ihnen trotzdem sagen, auch wenn es humorvoll klingt: Vom Ergebnis her können Sie sich da auf unsere volle Unterstützung verlassen. Da, wo Sie das Sinnvolle fortsetzen, was wir gemacht haben, sind wir fest an Ihrer Seite. Was wir gestern richtig fanden, finden wir auch heute noch richtig.

(Beifall SPD)

Leider muss ich aber feststellen, dass Sie sich in anderen Bereichen mit einer einfachen Rolle rückwärts begnügen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Unser breiter Bildungsdialog hatte das Schulgesetz auf viele Füße gestellt und einen Schulfrieden ermöglicht: endlich Ruhe an den Schulen, um Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern Zeit für guten Unterricht zu geben. Ohne jeden Dialog werden jetzt wichtige Grundlagen für die Zukunft unserer Kinder und Enkel zurückgedreht: Schulnotenzwang, Sitzenbleiben, weniger Unterstützung für die Gemeinschaftsschulen. Der Konsens wird aufgekündigt, das war es dann wohl mit der Dialogkultur. - Wir finden das falsch. Wir finden, dass es weiterhin richtig ist, unsere Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, von den vielen vollmundigen Versprechungen des CDU-Spitzenkandidaten Daniel Günther im Wahlkampf ist wenig übrig geblieben. Ein paar Beispiele gefällig? - Daniel Günther versprach eine Unterrichtsgarantie. Im Koalitionsvertrag Fehlanzeige. Der sieht zu 100 % die Umsetzung des SPD-Programms vor, nämlich 100 % Unterrichtsversorgung. Das steht da drin.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist auch sinnvoll! - Unruhe)

Daniel Günther versprach den Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern eine Besoldung ab A 13. Im Koalitionsvertrag Fehlanzeige. Sie hatten unsere Position kritisiert; nun wird das eigene Versprechen gegenüber den Lehrkräften schon vor Regierungsantritt gebrochen. Das ist der Unterschied.

Daniel Günther versprach flächendeckend größere Abstände zwischen Wohnhäusern und Windrädern. Im Koalitionsvertrag Fehlanzeige, nur Prüfaufträge, deren Scheitern der Energiewendeminister bereits im NDR-Fernsehen angekündigt hat. Viele Menschen fühlen sich getäuscht, fürchten gar Verschlechterungen - zu Recht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Worte das eine, Taten das andere.

(Beifall SPD)

Daniel Günther versprach mehr Polizei. Im Koalitionsvertrag Fehlanzeige. Es bleibt zu 100 % bei den Personalplanungen der Küstenkoalition - nicht ein Polizist mehr.

(Beifall SPD)

Daniel Günther versprach vor allem, dass die A 20 am Ende dieser Legislaturperiode fertig sein werde. Wollen wir wetten? Selbst wenn Sie bis 2022 durchhalten, können Sie dieses Versprechen knicken, hundertpro, das wird niemals etwas werden; alle im Hause wissen das.

„Versprochen, gehalten“ war das Leitmotiv der Küstenkoalition. Bei Ihnen gilt das offenkundig nicht. Ich frage noch einmal: Was treibt die schwarze Ampel eigentlich an?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der Wählerwille!)

Ist es vielleicht der gemeinsame Wille zum „Anpacken“? Dieses Wort von Ihren Plakaten taucht im Koalitionsvertrag gar nicht auf. Da steht stattdessen vor allem etwas von „fortschreiben“, „weiterentwickeln“ und „prüfen“. Sage und schreibe weit über 100 Prüfaufträge sind im Koalitionsvertrag festgehalten. Dafür brauchen Sie keine Landesre-

(Dr. Ralf Stegner)

gierung, sondern einen Prüfausschuss: Daniel Günther prüft für Schleswig-Holstein. Ich dachte, Sie wollten das Land regieren, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Herr Ministerpräsident, offenbar sind die Schmetterlinge in Ihrem Bauch so heftig, dass Ihre frisch entflammte grün-gelbe Leidenschaft nicht etwa ein flüchtiger Flirt ist, sondern wirklich etwas Ernstes zu sein scheint.

(Demonstrativer Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So dachten Sie sich wohl:

„Drum prüfe, wer sich ewig bindet,
ob sich das Herz zum Herzen findet!“

Herr Ministerpräsident, Sie wissen schon, wie es in Schillers „Glocke“ weitergeht:

„Der Wahn ist kurz, die Reu ist lang.“

(Heiterkeit und Beifall SPD und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den vielen Prüfaufträgen haben wir die Finanzierungsvorbehalte noch nicht einmal einbezogen, die den Koalitionsvertrag durchziehen. Da muss man sich schon fragen, was Ihre eben versprochenen Investitionen überhaupt wert sind. Wir werden Sie an jedem einzelnen Haushalt messen.

Immerhin: Viele der Investitionen waren auch in der Finanzplanung der Küstenkoalition für IMPULS vorgesehen. Das nenne ich gute Vorarbeit, Frau Finanzministerin Heinold. Wo aber bleibt die gemeinsame politische Aussage der schwarzen Ampel für die Zukunft Schleswig-Holsteins?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich sage nur Gerhard Schröder!)

Kontinuität, Prüfaufträge, Finanzierungsvorbehalte - das ist zwar ein bisschen langweilig, aber immerhin noch harmonisch. Und dann das: Sie stellen mehrmals fest, wo Sie sich überall nicht einig sind. Das ist an verdammt vielen Stellen der Fall. Werden etwa Änderungen des Sicherheitsgesetzes auf weitere Zeit vertagt? Soll das die richtige Antwort auf die veränderte Sicherheitslage sein? - Wohl kaum. Packen Sie doch einmal an, Herr Ministerpräsident! Was wollen Sie im Bereich der Sicherheitspolitik? Keine Einigung, nichts, weil Sie wissen, dass Sie das in Ihrer Koalition mit den Grünen und der FDP gar nicht hinkriegen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Seien Sie doch nicht so aufgeregt! Sie sind doch lange genug dabei; Sie sind doch Alterspräsident, Herr Kollege!

(Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich freue mich!)

- Ich habe Verständnis, wenn der Kollege lärmern will, aber die Menschen an den Fernsehschirmen wollen ja auch mitkriegen, was die Opposition sagt, und nicht nur, was der Kollege dazwischenruft.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die warten alle auf Stegner!)

Wie steht es eigentlich um die Themen, die Sie komplett aussparen oder nur in schönen Überschriften abhandeln? Wie geht es weiter mit der Pflegekammer? Gelten da noch Ihre Wahlversprechen, oder was ist damit los? Warum sagen Sie so wenig zur Heimerziehung, obwohl Ihnen dieses Thema in der vergangenen Legislaturperiode noch einen fruchtlosen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss wert war? Um die Jugendlichen ging es Ihnen ja damals schon eher weniger. Wie steht es um das von Ihnen geplante Integrationsgesetz?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Positiv!)

Ihre bayerische Vorlage war ja an kruden Klischees nicht zu übertreffen. Wird das von Ihren Koalitionspartnern eigentlich geteilt, was Sie da aus Bayern abgeschrieben haben? Und was ist eigentlich von einer neuen Bildungsministerin zu halten, der, kurz nachdem Sie sie aus Hamburg geholt haben - ich finde es schon mutig, jemanden aus Hamburg zu holen, Chapeau, Herr Ministerpräsident -,

(Unruhe)

gleich die Zuständigkeit für die schulpflichtigen Kinder an Berufsschulen entzogen wird? Damit haben wir Kinder in „Bildungsministerium-Schulen“ und Kinder in „Wirtschaftsministerium-Schulen“. Was ist das für ein Unfug! Das gibt es bundesweit nirgendwo.

(Beifall SPD und SSW)

Man könnte viele andere Beispiele nennen; wir kommen darauf sicher zurück.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der schwarz-grün-gelbe Faden in diesem Vertrag ist keine Idee für die Zukunft unseres Landes, stattdessen Prüfaufträge, Finanzierungsvorbehalte und festgehaltene Meinungsverschiedenheiten im Zwölferpack und das Aussparen schwieriger Themen obendrein. Das mag vieles sein, aber gewiss keine seriöse Regierungsbasis. Die von Ihnen heute so deut-

(Dr. Ralf Stegner)

lich beschworene Dynamik entsteht so sicher nicht. Für die von Ihnen zugesagte Kontinuität hätte man wirklich keinen Regierungswechsel gebraucht.

(Zurufe CDU und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Der böse Wähler!)

Ein paar neue Posten, und was sonst? - Nein, auf die Wähler komme ich jetzt.

(Unruhe)

Die Grünen-Wähler dürfen jetzt kiffen, die CDU-Wähler ihre Kinder länger aufs Gymnasium schicken und die FDP-Wähler Herrn Buchholz beim Überreichen von Förderschecks zusehen. Das kann man feststellen, wenn man in Ihren Vertrag guckt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Glücksspiel! - Anhaltende Unruhe)

Unterschätzen Sie die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner nicht! Lassen Sie mich noch auf drei Themen eingehen, über die der Herr Ministerpräsident wirklich gesprochen hat.

Erstens: Kinderbetreuung. Ich begrüße ausdrücklich, dass Sie den Dreiklang unserer Kita-Politik fortsetzen. Sie haben also dazugelernt. Sie wollen sich von den Kommunen nicht mehr verklagen lassen, sondern ihnen endlich helfen. Sie wollen wie wir die Qualität der Kinderbetreuung verbessern, und Sie wollen auch die Beitragsfreiheit erreichen. Wo wir aber klare Wege gegangen sind, um die Eltern zu entlasten, bleiben Sie unklar. Sie reden vom familienfreundlichsten Bundesland. Das Wichtigste ist doch, dass wir Familien konkret entlasten und gebührenfreie Bildung in hoher Qualität für die Kleinsten sicherstellen. Darum geht es doch.

(Beifall SPD)

Zweitens: gute Arbeit. Arbeitnehmerrechte sind für Sie offensichtlich lediglich Bürokratie.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn ich die unkonkreten Festlegungen richtig lese, wollen Sie Tariftreuegesetz, Mindestlohn und Korruptionsregister unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung, so weit es geht, wirtschaftsfreundlich entkernen - und das, obwohl doch eigentlich eine intensive Weiterentwicklung nötig wäre.

In einer Zeit, in der psychische Erkrankungen immer mehr zunehmen und zu einer Belastung des Arbeitslebens werden, in der sich die Arbeitswelt radikal digital verändert - Sie selbst haben in Ihrer Regierungserklärung darauf hingewiesen - bleiben Sie jede konkrete Antwort schuldig und gründen

mit dem „Digitalisierungskabinett“ wieder einen Arbeitskreis.

Wir werden nicht hinnehmen, wenn das Gütesiegel gute Arbeit aus dem Norden verschwindet, weil Ihre Vorstellung von Mittelstandsfreundlichkeit heißt, Arbeitnehmerrechte abzubauen.

(Beifall SPD - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Für die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sieht es schon jetzt finster aus. Lehrkräfte und Polizei wollen Sie zwar richtigerweise schonen, gleichzeitig aber den Stellenabbaupfad einhalten. Wo Sie die ganzen Stellen einsparen wollen, sagen Sie uns nicht. Das klingt nach gewaltiger Arbeitsverdichtung.

Immerhin: Bei den Häuptlingen sind Sie in Spenderlaune. Das muss man sagen. Es entbehrt ja nicht einer gewissen Komik, dass die Schmetterlingsgefühle selbst den einen oder anderen journalistischen Beobachter in den Printmedien dermaßen angesteckt haben, dass der verblüffte Leser morgens im Briefkasten statt der schnöden Alltagspresse in den letzten Wochen teilweise die Anmutung prachtvoller Hochzeitszeitungen vorfand. Das war wirklich große Klasse.

Meine besondere Gratulation gilt dem neuen Herrn Regierungssprecher. Ich frage mich allerdings, wie der das in alter Funktion kommentiert hätte, wenn die Vorgängerregierung zwei zusätzliche Staatssekretäre und einen weiteren Regierungssprecher eingestellt hätte.

(Beifall SPD)

Aber sei's drum; im Kleinen wollen wir großzügig sein.

Drittens: innere Sicherheit. Nicht nur das Sicherheitsgesetz liegt aufgrund innerkoalitionärer Streitigkeiten auf Eis. Sie wollten die zweite Einsatzhundertschaft. Sie wollten mehr Wasserschutzpolizei. Sie wollten mehr Polizeistationen im ländlichen Raum, als Ihr Innenminister Schlie das damals eingeleitet hatte. Das Letzte wird geprüft; von der Wasserschutzpolizei ist nicht mehr die Rede.

Wir wollten die Entlastung von älteren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten beim Schichtdienst. Das opfern Sie für die zweite Einsatzhundertschaft. Ich finde das die falsche Schwerpunktsetzung.

(Beifall SPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, ich will gern zugeben, dass mei-

(Dr. Ralf Stegner)

ne Erwartungen trotz all der Schwärmerei - vielleicht parteibedingt - nicht allzu groß waren. Was man aber doch ein wenig mit Erschrecken feststellen muss, ist die fehlende sozialpolitische Sensibilität, wenn man Ihren Vertrag anguckt. Herr Ministerpräsident Günther, Sie haben mehrmals betont, dass Sie Ökologie und Ökonomie versöhnen möchten. Wo bleibt bei Ihnen die dritte Seite, die soziale Gerechtigkeit? Die bleibt auf der Strecke, und das werden wir Ihnen in diesem Haus nicht durchgehen lassen.

(Beifall SPD)

Wenn man Ihnen zuschaut: Landwirte und Feldhasen werden von einem Minister Habeck in schwarzen Ketten versöhnt, aber für die Probleme, Sorgen und Nöte anderer Menschen haben Sie keine Antworten.

(Lachen CDU und FDP)

Da gibt es viel zu tun. Beispiel: steigende Mieten. Die Mietpreisbremse wirkt nicht ausreichend. Statt sie zu verschärfen, wie das auch die Bundes-Grünen fordern, schaffen Sie diese ab. Herzlichen Glückwunsch an Haus & Grund!

(Beifall SPD)

Die Mieten können weiter ungehindert steigen. Wo bleibt das Grundgesetz? Eigentum verpflichtet, meine Damen und Herren, das steht im Grundgesetz, und das sollte auch so sein.

Sie müssen sich doch auch den Problemen aus der Mitte der Gesellschaft widmen. Die sehen Sie offenbar ganz woanders - ja, jetzt kommt es -: Immerhin, die Zockerlobby wird mit der neuen Koalition zufrieden sein, da bin ich ganz sicher, weil Sie das Glücksspielgesetz ja wieder ändern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wunderbar!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles in allem lassen der Koalitionsvertrag und Ihre Rede heute insgesamt keinen Politikwechsel erwarten. Wie das in der Realität aussehen wird, werden wir abwarten müssen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Da verdienen Sie sich 100 Tage Schonfrist - wie jede neue Regierung. So richtig optimistisch sind Sie ja offenbar nicht einmal selbst. Kürzlich konnten wir die Bilanz der Koalitionsverhandlungen aus dem berufenen Mund des Kollegen Kubicki lesen. Ich zitiere wörtlich:

„Die Union lege auf Professionalität bei den Verhandlungen keinen großen Wert. ‚Mit de-

nen kann man fast alles sofort verhandeln, aber sie werden sich an die Vereinbarungen nicht unbedingt halten‘, sagte Kubicki. ‚Mit den Grünen, aber auch mit der SPD muss man lange reden und verhandeln. Aber wenn etwas abgehakt ist, dann wird es auch eins zu eins umgesetzt.‘“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie könnte ich dem Herrn Alterspräsidenten bei seiner großen Erfahrung in diesen Dingen inhaltlich widersprechen?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber es ist schon eine köstliche Pointe, dass ausgerechnet der Großvater der liberalen Braut schon am Tag der Hochzeit in die Robe des Scheidungsanwalts schlüpft. Das klingt doch sehr nach „Bye, bye, Butterfly“, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall SPD)

Das ist keine Zuversicht.

Auch bei der weiblichen Verwandtschaft des schwarzen Bräutigams herrschte Unruhe. Erst gibt die Frau Kollegin Ostmeier vollmundig Interviews und erklärt, sie traue sich das Amt der Justizministerin zu.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Ja!)

Dann erfährt sie aus der Zeitung, dass es eine andere wird. Zu guter Letzt werden die Versprechungen der Frau Ostmeier zur Entlastung der Justiz bei den Verhandlungen gleich mit einkassiert. - Das verspricht ja Freude pur.

Ob man so mit den Frauen in der Fraktion umgehen sollte, Herr Kollege Koch, wenn man nur drei davon hat, weiß ich wirklich nicht. Frauenförderung bei der SPD sieht anders aus, wirklich anders.

(Beifall und Heiterkeit SPD - Zurufe CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ob die angekündigten Veränderungen zulasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, in Schulen und Kitas, bei Familien und Kindern, in der Flüchtlings- und Integrationspolitik oder bei der Energiepolitik zu Verschlechterungen führen oder folgenlose Formelkompromisse darstellen, wird sich ebenso zeigen wie, was von der Dialogkultur der Regierung Albig übrig bleibt. Sie haben übrigens über Demografie und über viele andere Dinge nicht geredet. Zum Beispiel über die europäischen Herausforderungen haben Sie kaum gesprochen. Das sind eigentlich die Themen, zu denen wir von Ihnen Antworten erwarten.

(Dr. Ralf Stegner)

Koalitionsvertrag und Regierungserklärung belegen jedenfalls: Ein Zukunftsbündnis hat sich in der schwarzen Ampel wahrlich nicht gefunden. Ausgehandelt wurde ein Machtverhältnis zwischen den einzelnen Programmpunkten dreier Parteien. Dabei wurde weder der Schritt gewagt, gemeinsam etwas Neues zu versuchen, noch wurden Konflikte überzeugend gelöst. Es ist nicht gelungen, eine Zukunftsidee für Schleswig-Holstein zu entwickeln. Die „taz“ sagte, es sei ein Bündnis des kleinsten gemeinsamen Nenners. Ich zitiere:

„Zahlreiche Formelkompromisse enthalten Sprengkraft, Risse wurden mit Geld zugekleistert, kaschiert mit mehr als einer halben Milliarde zusätzlicher Euros.“

Die finanzpolitische Solidität der Küstenkoalition wird dem Koalitionsfrieden der schwarzen Ampel geopfert. Wehe, wenn die ersten Bewährungsproben anstehen, die Steuern sinken oder die Zinsen steigen.

(Zuruf CDU: Das sagt der Richtige! - Weitere Zurufe CDU und FDP)

Die schwarze Ampel wird prüfen, Finanzierungsvorbehalte diskutieren und sich hier und da vielleicht irgendwann auch einigen. Von Anpacken ist keine Rede mehr. Andere sollen jetzt die Arbeit machen. Der Ministerpräsident will nur noch „möglich machen“, wie er heute gesagt hat.

Ich halte es da mit Olof Palme, der gesagt hat: „Politik heißt etwas wollen“. Wo ist eigentlich Ihre Idee für die Zukunft Schleswig-Holsteins, Herr Ministerpräsident? Was wollen Sie eigentlich?

Ich gebe Ihnen recht, Herr Vizepräsident Andresen: Diese schwarze Ampel mag ein Bündnis für begrenzte Zeit sein. Im Gegensatz zu Ihrem Parteifreund Herrn Habeck finde ich diese Erkenntnis übrigens nicht besonders dumm, sondern eher eine richtige und ehrliche Selbstanalyse.

Der Honeymoon, meine sehr verehrten Damen und Herren, sei Ihnen wirklich von Herzen gegönnt. Wir sind nicht die Spaßbremse bei der Hochzeit,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sind auch gar nicht eingeladen!)

es sei Ihnen wirklich herzlich gegönnt, aber die Schmetterlinge im Bauch werden wohl oder übel vergehen und die romantischen journalistischen Harfenklänge werden Sie vielleicht auch nicht dauerhaft begleiten.

(Unruhe)

Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich zum guten Schluss noch den Fortgang der Geschichte aus Schillers Glocke, also das traurige Ende, schildern:

„Mit dem Gürtel, mit dem Schleier
Reißt der schöne Wahn entzwei.

...
Die Liebe muss bleiben,
Die Blume verblüht,
Die Frucht muss treiben.“

Ob diese Frucht am Ende die süße Erdbeere aus dem Wonnemonat Mai ist oder doch wohl eher der saure Apfel, in den die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes beißen müssen, das werden wir bald zu sehen bekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Landtagsfraktion und ich werden mit Selbstbewusstsein und ohne zu hadern unsere neue Aufgabe als neue und die demokratische Oppositionsfraktion hier im Haus annehmen. Wir werden die Regierung kontrollieren, wir werden seriöse Alternativen aufzeigen, und wir werden die Widersprüche in Ihrem Dreier-Machtbündnis herausarbeiten. Einziger Maßstab für unsere Arbeit ist, das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein besser zu machen. Denn das allein macht den Sinn demokratischer Politik aus. - Vielen herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, bevor ich für die CDU-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, dem Abgeordneten Tobias Koch, das Wort erteile, möchte ich mit Ihnen auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler aus der Elsa-Brandström-Schule in Elmshorn begrüßen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident! Kaum jemand hätte vor einem halben Jahr geglaubt, dass ich diese letzten beiden Worte der Begrüßung an einen CDU-Ministerpräsidenten richten würde. Schon eine Regierung nach einer Wahlperiode wieder abzulösen, ist etwas Besonderes. Bei den vorangegangenen Landtagswahlen wurden zudem durchweg die bisherigen Amtsinhaber bestätigt. Nicht so bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Deshalb möchte ich zuallererst Ihnen, Herr Ministerpräsident, noch einmal den

(Tobias Koch)

herzlichsten Glückwunsch der CDU-Landtagsfraktion ausrichten - nicht nur zur gestrigen Wahl, sondern auch zur heutigen Regierungserklärung.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Die Begeisterung darüber kennt in unseren Reihen keine Grenzen

(Zurufe und Heiterkeit SPD)

und erinnert mich immer wieder an das Jahr 2005 und die Wahl von Peter Harry Carstensen zum Ministerpräsidenten. Schon im Wahlkampf waren die Parallelen zu 2005 frappierend. In den Umfragen lagen wir damals wie auch dieses Jahr lange Zeit zurück. Immer wieder hieß es, der Spitzenkandidat sei im Land zu unbekannt. Aber je näher der Wahltag rückte, desto größer wurde der Zuspruch für die CDU und desto größer wurde auch die Wechselstimmung im Land. Genau wie Peter Harry Carstensen kämpfte auch Daniel Günther bis zum Schluss für unsere Inhalte, gewann das wichtige Fernsehduell, und am Wahlsonntag hatten wir schließlich die Nase vorn.

Ein Regierungswechsel unter Führung der CDU war dennoch damals wie heute keineswegs sofort ausgemachte Sache.

(Christopher Vogt [FDP]: Da haben andere mehr zugelegt!)

Die Art und Weise aber, wie CDU, Grüne und FDP in den vergangenen Wochen weitgehend unaufgeregt, immer an der Sache und dem Wohl des Landes orientiert und mit wachsendem Vertrauen zueinander gefunden haben, macht jetzt die Freude über den Regierungswechsel umso größer.

Ich kann ja verstehen, Herr Dr. Stegner, dass Sie darüber sauer sind, von den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein abgewählt worden zu sein. Wenn man aber als SPD mit dem Slogan „Gerechtigkeit für alle“ in den Wahlkampf zieht, obwohl man in den letzten 30 Jahren 28 Jahre lang selbst regiert hat, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn die Wählerinnen und Wähler merken, dass die SPD keine Antworten mehr auf die Herausforderungen in unserem Land gehabt hat.

(Beifall CDU und FDP)

Sowohl die personelle Situation in der SPD als auch der Stil und der Inhalt in Ihrer heutigen Antwort auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten machen deutlich, dass die SPD stehengeblieben ist. Sie haben sich im letzten Jahrzehnt nicht weiterentwickelt, und deshalb sitzen Sie jetzt

vollkommen zu Recht wieder auf den Oppositionsbänken.

(Beifall CDU und FDP)

In der Debatte zur Regierungserklärung von Peter Harry Carstensen im Jahr 2009 haben Sie, Herr Dr. Stegner, Ihre Rede mit den Worten begonnen:

„Dies ist nach zwei Jahrzehnten die erste Rede eines sozialdemokratischen Oppositionsführers als Antwort auf die Regierungserklärung eines konservativen Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein.“

Heute ist Peter Harry Carstensen immer noch unser heimlicher Landesvater, Daniel Günther ist Ministerpräsident, und Sie sind wieder Oppositionsführer. Dieses Kunststück zum zweiten Mal zu wiederholen, macht Ihnen so schnell auch keiner nach.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Das Erste und das Einzige, was Sie als Landesvorsitzender der SPD nach dieser Wahlniederlage getan haben, war, Herrn Albig die alleinige Schuld für die Wahlniederlage zuzuschieben und sich selbst wieder zum Fraktionsvorsitzenden wählen zu lassen.

(Widerspruch SPD)

Herr Stegner, Sie kleben doch an Ihrem Sessel.

(Birte Pauls [SPD]: Das ist wie bei Ihnen! Mann, Mann!)

Das ist das Problem der SPD, und deswegen ist es gut, dass CDU, Grüne und FDP jetzt gemeinsam in Schleswig-Holstein regieren.

(Zurufe)

Wir haben nämlich aus früheren Wahlniederlagen gelernt.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Schon nach dem Verlust unserer Regierungsmacht im Jahr 2012 haben wir, ebenso wie die FDP, diese Niederlage damals anstandslos akzeptiert,

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

obwohl eine Fortsetzung der Regierung auch damals schon unter Einbeziehung der Grünen rechnerisch möglich gewesen wäre. Es ist genau dieser Respekt vor dem Wählervotum, auf den sich jetzt auch das neue Jamaika-Bündnis gründet.

Außerdem haben wir als CDU uns inhaltlich und personell weiterentwickelt. Wir haben uns fitgemacht, um wieder Regierungsverantwortung in

(Tobias Koch)

Schleswig-Holstein übernehmen zu können. Mit Stolz schaue ich auf die neu gewählte CDU-Landtagsfraktion: Mehr als ein Drittel der Abgeordneten ist erstmals in diesem Hause vertreten. Damit entfallen auf die CDU-Fraktion mehr Parlamentsneulinge als auf jede andere Fraktion.

(Zuruf Thomas Hölck [SPD])

Mit den Kollegen Loose, Kilian und Plambeck sind darunter gleich drei Kollegen im Alter Anfang 30. Mit Daniel Günther stellen wir den jüngsten Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein - in Deutschland.

(Martin Habersaat [SPD]: In Schleswig-Holstein auch!)

- Das stimmt.

Inhaltlich haben wir schon in der letzten Wahlperiode immer wieder klare programmatische Alternativen zur Küstenkoalition aufgezeigt. Im Wahlkampf haben wir deutlich gemacht, an welchen Stellen die Küstenkoalition die Probleme unseres Landes nicht bewältigen konnte. Dafür haben wir eigene Lösungen präsentiert, mit denen wir das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler für unsere Arbeit gewonnen haben.

Zu Beginn der Sondierungsgespräche war Jamaika vielleicht noch keine Liebesheirat. Es ist aus unserer Sicht aber immer weit mehr gewesen als ein reines Zweckbündnis. Spätestens mit dem erfolgreichen Abschluss des Koalitionsvertrages ist Jamaika jetzt für uns eine echte Herzensangelegenheit, denn hier haben wir ein wirkliches Zukunftsmodell für unser Land entwickelt. Bei den Koalitionsverhandlungen war es in der letzten großen Verhandlungsrunde Robert Habeck, der das aus meiner Sicht am treffendsten formulierte, als er sagte: Wir haben mit Überraschung festgestellt, dass die Schnittmengen weitaus größer sind als anfangs gedacht. Wir haben überall dort, wo es keine Schnittmengen gab, konstruktiv und sachorientiert nach Lösungen gesucht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Schönes Zitat! - Lachen SPD)

Deshalb sage ich hier für die CDU-Landtagsfraktion ganz deutlich: Wir wollen diese Koalition zu einem Erfolgsmodell machen. Wir haben den festen Willen, als Koalition vertrauensvoll, lösungsorientiert und fair zusammenzuarbeiten. Wir möchten am Ende dieser Wahlperiode auf eine erfolgreiche Regierungszeit zurückblicken können und uns dann mit einer exzellenten Bilanz erneut dem Wählervotum stellen.

Die Entschlossenheit, mit der wir als CDU diese Koalition angehen, ist nicht zuletzt durch leidvolle Erfahrungen und eigene Fehler in den letzten Jahren maßgeblich geprägt. Wir mussten in der Großen Koalition von 2005 bis 2009 schmerzlich feststellen, dass uns unser Koalitionspartner - zumindest in der Person ihres Vorsitzenden - weiterhin als Hauptgegner betrachtete und aus der Regierung heraus Opposition betrieb. So kann eine Zusammenarbeit nicht funktionieren.

Wir selbst haben am Ende der schwarz-gelben Regierungszeit 2012 den schweren Fehler begangen, nicht entschlossen für die Wiederwahl dieses Bündnisses zu kämpfen. Statt auf eine Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Freien Demokraten zu setzen, haben wir uns, getrieben durch Umfragewerte, viel zu voreilig nach neuen Koalitionspartnern umgesehen. Auch diesen Fehler werden wir nicht so schnell wiederholen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es ist schön, das von Ihnen einmal zu hören! - Beifall Denny Bornhöft [FDP])

- Deswegen habe ich es gesagt, Herr Kollege Kubicki.

Deshalb ist Jamaika kein zeitlich begrenztes Projekt für die nächsten fünf Jahre, sondern es hat aus unserer Sicht darüber hinaus das Potenzial für eine längerfristige Zusammenarbeit, die in der zunehmend zersplitterten Parteienlandschaft in Deutschland für Stabilität sorgen kann.

(Beifall CDU)

Bei früheren Wahlen war es häufig Nordrhein-Westfalen, das mit seiner Regierungsbildung die spätere Koalition auf Bundesebene vorweggenommen hat. Wer weiß, ob nicht dieses Mal Schleswig-Holstein der Trendsetter ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Auf jeden Fall eines von beiden!)

Passend dazu hieß es im Kommentar der „Lübecker Nachrichten“ aus der vergangenen Woche:

„Der Moment, in dem der Schulz-Hype endete, lässt sich ziemlich genau datieren: 7. Mai 2017, 18 Uhr. Es ist die Minute, in der die Niederlage bei der schon sicher gewonnen geglaubten Landtagswahl in Schleswig-Holstein bekannt wurde.“

Genau das ist Ihre Verantwortung, Herr Dr. Stegner.

(Tobias Koch)

Für den Erfolg von Jamaika werden aber bei all diesen positiven Faktoren und Rahmenbedingungen am Ende die Inhalte entscheidend sein. Nur, wenn sich alle drei Partner in der Regierungspolitik wiederfinden, werden wir am Ende mit dieser Koalition zufrieden sein. Nur, wenn es gelingt, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben auch tatsächlich zu realisieren, werden wir uns berechtigt um eine Fortsetzung des Regierungsauftrags bemühen können.

(Martin Habersaat [SPD]: Also wird geprüft!)

Für die CDU-Fraktion will ich mich deshalb darauf konzentrieren, vor allem die Aspekte aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu unterstreichen, die für uns als CDU besonders wichtig sind. Ich gehe davon aus, dass meine Kollegen von Grünen und FDP das genauso handhaben werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Mal gucken!)

Ganz bewusst will ich dabei mit dem Punkt beginnen, den Monika Heinold vollkommen zu Recht als Herzstück von Jamaika bezeichnet hat, nämlich den Kita-Bereich, also die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Finanziell gesehen handelt es sich dabei mit einem Volumen von 170 Millionen € um das größte Einzelvorhaben im gesamten Koalitionsvertrag.

Wir werden die Platzkapazitäten in den Kindertageseinrichtungen weiter ausbauen. Wir wollen familienfreundliche Öffnungszeiten mit Ganztagsangeboten, Übernachtungsmöglichkeiten und Betreuung während der Schulferien. Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung verbessern, indem wir den Personalschlüssel bei den Erziehern anheben. Wir werden die Finanzierung von Kitas und Krippen grundlegend neu regeln, um für geringere Elternbeiträge zu sorgen und die Kommunen durch eine Erhöhung des Landeszuschusses zu den Betriebskosten finanziell zu entlasten.

(Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Das alles war jetzt kein Auszug aus dem Koalitionsvertrag, sondern es handelte sich um Forderungen aus dem CDU-Wahlprogramm. Genau diese Ziele sind jetzt aber Bestandteil des vereinbarten Koalitionsvertrages. Deshalb sage ich: Das Herzstück von Jamaika, nämlich der Kita-Bereich, ist ein CDU-Projekt. Das Schöne daran ist aber, dass es genauso ein Projekt von Grünen und FDP ist, weil wir hier von Anfang an die größte Schnittmenge von allen inhaltlichen Fragen hatten.

Zur Wahrheit gehört jedoch hinzu, dass wir die einzige Partei waren, die auch schon im Wahlkampf den Mut hatte, den Wählerinnen und Wählern klar zu sagen, dass bei einer solchen Neuordnung der Kita-Finanzierung das gerade neu eingeführte 100-€-Kita-Geld zwangsweise wieder abgeschafft wird, weil es ein absoluter Fremdkörper in der Kita-Finanzierung ist. Auch das haben wir jetzt gemeinsam im Koalitionsvertrag von Jamaika so vereinbart.

Wenn es dann Sozialminister Dr. Heiner Garg gemeinsam mit Kommunen, Trägern und Eltern gelingt, die Neuordnung der Kita-Finanzierung so zu gestalten, dass die Eltern landesweit für die gleiche Leistung den gleichen Preis bezahlen müssen, dann ist das gut für die Eltern in Schleswig-Holstein. Viel Erfolg dabei.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur ist die Kommentarlage im Land eindeutig: Hier hätten sich CDU und FDP im Koalitionsvertrag durchgesetzt, heißt es. Tatsächlich finden sich all unsere Forderungen aus dem Wahlprogramm in diesem Kapitel des Koalitionsvertrags wieder. Wir werden den Abbau des Sanierungsstaus beschleunigen, die Investitionen erhöhen und dabei die Mittel zur Sanierung der Landesstraßen auf 90 Millionen € steigern. Genau diese Zahl stand im CDU-Wahlprogramm und steht jetzt im Koalitionsvertrag. Zur Sanierung der Kommunalstraßen werden ab dem Jahr 2018 wieder 65 % der GVFG-Mittel beziehungsweise der Entflechtungsmittel eingesetzt und zukünftig sogar mit jährlich 2 % dynamisiert.

Sämtliche Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplanes werden in Schleswig-Holstein umgesetzt. Das beinhaltet den vierspurigen Ausbau der B 404 zur A 21 und den Ausbau der B 5 sowohl zwischen Itzehoe und Brunsbüttel als auch im weiteren Verlauf an der Westküste.

Die A 20 kommt, und es wird überall dort, wo Planungen für eine Trasse rechtskräftig werden, umgehend mit dem Bau begonnen werden.

(Beifall CDU)

Der Bau der festen Fehmarnbelt-Querung wird nicht infrage gestellt, sondern wir werden die neuen Möglichkeiten, die sich aus diesem europäischen Verkehrsprojekt für unser Bundesland ergeben, nutzen und dabei gleichzeitig die negativen Auswirkungen aus der Hinterlandanbindung so gering wie möglich halten. Aus eigener Erfahrung bin ich mir sicher, dass der tägliche Arbeitsweg des Verkehrs-

(Tobias Koch)

ministers Dr. Bernd Buchholz von Ahrensburg nach Kiel auf der B 404 mit kilometerlangen Baustellen, die nur im Schnecken tempo vorankommen, die beste Motivation sein wird, um diese Verkehrsprojekte anzugehen.

(Beifall CDU - Zuruf CDU: Sehr gut!)

Der Koalitionsvertrag ist aber dank der Grünen nicht nur auf den Straßenverkehr begrenzt. Angefangen bei der Ausweitung von Fahrradschnellwegen über die Förderung der Elektromobilität und dem HVV-Beitritt des Kreises Steinburg

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

werden wir auch mehr Mittel für den Schienenpersonennahverkehr bereitstellen, indem wir das Sondervermögen MOIN.SH um jährlich 10 Millionen € aufstocken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Darüber hinaus werden wir den Ausbau der AKN-Linie A 1 zur S 21 und den Bau der S 4 nach Ahrensburg vorantreiben. All das sind keine Zugeständnisse an die Grünen, sondern wirkliche Verbesserungen des Koalitionsvertrages, für deren überwiegende Einbringung ich den Grünen sehr dankbar bin.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu einer modernen und in die Zukunft gerichteten Verkehrsinfrastruktur gehören all diese Bausteine ganz unbedingt mit dazu. Nicht zuletzt gilt: Je besser Fahrradwege und ÖPNV ausgebaut sind, desto weniger Staus und desto weniger Verkehrschaos auf den Straßen.

Im Schulbereich haben wir als CDU im Wahlkampf „Mehr Zeit für Bildung“ plakatiert. Wir haben uns als einzige Partei für eine flächendeckende Rückkehr zu G 9 ausgesprochen. Gerade diese Position hat uns im Wahlkampf viel Zuspruch in der Bevölkerung eingebracht. Deswegen findet sie sich jetzt auch genauso im Koalitionsvertrag wieder.

(Martin Habersaat [SPD]: Genauso?)

Ab dem Schuljahr 2019/2020 werden alle Gymnasien flächendeckend zu G 9 zurückkehren und, beginnend mit den Jahrgängen 5 und 6, die Umstellung vornehmen. Die Hürden für einen Verbleib bei G 8 sind bei einer erforderlichen Dreiviertelmehrheit in der Schulkonferenz so hoch gelegt, dass al-

lein ein Votum der Schüler zugunsten von G 9 ausreicht, um dies zu bekommen.

(Martin Habersaat [SPD]: Das haben Sie genauso gesagt!)

Wenn sich einzelne Schulen dennoch für G 8 entscheiden, dann vermutlich am ehesten in den Städten oder in den Regionen, in denen in erreichbarer Entfernung mehrere Gymnasien zur Auswahl stehen. In diesen Fällen macht ein paralleles G-8-Angebot auch wirklich Sinn.

Das Bildungskapitel ist aber nicht nur wegen G 9, sondern insgesamt für die CDU sehr zufriedenstellend ausgefallen. Bildungsministerin Karin Prien darf in den nächsten Jahren eine ganze Reihe von originären CDU-Forderungen umsetzen. Gemeinsam werden wir als Koalition für 100 % Unterrichtsversorgung an den Schulen sorgen und dafür mehr Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen einsetzen, als dies nach der bisherigen Planung der Fall war. An den Grundschulen wird es ab der 3. Klasse wieder standartmäßig Notenzeugnisse geben, die um ein Kompetenzraster ergänzt werden. Grundschüler werden wieder verpflichtend eine Schreibschrift erlernen. Wir kehren zurück zur schriftlichen Schulartempfehlung für den Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule. Klassenwiederholungen werden als pädagogische Maßnahme wieder möglich. Und: An der CAU werden zukünftig wieder Gymnasiallehrer ausgebildet.

Zur Stärkung der inneren Sicherheit haben wir uns darauf verständigt, bis zum Ende der Legislaturperiode 500 zusätzliche Stellen für die Polizei zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Ausbildungskapazitäten entsprechend erhöhen.

Ebenso wird es im Bereich der Justizministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack mehr zusätzliche Stellen geben, denn für innere Sicherheit sind Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften gleichermaßen von Bedeutung.

Um die Arbeit von Justiz und Polizei attraktiver zu gestalten, werden wir ein verlässliches Beförderungssystem etablieren, die Besoldungsstrukturen überarbeiten und die Erschwerniszulage für Dienste zu ungünstigen Zeiten schrittweise erhöhen. Darüber hinaus werden wir die Ausstattung der Sicherheitsbehörden verbessern. Der geplante Einsatz von Body-Cams bei der Polizei wird fortgesetzt. Die Landespolizei wird flächendeckend mit digitalen mobilen Endgeräten ausgestattet. All dies trägt die klare Handschrift der CDU im Koalitionsvertrag.

(Tobias Koch)

Für leistungsfähige und selbstständige Kommunen steht Innenminister Hans-Joachim Grote in Person. Die durch die Verfassungsklage von CDU, FDP und PIRATEN erzwungene Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs werden wir in dieser Wahlperiode umsetzen. Wir werden Städte, Kreise und Gemeinden bedarfsgerecht finanziell ausstatten, damit sie ihren Aufgaben beim kommunalen Straßenbau, bei Kinderbetreuung und Schulsanierung nachkommen können. Zwangsfusionen von Gemeinden wird es mit uns hingegen nicht geben, ebenso wenig wie ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger.

Für die Bewertung eines Koalitionsvertrags kommt es eben auch darauf an, was sich als Text nicht im Koalitionsvertrag wiederfindet. Das gilt auch für den Umwelt- und Agrarbereich. Auch hier bemisst sich unser Verhandlungserfolg nicht unwesentlich an den Punkten, die keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden haben.

Die Landwirtschaft ist die tragende Säule im ländlichen Raum. CDU, Grüne und FDP bekennen sich deshalb ausdrücklich zum landwirtschaftlichen Gunststandort Schleswig-Holstein. Wir wissen, welche wichtige Aufgabe und Verantwortung die Landwirte in unserem Land übernehmen. Sie müssen für sich und ihre Familien den Lebensunterhalt erwirtschaften, die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung sicherstellen und gleichzeitig zunehmend ökologischen Aspekten gerecht werden. Genau aus diesem Grund haben wir uns darauf verständigt, den Arten- und Gewässerschutz auf freiwilliger Basis zu fördern, anstatt gesetzliche Maßnahmen vorzuschreiben. Wenn Landwirte bereit sind, die Bewirtschaftung ihrer Flächen auf spezifische Maßnahmen des Natur- und Gewässerschutzes auszurichten, dann werden sie dafür einen ausreichenden finanziellen Ausgleich erhalten.

Wir wollen Landwirte aber auch von Bürokratie entlasten, indem wir Kontrollen und Dokumentationen vereinfachen, vereinheitlichen und effizienter gestalten. Damit haben wir im Agrar- und Umweltbereich eine Politik mit Augenmaß vereinbart, die wir gemeinsam mit Minister Dr. Robert Habeck so umsetzen werden.

Zu guter Letzt zeigt gerade die Einigung bei den Abständen zu den Windkraftanlagen, wie aus Gemeinsamkeiten, aber auch aus unterschiedlichen Positionen heraus Lösungen entstehen können, die das Land voranbringen und in denen sich alle Koalitionspartner wiederfinden können. Unser gemeinsames Ziel ist es, die Energiewende voranzu-

treiben. Dabei werden wir noch mehr Rücksicht auf die Belange der Bürgerinnen und Bürger nehmen.

Auf Basis der Stellungnahme von Kommunen, Trägern öffentlicher Belange und Öffentlichkeit werden wir die Regionalplanung Wind grundsätzlich überarbeiten. Dort, wo viel Wind weht und wo die Akzeptanz der Bevölkerung für Windenergie am größten ist, werden wir zusätzliche Repowering-Flächen ausweisen.

(Beifall CDU und FDP)

Damit schaffen wir landesweit die Spielräume für größere Abstände von Windkraftanlagen zu Siedlungen.

(Werner Kalinka [CDU]: Sehr gut!)

Unabhängig von dieser Prüfung sorgen wir mit der Einführung eines zusätzlichen Kriteriums der fünf-fachen Höhe dafür, dass große Anlagen nur noch mit mindestens 1.000 m Abstand zu Siedlungen errichtet werden können. Allein mit dieser Änderung haben wir mit Jamaika mehr für die Menschen im Land erreicht, als die alte Landesregierung mit ihrem starren Festhalten an Abständen von 400 m beziehungsweise 800 m jemals bereit war, zuzugestehen.

(Beifall CDU - Widerspruch SPD)

Meine Damen und Herren, neben den erwähnten Punkten konnten wir viele weitere CDU-Forderungen im Koalitionsvertrag umsetzen. Ich will auf die Abschaffung der Pflicht zu Straßenausbaubeiträgen ebenso verweisen wie auf die vereinbarte Kündigung des Glücksspielstaatsvertrags. Wir werden mit der Schaffung eines Fonds für Barrierefreiheit eine Forderung umsetzen, die wir als CDU in den letzten fünf Jahren in jedem unserer Haushaltsanträge immer wieder vergeblich eingebracht haben. Beim Tarifreue- und Vergabegesetz werden wir auf vergabefremde Kriterien verzichten. Das Landesmindestlohngesetz läuft 2019 aus. Für die Sanierung kommunaler Sportstätten werden wir die Landesmittel im Durchschnitt auf über 4 Millionen € pro Jahr erhöhen.

Das alles haben wir miteinander vereinbart und dabei nicht zuletzt dank Finanzministerin Monika Heinold immer auch auf die Finanzierbarkeit dieses Koalitionsvertrags geachtet. Deshalb sind wir zuversichtlich, dass sich die strukturellen Mehrausgaben, die damit ohne Frage verbunden sind, im Rahmen der Finanzplanung der kommenden Jahre tatsächlich realisieren lassen.

(Jörg Nobis [AfD]: Konkret!)

(Tobias Koch)

Anfallende Jahresüberschüsse werden wir zuerst und vorrangig nutzen, um zusätzliche Investitionen von über 500 Millionen € umzusetzen. Wir werden dabei keine neuen Schulden machen, sondern im Gegenteil Schulden abbauen. Für die vorhandenen Altschulden des Landes werden wir einen festen Tilgungsplan erarbeiten, mit dessen Hilfe wir nach dem Auslaufen der Schuldenbremse im Jahr 2020 planmäßig mit der Tilgung unserer Altschulden beginnen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir haben uns für die nächsten fünf Jahre viel vorgenommen. Gemeinsam werden wir das mit CDU, Grünen und FDP auch schaffen.

Ich will zum Abschluss auf das zurückkommen, was ich zu Beginn meiner Rede mit der Erinnerung an die Wahl von Peter Harry Carstensen zum Ministerpräsidenten im Jahr 2005 beschrieben habe. Auch damals hat niemand ahnen können, was für ein Klasse Ministerpräsident aus Peter Harry Carstensen werden würde.

(Lachen SPD)

Daniel Günther hat nicht nur mit dem Wahlsieg selbst, sondern vor allem mit der Art und Weise, wie er anschließend damit umgegangen ist, bislang alles absolut richtig gemacht hat. In den Koalitionsverhandlungen hat er seine erste Feuerprobe mit Bravour bestanden und dabei genau die Vermittlerqualitäten, aber auch die Standfestigkeit an den Tag gelegt, die es für einen erstklassigen Ministerpräsidenten braucht.

Die CDU-Fraktion ist deshalb fest davon überzeugt, dass wir und Schleswig-Holstein von Ihnen, Herr Ministerpräsident, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch viel Gutes zu erwarten haben. Wir freuen uns auf die gemeinsame Regierungszeit mit Grünen und FDP, mit Daniel Günther als Ministerpräsidenten und auf die Zusammenarbeit mit dem gesamten Kabinett. - Glück auf!

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Eka von Kalben nun das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Günther, vielen

Dank für Ihre erste Regierungserklärung hier im Haus. Ich glaube, Sie haben mit diesen Worten deutlich gemacht, dass Sie der Ministerpräsident aller hier im Haus anwesenden Abgeordneten sein wollen, und das ist gut so. Vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Lieber Daniel, bis vor zwei Monaten haben wir uns hier in den Haaren gelegen. Im Wahlkampf haben wir uns nichts geschenkt und unsere Unterschiede betont. Mit welcher Geschwindigkeit dann doch eine Annäherung erfolgt ist, wie sehr es möglich war, über eine gemeinsame Zielbeschreibung auch gemeinsame Projekte zu definieren, war überraschend; ich glaube, für viele von uns. Es gelang nur, weil wir als Menschen agiert haben, nicht als Taktiker. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ein neues Bündnis beginnt. Spötter könnten Jamaika so zusammenfassen: Jeder kriegt ein Grundeinkommen, die Ausgaben für Cannabis werden dabei aus Präventionsgründen abgezogen, mit dem Rest kann man Glücksspiel spielen, und mit den Lizenzen sanieren wir den Landeshaushalt. Das ist natürlich Quatsch. Wahr ist aber, dass dieses Bündnis Neuland ist und ein Wagnis. Es wird nur dann ein gutes Bündnis werden, wenn wir wagen, Neues zu versuchen.

Die Frage der Zukunft der sozialen Sicherung angesichts von Digitalisierung und Roboterisierung, die Frage, was in Zukunft Arbeit ist und wer welche hat, die Frage nach Freiheit versus Sicherheit und der finanziellen Basis des Staates sind - zusammen mit der Bekämpfung des Klimawandels und der Integration - die großen Zukunftsaufgaben. Es wären eine Ehre und ein Ausrufungszeichen, wenn unser Jamaika an der Förde Beiträge zur Lösung dieser großen Fragen leisten könnte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, diese neue Wahlperiode ist für meine Partei bereits die dritte Regierungskonstellation in Schleswig-Holstein. Heute starten wir in eine für uns völlig neuartige Regierungskonstellation, für die es bislang kein brauchbares Vorbild gibt. Dabei will ich dem Saarland seine Bedeutung nicht absprechen, doch ich bin recht optimistisch, dass wir das Schicksal von „Saarmaika“ zumindest nicht in dieser Form teilen werden.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

(Eka von Kalben)

- Na ja. - Unser Jamaika im Norden löst überregional Interesse und hier und da auch Stirnrunzeln aus. Es ist sicher keine Blaupause für den Bund. Dafür ist das inhaltliche Fundament, auf dem wir dieses Bündnis aufgebaut haben, zu landesspezifisch.

Meine Damen und Herren, die äußeren Rahmenbedingungen, unter denen wir in dieser Regierung starten, haben sich in den letzten Jahren verschoben. Großbritannien wird die Europäische Union verlassen, die Union selbst befindet sich in einer Zerreißprobe. Ein windiger Donald Trump wird überraschend zum US-Präsidenten gewählt, die Türkei entwickelt sich vom EU-Beitrittskandidaten rasend schnell zu einem autokratischen Staat. Der Konflikt im Nahen Osten explodiert, und eine Beilegung der Konflikte scheint weiter entfernt denn je. Das Elend, das von Krieg, Umweltzerstörung und den negativen Auswirkungen der Globalisierung schon lange verursacht wird, wurde in den letzten fünf Jahren greifbar. Es schwappte buchstäblich über das Mittelmeer bis vor unsere Haustür. Das Ausmaß von Umweltzerstörung und Klimawandel ist dramatischer denn je und wird, wenn es so weitergeht, bald schon unumkehrbar sein.

Meine Damen und Herren, all das ist heute Normalität, und all das verstärkt den Druck auf die liberale Demokratie. Neue Parteien kommen und gehen, etwa die PIRATEN. Sechs-Parteien-Parlamente sind normal. Zweierbündnisse sind seltener geworden. Heute regieren in den 16 Ländern Deutschlands zwölf unterschiedliche Regierungskonstellationen, und die SPD selbst regiert auch in allen möglichen Regierungskonstellationen, unter anderem im Bund mit der CDU. In Zeiten von wachsendem Populismus und Bauernfängerei, von Ignoranz und alternativen Fakten stehen alle demokratisch gesinnten politischen Kräfte in der Verantwortung, unsere liberale Demokratie zu stützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Deshalb, und das sage ich ausdrücklich an alle gerichtet, sollte man vor Wahlen keine Bündnis-Ausschleiberitis machen. Es ist nämlich so wichtig, dass das Votum der Wählerinnen und Wähler ernst genommen wird. Deshalb sind wir alle in der Verantwortung, auch Bündnisse auszuloten, die erst einmal ungewöhnlich und vielleicht auch schwierig sind.

Ein Jamaika im Norden kann zu dieser Kultur einen wertvollen Beitrag leisten, weil wir anhand von Inhalten neue Wege ausloten und nicht im gegenseitigen Beißreflex verharren. Jamaika hat das Potenzi-

al, Brücken zu bauen, wo bisher politische und gesellschaftliche Gräben sind.

(Zuruf: Über die Elbe!)

Es kann gegenseitiges Verständnis und Offenheit fördern, vereint in dem Bestreben, das Beste für alle Menschen in unserem Land zu erreichen. In den vergangenen Wochen ist es uns gelungen, aus teils diametral entgegenstehenden Ideologien und Vorstellungen heraus einen Zukunftsplan für dieses Bundesland zu entwickeln, den wir ab heute verwirklichen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Der vereinbarte Koalitionsvertrag ist nur ein erster, wenn auch großer Schritt auf der langen Reise, die uns bevorsteht. Es wäre naiv zu erwarten, dass alle noch ungeklärten Fragen und alle noch offenen, unbestimmten Formulierungen und Prüfaufträge, diese wurden hier mehrere Male dazwischengerufen, Dissense und Finanzierungsvorbehalte sich im laufenden Betrieb geräuschlos werden klären lassen. Uns allen ist - glaube ich - klar, dass künftig noch sehr viel mehr Arbeit vor uns liegt und dass viel Geduld und all das Verständnis, das wir füreinander aufbringen können, nötig sein werden, um diese Koalition erfolgreich durch die nächsten fünf Jahre zu steuern.

Umgekehrt möchte ich nicht, liebe SPD und lieber SSW, dass unsere gute und vertraute Zusammenarbeit der Vergangenheit in der neuen Legislaturperiode komplett abbricht. Wir haben für die Küstenkoalition Wahlkampf gemacht, und die fünf gemeinsamen Jahre waren fünf gute.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich verzichte darauf, jetzt hier auf polemische Wortbeiträge und persönliche Auseinandersetzungen einzugehen. Für mich bleibt es wichtig, dass wir auch zukünftig hier im Haus gut zusammenarbeiten, und ich hoffe, dass das wieder gelingen wird.

Wir wollen auf unserer Politik der Küstenkoalition aufbauen und gemeinsam mit Jamaika neue Akzente setzen. Wir wollen das Klima und unsere natürlichen Ressourcen besser schützen. Wir wollen durch gute Bildung und Chancengleichheit Entfaltung ermöglichen. Wir wollen angesichts einer sich verändernden internationalen Lage regionale Entwicklungen in einem globalen Bewusstsein gestalten. Wir wollen modernisieren und sanieren. Wir haben ambitionierte Pläne dahin gehend, wie wir die Digi-

(Eka von Kalben)

alisierung aktiv gestalten. Wir wollen die innere Sicherheit wahren und dafür sorgen, dass alle sich auch sicher fühlen. Zugleich wollen wir entschlossen unseren liberalen Rechtsstaat verteidigen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich glaube, Sie nehmen es mir auch als ehemaliger flüchtlingspolitischen Sprecherin ab - diese Funktion wird unsere neue Kollegin Frau Touré übernehmen -: Wir wollen eine mindestens so humane, weltoffene Integrationspolitik machen wie die Küstenkoalition. Lieber Herr Günther, ich danke Ihnen sehr für die Worte, die Sie gestern für unsere vorherige Regierung gefunden haben. Ich bin guter Dinge, dass Sie zusammen mit unserem neuen Innenminister Herrn Grote weiterhin eine gute Politik machen werden. Vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Unser Koalitionsvertrag sagt, die Wirtschaft soll mehr Wachstum entwickeln, doch zeitgleich sollen auch unsere natürlichen Lebensgrundlagen geschont und geschützt werden. Wir wollen nichts weniger, als Ökonomie und Ökologie besser in Einklang bringen. Das ist ein hoher Anspruch, den wir an uns selbst gestellt haben. Ob dies nun eine wohlfeile Floskel ist, oder ob wir diesen Anspruch mit Inhalt füllen, wird sich daran messen lassen, ob es uns gelingt, über die Gräben der Hardcore-Umwelt- und Tierschutzlobby oder der Hardcore-Agrarlobby hinweg eine Politik durchzusetzen, die erstens unsere natürliche Lebensgrundlage schützt, das Wasser, die Luft, den Boden, zweitens dem Artenschwund wirksame Maßnahmen entgegensetzt und drittens Bäuerinnen und Bauern, darüber hinaus aber auch allen Menschen im ländlichen Raum ihr wirtschaftliches Auskommen ermöglicht.

Unser Koalitionsvertrag ist dafür eine gute Grundlage. Die wichtigen Verbesserungen, die wir mit der Küstenkoalition im Bereich Naturschutz, im Landeswassergesetz, im Bereich Jagd mit der bleifreien Jagd eingeführt haben, werden wir beibehalten. Jamaika wird nicht nur die Verkehrs- und digitale Infrastruktur, die Sie, Herr Günther, erwähnt haben, ausbauen, sondern auch die Infrastruktur für die Tiere. Das Ziel, auf 15 % der Landesfläche Biotopverbund herzustellen, werden wir erreichen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Artenschutz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben eine hohe Achtung für die Leistung der Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten. Wer uns kennt, weiß: Wir legen niemanden an die Ketten. Billiges Bauern-Bashing wird es mit uns nicht geben.

(Zuruf SPD: Hört, hört!)

Uns geht es darum, wie wir für die Landwirtschaft und mit der Landwirtschaft eine vielfältige Agrarstruktur mit überlebensfähigen Betrieben erreichen können, wie wir faire Marktbedingungen mit angemessenen Erzeugerpreisen herstellen können, wie wir überall tiergerechte Haltungsformen erreichen wollen, wie wir eine Reduzierung der Nährstoffüberschüsse aus Düngung und vielfältige Fruchtfolgen herbeiführen wollen für eine Landschaft, in der es sich zu leben lohnt. Auf diese Herausforderung freue ich mich. So kann es klappen mit Jamaika.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, kein Klimaschutz ohne Energiewende. Unser schönes Land zwischen den Meeren ist gesegnet mit einer frischen Brise. Sie ist nicht nur ein Anziehungspunkt für Touristen und Einwohner, sondern auch ein Quell sauberer Energie. Das Interesse aller Menschen an klimaschonender Energie ist mit den Interessen der Menschen und des Naturschutzes in Ausgleich zu bringen. Die Energiewende ist jedoch nicht nur eine große Aufgabe für Schleswig-Holstein, sondern auch eine große Chance. Es gilt, die Erfolge der Energiewende auf die anderen Sektoren wie zum Beispiel die Verkehrswende zu übertragen; denn, meine Damen und Herren, kein Klimaschutz ohne Verkehrswende. Damit meine ich die Elektromobilität im Allgemeinen und den Schienenverkehr im Speziellen. Dafür werden wir mehr Geld in die Hand nehmen: 50 Millionen €.

E-Züge sind einfach schneller, besser und billiger, MOIN.SH heißt, mit grünen Strategien wie Netz 25+ schwarze Zahlen zu schreiben. Noch umweltfreundlicher als elektrische Züge sind Fahrräder, egal ob mit oder ohne E-Motor. Auch hier werden wir weiter investieren. Durch Radschnellverbindungen in den Metropolen stärken wir das Fahrrad im Alltagsverkehr. Ich sehe, dass der ehemalige Bürgermeister von Norderstedt mir in diesem Bereich zustimmt.

Meine Damen und Herren, das ist eine gute und grüne Agenda. So kann es klappen mit Jamaika.

Lieber Herr Günther, ich freue mich, dass Sie als Schwerpunkt Ihrer Regierung die Bildungspolitik

(Eka von Kalben)

genannt haben. Ich denke, das ist ein Punkt, der uns besonders eint, der wahrscheinlich viele Parteien hier im Hause eint, dass die Bildungspolitik das Thema für uns in Schleswig-Holstein für die Zukunft ist.

Wir haben in den Koalitionsverhandlungen trotz unterschiedlicher Bildungskonzepte gemeinsame Ziele gefunden. Auf einige konnten wir uns ja schnell einigen, wie zum Beispiel die 100-prozentige Unterrichtsversorgung, bei anderen Punkten mussten wir mehrere Runden drehen. Frau Prien und Anita Klahn wissen, wovon ich rede. Uns eint, dass wir durch gute Bildung und Chancengleichheit Entfaltung ermöglichen wollen. Angesichts des demografischen Wandels und der sich immer weiter spreizenden sozialen Schere ist Bildungsgerechtigkeit gerade für uns Grüne ein zentrales Anliegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Natürlich beginnt Bildungsgerechtigkeit bei den Kleinsten. Das ist bekanntlich in den Kitas.

(Zuruf CDU)

- Mitnichten, lieber Herr Koch, es tut mir leid. In der Besprechung war das kein reines CDU-Projekt. Ich verzichte hier auf einen Programmabgleich, da wir meines Erachtens den Wahlkampf nicht weiterführen, sondern nach vorn gerichtet diskutieren sollten. Insofern gehe ich davon aus, dass dies nun ein Jamaika-Projekt ist.

Dort, in der Kita, wollen wir in die Qualität investieren. Wir werden dafür in dieser Legislaturperiode weitere 70 Millionen € bereitstellen. Einig waren wir uns auch darüber, dass wir die Kita-Eltern stärker entlasten. Wir werden damit beginnen, indem wir die Elternbeiträge deckeln. Gleichzeitig werden wir zusammen mit den kommunalen Landesverbänden die Kita-Finanzierung neu ordnen und die Sozialstaffelregelung reformieren und vereinheitlichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Keine Sorge, das Kita-Geld wird erst durch die Neuregelung der Elternbeiträge abgelöst und nicht schon vorher eingestellt.

In den Schulen wollen wir die Chancengleichheit erhöhen, indem wir Schulen in Sozialräumen mit besonderen Herausforderungen mit besserer Personalausstattung, einem sogenannten Bildungsbonus, ausstatten. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Bildungspolitik wird es sein, die Qualität der Inklusion zu verbessern.

Ja, liebe SPD, von Ihnen höre ich immer die Zwischenrufe nach den Noten. Ja, es haben auch Dinge Einzug in den Koalitionsvertrag gehalten, die neu oder anders sind.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD]: Die alt sind!)

- Vielleicht auch alt sind, aber auf jeden Fall nicht die Politik der Küstenkoalition weiterführen. Es wäre aber auch absurd. Warum, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten bitte schön CDU und FDP mit uns in ein Bündnis gehen, wenn alles aus der Küstenkoalition fortgeführt würde? - Das ist doch eine absurde Vorstellung.

(Zuruf SPD: Das haben wir auch nicht erwartet!)

- Deshalb ist es völlig klar, dass es auch Unterschiede gibt. Das wäre undemokratisch, wenn es so wäre. Insofern kann man sich freuen, wenn aus unserer Sicht viele Dinge weitergeführt werden, die grün sind. Ich finde es absurd zu denken, dass alles genauso bliebe.

Zu den Noten. Sie sagen, die Notenpflicht werde wieder eingeführt. Fakt ist Folgendes: Bisher gab es Notenfreiheit. Wenn sich Schulklassen für Noten entscheiden wollten, konnten sie das tun. Das haben sie zum großen Teil getan. Jetzt gilt, dass die Noten die Regel sind, und die Schulklassen, die keine Noten haben wollen, können sagen, dass sie es nicht möchten. Ja, es ist ein Unterschied, aber er ist auch, wenn man ehrlich ist, ein bisschen symbolisch.

(Birte Pauls [SPD]: Also zukunftsweisend!)

- Sie wollen es als zukunftsweisend bezeichnen, liebe Frau Kollegin, ich finde es nicht zukunftsweisend, ich sehe es als eine Sache an, bei der man Kompromisse eingehen kann.

Zu dem zweiten Kritikpunkt, den Berufsschulen. Das ist tatsächlich ein Punkt, den auch wir problematisch gesehen haben.

(Zuruf SPD: Sie haben es aber trotzdem gemacht!)

- Es ist aber so - -

(Thomas Hölck [SPD]: Aus Versehen!)

- Nein, es ist überhaupt nicht aus Versehen, sondern es ist völlig klar, dass wir viele Punkte im Koalitionsvertrag haben. Wenn Sie sich den Bildungsteil ansehen, dann erkennen Sie, dass wir die Berufsschulen stärken werden, und zwar an ganz vielen Stellen.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP)

Wir werden ein Ship aufbauen. Es wird zurzeit im Bildungsministerium aufgebaut. Wenn das aufgebaut ist und sich zu einem eigenen Institut entwickelt hat, dann kann es ins Wirtschaftsministerium. Das Wirtschaftsministerium hat die Federführung, weil dort die Planerstellen für das Ship angesiedelt sind. Es gibt aber im Moment noch überhaupt keinen Grund, sich an der Stelle aufzuregen.

Meine Damen und Herren, im sozialen Bereich stärken wir die medizinische Versorgung im ländlichen Raum und die Geburtshilfe. Mit einem Zukunftslabor werden wir die Chancen eines Grundeinkommens, eines Bürgergeldes und der Fortentwicklung der bestehenden sozialen Sicherungssysteme gemeinsam diskutieren und die Ergebnisse auf die Bundesebene tragen.

Das Angebot für von Gewalt betroffene Frauen bauen wir aus. Das Gleichstellungsgesetz in Schleswig-Holstein bleibt, wie es ist. Wir werden gemeinsam den Zusammenhalt in diesem Land weiter fördern und niemanden auf der Strecke lassen. So kann es klappen mit Jamaika.

Meine Damen und Herren, wir haben auch große Pläne für die landespolitische Gestaltung der Digitalisierung. Dass dies ein zentrales Projekt der Landesregierung in den nächsten fünf Jahren sein wird, war zwischen unseren Parteien in den Koalitionsverhandlungen von Beginn an unstrittig. Dem Thema ist deshalb auch ein eigenes Kapitel im Koalitionsvertrag gewidmet. Wir wollen die demografischen Chancen des digitalen Wandels nutzen, und zwar für eine bessere Kommunikation mit dem Staat, für eine moderne Bürgerbeteiligung, für mehr Transparenz und für mehr Teilhabe. Auch die digitale Gesellschaft muss inklusiv gestaltet werden. Wir wollen seinen Risiken begegnen, indem wir größten Wert auf Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung, Verbraucherrechte und IT-Sicherheit legen. Dazu haben wir klare Ziele formuliert. So kann es klappen mit Jamaika.

Meine Damen und Herren, wer hätte gedacht, dass es unseren drei Parteien im Bereich der inneren Sicherheit tatsächlich gelingt, eine gemeinsame Agenda zu entwerfen? Zwar hatten wir uns auf unserer Überfahrt nach Jamaika jetzt weniger auf PIRATEN-Überfälle als auf andere sicherheitspolitische Herausforderungen eingestellt, aber für uns Grüne war wichtig, dass es keinen Roll-back der Reformen der Küstenkoalition geben wird. Dazu gehört unter anderem die Polizeibeauftragte, deren

Wert sich in unseren Augen längst gezeigt hat, dies insbesondere auch angesichts der jüngeren Erkenntnisse zur sogenannten Rocker-Affäre beim LKA.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

In allen unseren Programmen stand ja von vornherein, dass wir die Polizei stärken wollen. Das ist notwendig, und das werden wir auch genauso auf Grundlage des von der Küstenkoalition beschrittenen Weges umsetzen.

Wir wollen für eine nachhaltige Kriminalitäts- und Extremismusbekämpfung auch unsere Präventionsprojekte stärken und erweitern und, was für uns Grüne absolut zentral ist: Jamaika wird die Bürgerrechte verteidigen und zu anlasslosen Massenüberwachungsinstrumenten und Gesetzesverschärfungen die notwendige restriktive Haltung einnehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Von Änderungen an Sicherheitsgesetzen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene werden stets alle drei Koalitionspartner überzeugt werden müssen.

Nicht zu vergessen: die Drogenpolitik. Wir setzen ein gutes und wichtiges Zeichen mit der Passage bezüglich der Entkriminalisierung von Cannabis. Die Zeit ist reif, hier einen neuen Ansatz zu wagen. Wir Grünen sind sehr glücklich, dass wir uns in dieser Koalition darauf einigen konnten.

Liebe Schülerinnen und Schüler, ich sage es gern immer wieder, auch den Besuchergruppen: Wir sind nicht der Meinung, dass Cannabis völlig ungefährlich sei und dass man so viel kiffen sollte, wie man kann. Es geht vielmehr darum, dass man dafür nicht kriminalisiert wird. Das ist eine wichtige Botschaft, die man in diesen Zusammenhang setzen sollte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Im Strafvollzug werden wir vieles von dem fortführen, was wir mit der Küstenkoalition begonnen haben. Resozialisierung wird weiterhin ganz großgeschrieben, das Übergangsmanagement wird verbessert. Meine Damen und Herren, so kann es klappen mit Jamaika.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Besonders froh - ehrlich gesagt, ein bisschen über- rascht, liebe CDU - bin ich über den Teil, den wir

(Eka von Kalben)

im Asyl- und Integrationsbereich gemeinsam beschlossen haben.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wieso überrascht?)

- Sie können mich immer wieder überraschen, Herr Arp. - Auf dieser Grundlage werden wir in Schleswig-Holstein weiterhin weltoffene und humane Politik machen. Als Grüne und als ehemalige Sprecherin für Asyl- und Integrationspolitik sage ich aus voller Überzeugung: Schleswig-Holstein ist und bleibt weltoffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt CDU und Beifall Martin Habersaat [SPD])

Unser Ziel ist die Stärkung der Sprachkurse. Dabei geht es uns nicht nur um mehr Stunden, damit alle Geflüchteten noch besser Deutsch lernen können. Von uns gibt es auch das klare Bekenntnis, dass alle Geflüchteten in den Kommunen Zugang haben. Wir hier vor Ort wissen, dass das Angebot des Bundes in dieser Hinsicht nicht ausreicht und wir mehr dafür tun müssen, damit Integration gelingt.

Dafür werden wir gemeinsam ein Integrationsgesetz erarbeiten. Mir ist es besonders wichtig, dass dieses Gesetz Teilhabe und Partizipation als oberste Richtschnur für Integration definiert. Ich bin sehr einverstanden damit, dass wir dieses Ziel im Koalitionsvertrag definiert haben. Ja, Integration ist keine Einbahnstraße; wir verlangen auch etwas dafür. Das ist aber so selbstverständlich, dass es nicht im Vordergrund stehen muss.

Wir führen in vielen Punkten die gute Integrationspolitik, die unter der Küstenkoalition begonnen wurde, fort: Verstetigung der Integrationspauschale, Unterstützung der Kommunen, Verbesserung der schulischen und beruflichen Integration - die Zeit dieser Rede reicht nicht aus.

Eine Flüchtlingsgruppe möchte ich gesondert nennen, weil ich glaube, dass wir für diese besonders viel Gutes aufgeschrieben haben: heranwachsende Geflüchtete. Berufsschulzugang nach Möglichkeit bis 27, Nachjustierung bei „3 plus 2“, BAföG und eine Hochschulduldung analog zu „3 plus 2“ - das alles sind richtig gute Errungenschaften, die diesen Geflüchteten echte Möglichkeiten eröffnen werden, hier richtig anzukommen, und zwar unabhängig von den Herkunftsstaaten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Wir müssen darauf schauen, was jemand braucht, was jemand will und was jemand kann, nicht aber darauf, woher jemand kommt.

Natürlich hätten sich alle Vertragsparteien mehr vorstellen können. Sicherlich am schwersten ist es für uns Grüne in Fragen der Abschiebehaft und der Abschiebung, insbesondere nach Afghanistan. Aber wir sind davon überzeugt, dass wir Lösungen gefunden haben, die unser Anliegen, dass Abschiebehaft und Abschiebungen immer nur letzte Mittel sein dürfen und humanitär durchgeführt werden müssen, prominent zum Ausdruck bringen. Ich vertraue auf Ihre Einschätzung, Herr Grote. - So kann es mit uns klappen in der Integrationspolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und SSW, ich komme zum Schluss und möchte noch einmal unsere Gemeinsamkeiten betonen, die Punkte, die uns verbinden. Wir alle wollen selbstverständlich unsere demokratische Kultur bewahren und stärken. Mehr als das - wir alle streiten für ein liberales, weltoffenes, europäisches Schleswig-Holstein. Wir alle werden uns Rechtspopulismus und alternativen Fakten weiterhin entschlossen entgegenstellen. Bei aller Schärfe, die manchmal in der Debatte ist und die auch dazugehört, weiß ich: Wir alle wollen das Beste für die Menschen in Schleswig-Holstein. Dafür wollen wir in diesem Parlament weiter zusammenarbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich bin davon überzeugt, dass diese Koalition in den nächsten fünf Jahren das Schiff nicht nur über Wasser halten wird, sondern dass sie auch ordentlich Seemeilen machen kann. Dazu müssen wir das, was unsere Parteien in den Koalitionsverhandlungen begonnen haben, weiterführen und zu unseren Prinzipien erklären: dass wir die Unterschiede zwischen uns akzeptieren, dass wir uns respektieren und dass wir versuchen, einander zu verstehen und voneinander zu lernen - dies gilt, wie gesagt, ausdrücklich auch für unsere ehemaligen Koalitionspartner -, dass wir aufeinander zugehen und wo immer möglich Brücken zueinander bauen und dass wir uns auf unsere Gemeinsamkeiten stützen und gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit suchen.

Meine Damen und Herren, Lukas Beckmann, Gründungsmitglied und Vordenker der Grünen, hat auf unserem Landesparteitag letzte Woche eine, wie ich finde, bemerkenswerte Rede gehalten. Er hält unsere Koalition an sich für einen kulturpolitischen Er-

(Eka von Kalben)

folg. Was er sagte und wie er es sagte, sprach vielen Grünen aus der Seele und lässt sich vielleicht ein Stück weit auf unsere neuen Partnerfraktionen übertragen. Er sagte:

„Rote Linien sind auf dieser Seite der Linie sehr bequem. Wenn man aber über die Linie schaut, dann sieht man, dass auf der anderen Seite weitergearbeitet wird. Allerdings ohne uns. Daraus ergibt sich eine Verantwortung für das Ganze und das jeweils Mögliche. Dazu Zutrauen zu gewinnen, hat mich immer begeistert; das Ringen darum in den Vordergrund zu stellen, die Aufgaben in den Vordergrund zu stellen, ... den Dialog in den Vordergrund zu stellen und sich nicht auszuruhen auf traditionellen ideologischen Auseinandersetzungen, die die Zukunft nicht werden gestalten können.“

In diesem Sinne freue ich mich auf die Herausforderungen der neuen Wahlperiode und wünsche uns allen viel Erfolg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Jahren wurde hier im Hohen Haus ein, wie ich finde, bemerkenswerter Satz gesprochen. Er lautete: „Europa schaut auf Schleswig-Holstein.“ Heute stimmt das. Drei Parteien haben sich zusammengefunden zu einem Experiment, das unglaublich spannend ist und von dem heute niemand sagen kann, wie es ausgehen wird; ich bin davon überzeugt, dass es ein Erfolg werden wird.

Die Wählerinnen und Wähler haben am 7. Mai dieses Jahres eine wichtige Weichenstellung für dieses Land getroffen. Mit dem Verlust der Mehrheit der von Torsten Albig angeführten Regierung - immerhin insgesamt 5 Prozentpunkte Verlust an Wählerzustimmung - haben die Wähler in Schleswig-Holstein die im Landtag vertretenen demokratischen Parteien den Auftrag erteilt, eine stabile politische Perspektive für die kommenden fünf Jahre und bestenfalls für die Zeit darüber hinaus aufzuzeigen. Ich persönlich bin überzeugt davon: Wenn dieses Experiment gelingt - ich glaube, dass es gelingen wird -, dann werden die Sozialdemokraten in Schleswig-

Holstein und in ganz Deutschland in den nächsten Jahrzehnten ziemlich alt aussehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte bereits an dieser Stelle meine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass ausgerechnet der neue Oppositionsführer nach trumpscher Manier die Presse dafür schilt, wie sie Bericht erstattet. Das habe ich nicht verstanden; denn Pressefreiheit und Meinungsfreiheit sind hohe Güter, die sich nicht daran ausrichten, was dem Oppositionsführer gefällt und was ihm nicht gefällt. Ich persönlich habe häufig darunter leiden müssen, wie die Presse berichtet hat. Aber das ist deren Sinn, das ist Sinn der demokratischen Veranstaltung. Vielleicht muss sich Dr. Stegner erst noch daran gewöhnen, dass man loben kann, was zu loben ist.

(Beifall FDP und CDU)

Klar ist: Niemand hat die Konstellation zwischen CDU, Grünen und Freien Demokraten im Wahlkampf angestrebt, obwohl ich immer wieder betont hatte - auch vernehmbar für die Sozialdemokraten dieses Landes -, dass dies die wahrscheinlichste Alternative nach der Wahl sein würde.

Klar ist auch, dass wir den Auftrag der Wählerinnen und Wähler ernst genommen und in den vergangenen Wochen alles dafür getan haben, aus den Unterschieden zwischen den Partnern eine gemeinsame Basis zu formen und daraus das Beste für Schleswig-Holstein zu machen.

Ich zitiere gern einen der großen Sozialdemokraten der Bundesrepublik Deutschland - neuerdings wiederentdeckt von der SPD im Wahlkampf für Martin Schulz -, der am Beginn seiner Regierung erklärt hatte:

„Wir werden nicht alles anders machen, aber vieles besser.“

Das ist auch das Motto dieser Koalition.

Gemeinsam mit der Union und den Grünen ist es uns gelungen, eine Zukunftsperspektive in einem Koalitionsvertrag festzuschreiben. Es ist allen Beteiligten nach hartem, sachorientiertem und fairem Ringen geglückt, vernünftige Vereinbarungen für die Zukunft unseres Landes zu schmieden.

Ich glaube, sagen zu können: Wir alle haben in diesem Prozess dazugelernt, ich allemal. Und ich kann sagen, dass in den Gesprächen die Vertrauensbasis zwischen den handelnden Akteuren nicht nur gewachsen ist, sondern mittlerweile so stabil ist, dass wir auch Stürme der Zukunft gemeinsam überstehen werden.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns liegt jetzt ein Vertrag vor, in dem sich jeder der drei Verhandlungspartner gut wiederfinden kann. Wir haben festgestellt, liebe Eka von Kalben, dass wir in zentralen Fragen der inneren Sicherheit und der Flüchtlingspolitik überhaupt nicht voneinander entfernt, sondern näher beieinander waren, als unsere Vorurteile es jeweils möglich erscheinen ließen.

In Schleswig-Holstein leben zwar die glücklichsten Menschen; das heißt aber nicht automatisch, dass wir selbstzufrieden sein dürfen und unser Land keinen politischen Veränderungsbedarf hat. Vielmehr ist bei den Menschen das Gefühl entstanden, dass sich in einigen Bereichen Mehltau auf unser Land gelegt hat.

Lieber Herr Dr. Stegner, Sie müssen sich schon entscheiden. Sie können nicht einerseits erklären, es gebe keinen Politikwechsel, sondern die Politik der Küstenkoalition werde fortgesetzt, wenn Sie andererseits erklären, es werde jetzt alles schlechter für die Menschen in diesem Land. Entweder das eine oder das andere ist der Fall.

Sie haben aber, wie ich finde, zu Recht gesagt, wir könnten Opposition. - Sie bisher noch nicht.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wahlergebnis hat es deutlich aufgezeigt: Es reicht nicht, sich selbst zu loben, wohlzufühlen und Politik hauptsächlich als Moderationsaufgabe zu verstehen. Man muss in politischer Verantwortung gelegentlich auch Entscheidungen treffen, die wehtun können. Dass dies in weiten Teilen unterblieben ist, haben die Wählerinnen und Wähler erkannt und sich entsprechend verhalten.

Die öffentlichen Investitionen sind in den vergangenen Jahren auf historische Tiefststände gefallen. Vor dem Jahr 2012 hielt der frühere Finanzminister und heutige Oppositionsführer Dr. Stegner in Sachen Investitionsquote die rote Laterne noch fest in der Hand. Mithin muss man an seinen Haushalt 2005 erinnern, der uns eine Rekordverschuldung von 1,7 Milliarden € hinterlassen hatte. In der 18. Wahlperiode konnten wir hier einen wahrhaften Unterbietungswettbewerb feststellen, mit Quoten von zum Teil unter 7 %.

Es ist wirklich bemerkenswert, dass Schleswig-Holsteins Investitionen immer dann in den Keller rauschen, wenn Herr Dr. Stegner seine Finger im Spiel hat. Dies ist umso bemerkenswerter, als der

sozialdemokratische Spitzenkandidat Schulz, Martin Schulz, im aktuellen Bundestagswahlkampf das sehr richtige Motto herausgegeben hat: „Vorfahrt für Investitionen“. Es ist davon auszugehen, dass auch der sechste stellvertretende Bundesvorsitzende etwas zur strategischen Ausrichtung seiner Partei im Wahlkampf beizutragen hatte. In Kiel hat Dr. Stegner also dafür gesorgt, dass unsere Infrastruktur weiter verfällt, während er in Berlin gleichzeitig dafür geworben hat, dass mehr investiert wird. Diese Janusköpfigkeit zeichnet den Kollegen Dr. Stegner wirklich aus: Andere zum Handeln auffordern, aber das Handeln unterlassen, wenn man selbst handeln kann.

Aber, lieber Kollege Dr. Stegner, das sage ich mit vollem Respekt: Der Erfolg gibt Ihnen Recht!

Spätestens seit dem Landesstraßenzustandsbericht aus dem Jahre 2014 wissen wir, dass wir es tunlichst unterlassen sollten, uns Kredite bei unserer Infrastruktur zu holen. Denn jeder Euro, den wir uns zwischen 1990 und 2014 bei den Landesstraßen geliehen haben, kostete den Steuerzahler schließlich - Stand: 2014 - 3,21 €. Dieser Betrag hat sich seitdem mit Sicherheit vergrößert.

Die Landesstraßen sind nicht nur das größte Anlagevermögen dieses Landes, sie sind auch Lebensader für unsere wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Entwicklung. Wenn wir gezwungen sind, wegen Schlaglöchern Tempo 30 zu fahren, wenn wir es also nicht mehr problemlos schaffen, mit dem Auto von A nach B zu kommen, dann schaffen es klimaneutrale E-Mobile, der Paketbote, Feuerwehr- und Polizeiautos oder Krankenwagen auch nicht.

Wer den politischen Mitbewerber, der sich für den Erhalt der Straßeninfrastruktur einsetzt, ständig als „Betonfetischist“ denunziert, verkennt diese fatale Entwicklung vollkommen. Der Einsatz für eine funktionierende Infrastruktur ist mitnichten eine politische Ideologie. Auch für eine vernünftige Gesundheitsinfrastruktur, für die Aufrechterhaltung unserer Sicherheit, für die Abfederung des demografischen Wandels und für die Sicherung unseres Wohlstandsniveaus brauchen wir funktionstüchtige Verkehrswege. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunftssicherung unseres Landes.

(Lebhafter Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb bin ich sehr froh, dass wir uns darauf verständigen konnten, jedes Jahr mindestens 90 Millionen € in den Erhalt und die Sanierung der Landes-

(Wolfgang Kubicki)

straßen zu investieren, damit wir den über 27 Jahre angestauten Sanierungsbedarf möglichst innerhalb eines Jahrzehnts wieder vollständig auflösen können.

Dies geht selbstverständlich nicht, wenn wir keine Ingenieure haben, die diese Projekte sauber durchplanen können. Der Landesrechnungshof hat in seinen letzten Bemerkungen richtigerweise erklärt:

„Die Landesregierung muss den Ingenieuren und Technikern bessere Anreize und Perspektiven bieten und neue Ingenieure einstellen.“

Ich bin Monika Heinold außerordentlich dankbar, dass in den gemeinsamen Gesprächen genau für diese Maßnahme ebenfalls Geld zur Verfügung gestellt worden ist.

Diese Forderung haben wir uns zu eigen gemacht. Im Rahmen der Aufgabenübertragung an den Bund werden wir den Landesbetrieb Straßenbau außerdem neu ordnen und bei Wegfall der Aufgaben des Betriebes die Stellen übertragen.

Schleswig-Holstein leidet darunter, dass die Wachstumsquoten des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zu den anderen westdeutschen Flächenländern seit Jahren unterdurchschnittlich sind. Dies hat selbstverständlich fatale Konsequenzen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, für die Zukunftsperspektiven junger Menschen, für die Wertschöpfungsketten im Land und damit auch für die politischen Möglichkeiten einer Landesregierung.

Ich kann mich noch an eine Rede der von mir sehr geschätzten - von einem Mitglied der SPD zu Fall gebrachten - Ministerpräsidentin Heide Simonis in diesem Landtag erinnern, in der sie ihrer Freude Ausdruck gab, dass Schleswig-Holstein mehr Transferleistungen aus Mitteln der Europäischen Union erhalten würde. Die Ministerpräsidentin erwartete Lob dafür, dass Schleswig-Holstein damals so hilfsbedürftig war, dass noch Mittel aus dem Sozialfonds, noch mehr Transferzahlungen, der Europäischen Union notwendig waren. Das ist ein erstaunliches Beispiel sozialdemokratisch vorgelebter Solidarität: Bleib selbst so schwach, damit andere dir aus Solidarität helfen müssen.

Ich habe nie verstanden, wie man sich darüber freuen kann, dass andere für einen einspringen müssen. Als Bundesland mit selbstbewussten Menschen muss es doch vielmehr unser Bestreben sein, selbst alles dafür zu tun, dass wir langfristig stärker als der Durchschnitt werden, um schließlich anderen helfen zu können. Seien wir doch als Land lieber

selbst solidarisch gegenüber anderen, als dass wir Solidarität immer nur von anderen einfordern müssen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um dies zu erreichen, ist es unabdingbar, dass wir unsere Wirtschaft von unnötigem bürokratischem Ballast befreien. Wir werden den Rückstand beim Bruttoinlandsprodukt niemals aufholen, wenn unserem Mittelstand mehr Auflagen erteilt werden, als dies in anderen Bundesländern getan wird. Und wir werden es auch nicht schaffen, wenn Wirtschaften nicht endlich in der Gesellschaft eine deutlich positivere Einstellung gewinnt.

Das Tariftreue- und Vergabegesetz war leider so gut gemeint, dass sich kleinere Unternehmen gar nicht mehr getraut haben, sich überhaupt für öffentliche Aufträge zu bewerben, weil sie die hohen bürokratischen Hürden nicht mehr nehmen konnten.

Ich erinnere an einen Beitrag des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Kiel, Herr Dr. Kämpfer, der, wie ich finde, zu Recht gesagt hat, diese Hürden müssten beseitigt werden, weil sonst unsere Unternehmen vor Ort von allen Ausschreibungen ausgeschlossen seien, bei denen öffentliche Gelder eingesetzt werden. Das kann doch keine sinnvolle Politik sein.

(Beifall FDP, CDU und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Um wieder neue Dynamik zu entfachen, werden wir dort alle vergabefremden Kriterien abschaffen. Wir müssen uns außerdem dafür einsetzen, die völlig überzogenen Dokumentationspflichten beim Mindestlohn deutlich zu reduzieren.

(Widerspruch SPD)

- Nicht den Mindestlohn zu reduzieren, sondern die Dokumentationspflichten zu reduzieren. - Wir werden den Landesmindestlohn auf dem jetzigen Niveau einfrieren und ihn mit der weiteren Anhebung des Bundesmindestlohnes auslaufen lassen, was in Hamburg - übrigens rot-grün regiert - bereits geschehen ist.

Wir müssen den Anspruch haben, besser zu werden und nicht im unteren Mittelfeld zu verweilen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein das mittelstandsfreundlichste Bundesland wird. Wir stehen hier auch im Wettbewerb zu anderen Ländern. Ich höre Gleiches aus Rheinland-Pfalz - SPD-Regierung mit FDP-Beteiligung -, ich höre Gleiches gerade aus Nordrhein-Westfalen. Wir

(Wolfgang Kubicki)

werden uns also anstrengen müssen, um diesen Ansatz im Wettbewerb auch wirklich umzusetzen zu können.

Niemand soll sich in unserem Land dafür schämen müssen, dass er erfolgreich ist. Wir wollen Menschen, vor allen Dingen junge Menschen, dazu bewegen, ihr Unternehmen in unserem Land zu gründen und nicht das Land zu verlassen; denn davon werden wir künftig leben.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um dies zu erreichen, brauchen wir deutlich mehr Anstrengungen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur. Wir werden erleben, dass die Digitalisierung in den kommenden Jahren einen Strukturwandel verursacht, den wir in dieser Breite und Geschwindigkeit noch nie zuvor gesehen haben. Dieser Wandel wird kommen, ob wir wollen oder nicht. Das gilt für die Arbeitswelt, für die Gesundheitswirtschaft, für die Verkehrspolitik, für die Bauwirtschaft, ja sogar für den Journalismus. Kein Lebensbereich wird hiervon nicht berührt sein, und dies wird für viele Menschen einen sehr hohen Anpassungsdruck erzeugen.

Deshalb bin ich froh darüber, dass sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt haben, sich im Rahmen einer Zukunftswerkstatt mit der Frage zu beschäftigen, wie man im Rahmen des Strukturwandels und der Digitalisierung mit den sozialen Folgen auf dem Arbeitsmarkt für viele Menschen fertig werden kann, ohne dass das Gefühl entsteht, die Menschen würden dauerhaft aus dem Arbeitsprozess ausgegliedert.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch dies ist ein Modellprojekt, das wir uns eigentlich auf Bundesebene gewünscht hätten. Ich wundere mich, dass sich bisher weder die SPD, diese fortschrittlichen Sozialdemokraten, noch die Union, bei der ich das vielleicht gar nicht erwartet hätte, intensiv mit diesem Thema beschäftigt haben. Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP, werden das möglicherweise nach der nächsten Bundestagswahl gemeinsam nachholen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da klatschen weder die einen noch die anderen! - Heiterkeit SSW)

- Ich habe gesagt: möglicherweise. Die Sozialdemokratie wird nicht so stark werden, lieber Rasmus, dass die Überlegung, dass die SPD, die Grünen und wir gemeinsam etwas machen, nicht einmal ansatz-

weise in eine nennenswerte Größenordnung gelangen kann. Das wird nicht an euch oder an uns, sondern an der SPD liegen. Ich glaube nicht, dass sie mit der Wahlkampfplanung, die sie haben, aus dem Tal des Jammers herauskommen werden.

Wir haben heute die Wahl: Wir können dabei mitwirken und unsere Ideen in diesen Prozess einbringen, oder wir können uns entscheiden, nichts zu tun und hinzunehmen, dass andere diesen Prozess gestalten und uns dabei uneinholbar enteilen. Die Koalitionspartner haben sich entschieden, diesen Prozess mitzugestalten, und werden dafür sorgen, dass 50 Millionen € in den Ausbau der digitalen Infrastruktur investiert werden, damit sozusagen das Netz bei uns spätestens im Jahr 2025 steht und wir nicht bis 2030 warten müssen und damit dies vor allen Dingen mit einer Kapazität geschieht, die der zukünftigen Entwicklung angepasst ist und sich nicht an gestern orientiert.

Es muss unser Anspruch sein, Schleswig-Holstein zur digitalen Vorzeigeregion in Europa zu machen. - Was denn sonst? Wir können es uns nicht leisten, in dieser wichtigen Zukunftsfrage auf Platz zu spielen. Ich bin froh, dass wir ein Digitalisierungskabinett gegründet haben - übrigens eine Idee, die die Sozialdemokraten gemeinsam mit Grünen und Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz entwickelt haben, weil sich herausgestellt hat, dass digitale Agenda eine Querschnittsaufgabe ist. In allen Bereichen müssen wir uns darauf einstellen. Es kann nicht nur bei einem Ministerium ressortieren.

Ich bin froh, dass Minister Habeck und Minister Buchholz in dieser Frage eine gemeinsame Initiative und Lösung starten werden. Wir haben sie verpflichtet, hier zusammenzuarbeiten, damit es von vorn herein keinen Dissens zwischen unseren Koalitionspartnern gibt.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben weiter mitgedacht, wie wir auch Strukturen schaffen, die es ermöglichen, unseren Erfolgsprozess bei den Koalitionsverhandlungen und auch in der praktischen Politik fortzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden die Zukunftsfähigkeit unseres Landes in vielen anderen Bereichen erhöhen. Wir wollen, dass sich mehr junge Familien in unserem Land ansiedeln. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass der Ersterwerb einer eigengenutzten Wohnimmobilie durch natürliche Personen bei der Grunderwerbsteuer privilegiert beziehungsweise unterstützt wird. Wir werden das sehr schnell erreichen. Wir brauchen dazu die Än-

(Wolfgang Kubicki)

derung des Grunderwerbsteuergesetzes auf Bundesebene. Es wird Initiativen aus Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen dazu geben. Aber ich habe mit Freude vernommen - ich bin immer wieder überrascht, wie flexibel die CDU in vielen Bereichen ist -, dass im Bundestagswahlprogramm der CDU jetzt genau diese Forderung der Privilegierung des Ersterwerbs bei der Grunderwerbsteuer aufgenommen wird.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Da haben wir uns durchgesetzt!)

- Ihr habt sozusagen der Kanzlerin erklärt: Jamaika wirkt, und sie wäre gut beraten, wenn sie sich darauf einstellt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

Ich bin froh, dass ihr das jetzt aufgenommen habt, denn das ermöglicht es, auch relativ schnell das Gesetz auf Bundesebene zu ändern - die Voraussetzung dafür, dass wir das auch im Land machen können.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen das Wohnen in Schleswig-Holstein grundsätzlich attraktiver machen. Wir werden die Straßenausbaubeiträge spätestens 2020 durch die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs vollständig abschaffen. Unabhängig davon werden wir es schnellstens - und zwar noch in diesem Herbst - gesetzlich ermöglichen, dass die Kommunen die Ausbaubeiträge nicht mehr erheben müssen, um dadurch sonstige Nachteile zu vermeiden. Wir geben das wieder zurück in die Hand der Kommunen, und später statten wir die Kommunen so aus, dass die Ausbaubeiträge entfallen können. Aber das geht nur im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Ich wiederhole: Ich habe so viel darüber gelesen, was die Koalition von heute auf morgen umsetzen müsse. Ich wiederhole: Auch Gott hat die Welt in sechs Tagen erschaffen und nicht an einem Tag, obwohl er es gekonnt hätte. Er hat sich dafür auch ein bisschen Zeit genommen. Die Koalition wird sich für die entsprechenden Maßnahmen auch die entsprechende Zeit nehmen.

(Zuruf SPD)

Wir werden noch in diesem Jahr dafür sorgen, dass das Reiterland Schleswig-Holstein weiterhin attraktiv für den Pferdesport bleibt. Deshalb werden wir den Bestrebungen der SPD, auf kommunaler Ebene eine Pferdesteuer einzuführen, auf gesetzlichem Weg ein Stoppschild entgegenstellen. Was ist sonst das Verfassungsziel wert, den Sport zu fördern?

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thomas Rother [SPD]: Das zentrale Thema!)

Die flächendeckende Versorgung mit hochqualitativen ambulanten und stationären Leistungen in Schleswig-Holstein ist für uns eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Um in Zukunft versorgungspolitisch sinnvolle und politisch gewollte stationäre Angebote, zum Beispiel im Bereich der Kinderheilkunde und der Geburtshilfe, aufrechterhalten zu können, werden wir einen sogenannten Demografiefonds errichten. Dieser Fonds soll in Fällen, in denen versorgungspolitisch sinnvolle und politisch gewollte Versorgungsangebote nicht durch Sicherstellungszuschläge der gesetzlichen Krankenversicherung aufrechterhalten werden können, die notwendigen ergänzenden Zahlungen tätigen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Mit einem solchen Demografiefonds stärken wir auch ganz gezielt die Attraktivität des ländlichen Raumes. Frau Midyatli ist leider nicht im Raum.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie ist da!)

- Frau Midyatli, Entschuldigung, aber ich habe Sie vorne an der Seite des Kollegen Dr. Stegner erwartet. Ich nehme es zur Kenntnis, dass Sie sich abgesetzt haben.

(Heiterkeit - Serpil Midyatli [SPD]: Witzig!)

- Ja, das fand ich sehr gut.

(Heiterkeit - Zuruf SPD: Das ist ein Altherrenwitz, so ein bisschen! - Serpil Midyatli [SPD]: Ach so, Entschuldigung!)

- Herr Dr. Stegner, ich weiß nicht, wo Sie Ihren Humor haben. Wahrscheinlich im Keller. Aber das ist auch egal, darauf will ich gar nicht eingehen.

Wir haben zusammen in Eckernförde gegessen, da haben Sie das für eine gute Idee gehalten. Wir setzen das jetzt um, und das müsste auch Sie begeistern, denn Sie haben den Menschen in Eckernförde versprochen, Sie würden sich dafür einsetzen, dass so etwas kommt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Den Demografiefonds nicht!)

- Doch, den Demografiefonds. Davon gibt es ja Aufzeichnungen. Aber das ist egal. Wir haben ihn jedenfalls geschaffen. Wir können jedenfalls sicherstellen, dass Kliniken in Eckernförde, in Niebüll und anderswo erhalten bleiben können, die

(Wolfgang Kubicki)

sonst momentan aus finanziellen Gründen geschlossen werden müssten, was für die Versorgung im ländlichen Bereich eine mittlere Katastrophe wäre.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhalten. Dafür wird es wegen des demografischen Wandels notwendig sein, verstärkt auf Zuwanderung zu setzen. Wir wollen gemeinsam mit der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen über den Bundesrat ein Einwanderungsgesetz auf den Weg bringen, dessen Kernbestandteil die Entwicklung einer konkreten und kohärenten Anwerbestrategie für ausländische Talente ist und das es auch möglich macht, Flüchtlingen in Deutschland eine langfristige Perspektive auch dann zu eröffnen, wenn sie ihr Aufenthaltsrecht aus anderen Gründen verlieren. Was für eine Verschwendung wäre es, wenn wir Menschen gut ausgebildet, gut integriert und sprachlich begabt aus unserem Land wieder hinauskomplimentieren würden, wenn wir sie doch so dringend brauchen? Wir brauchen eine gesetzliche Regelung. Ich wäre froh - Tobias Koch, Herr Ministerpräsident -, wenn sich auch die schleswig-holsteinische Union auf Bundesebene dafür einsetzen würde, nach der Ehe für alle vielleicht auch hier den Widerstand aufzugeben und eine vernünftige Lösung für ein Einwanderungsland Deutschland zu schaffen, die es uns erlaubt, mit den vielfältigen Problemen, die wir gerade haben, vernünftig umzugehen. Das wäre doch eine echte Leistung.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

In der Energiepolitik werden wir einen Weg finden, die ehrgeizigen Ausbauziele mit den berechtigten Belangen der betroffenen Menschen in Einklang zu bringen und dies - Herr Kollege Dr. Stegner, warten Sie es einfach einmal ab - sehr intelligent. Es ist eine herausragende Leistung dieser Koalition, dass wir erklärt haben, wir wollen an den Ausbauzielen festhalten, was auch deshalb Sinn macht, weil es in anderen Ländern vielleicht gar nicht so viel Sinn macht, Windkraftanlagen aufzustellen, wo die Ausbeute deutlich geringer ist als in Schleswig-Holstein. Es ist deshalb richtig, sie bei uns aber zu errichten, aber gleichzeitig die Möglichkeit zu schaffen, unterhalb dieser Ziele durch Repowering - beispielsweise auch in küstennahen Gebieten - dafür Sorge zu tragen, dass die Distanz zu Siedlungsgebieten in der Fläche vergrößert werden kann, ohne die Ausbauziele zu gefährden. Da die Landesplanung jetzt beim Innenministerium ressortiert, Herr Grote, bin ich guter Hoffnung, dass es mit dem gan-

zen juristischen Sachverstand Ihres Hauses möglich sein wird, die Bedenken, die bisher daran bestehen, zu beseitigen. Ich bin mir sicher, dass wir Mitte nächsten Jahres eine Planung vorlegen können, die beides vereinbart: größere Abstände zu Siedlungsgebieten und gleichzeitig Erhalt der Ausbauziele. Dann hat diese Koalition, die Jamaika-Koalition, schon sehr viel für dieses Land getan, denn dann haben wir mehr Frieden und mehr Akzeptanz in die Bevölkerung gebracht, als es gegenwärtig der Fall ist. Das ist eines der wesentlichen Elemente unserer Politik.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss würde ich noch ein paar Worte in Richtung der heutigen Opposition sagen wollen. Am gestrigen Mittwoch hat der scheidende Ministerpräsident Torsten Albig den „Lübecker Nachrichten“ ein bemerkenswertes Interview gegeben. Ich empfehle den Sozialdemokraten, das vielleicht doch noch einmal nachzulesen und auf sich wirken zu lassen. Hierbei gab er interessante Einblicke in das Innenleben der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie nach der verlorenen Wahl. Erstaunlich war, wie unverhohlen er Kritik an der Wahlkampfstrategie der SPD unter Führung von Ralf Stegner übte. Herr Albig erklärte zum Beispiel zur Kampagne „Mehr Gerechtigkeit für alle“ - ich zitiere -:

„Die Kampagne war so nicht ausreichend. Sie war zu widersprüchlich. Es irritierte die Menschen, dass der Regierungschef und sein Wahlkampf so wirkten, als gingen wir gegen Missstände an, die ein großer Teil der Menschen nicht als solche empfindet.“

So viel ehrliche Selbstkritik hätten die Wählerinnen und Wähler sicherlich auch vom sozialdemokratischen Landesvorsitzenden erwarten können. Dieser machte jedoch sehr schnell deutlich, dass jedenfalls aus seiner Sicht der sozialdemokratischen Führung nichts vorzuwerfen sei. Vielmehr beschimpfte er auch öffentlich innerparteiliche Kritiker als glatte Karrieristen oder Opportunisten. Das ist übrigens ein Sprachumgang, der für eine demokratische Partei schon beachtlich ist. Wenige Tage nach der verlorenen Wahl zeigte sich Herr Dr. Stegner im Übrigen noch vollkommen begeistert von der sozialdemokratischen Regierungskunst der letzten Legislaturperiode, übrigens heute auch noch.

(Thomas Hölck [SPD]: Zu Recht!)

Es war alles erfolgreich, alles toll, die Wählerinnen und Wähler waren schlicht und ergreifend nur zu

(Wolfgang Kubicki)

blöd, es zu begreifen, wie gut sie es mit den Sozialdemokraten dieses Landes hatten.

(Beifall FDP und CDU)

So erklärte er in einer Pressemitteilung am 16. Mai diesen Jahres, neun Tage nach der Wahl, seine spezielle Sicht der Dinge. Torsten Albig habe - so Stegner - als Regierungschef der Küstenkoalition im Stil der politischen Führung Maßstäbe gesetzt, er habe große sozialdemokratische Weichenstellungen in Schleswig-Holstein zu verantworten. In seiner ihm eigenen, nüchternen Art sagte Herr Dr. Stegner wörtlich - ich zitiere -:

„Wo andere von christlich-abendländischer Kultur geschwafelt haben, hat Torsten Albig das christliche Menschenbild zu seiner Maxime gemacht und mit ganzer Leidenschaft und mit Mut gegen viele Widerstände seine Überzeugung vertreten.“

Der Ministerpräsident, bei dem Herr Dr. Stegner am Tag nach der Wahl dem „Morgenmagazin“ auf die Frage, woran es lag, erklärt hat, es läge weder an den Inhalten noch an der Bundespartei noch an ihm. Wir haben dann alle feststellen können: Es lag an Torsten Albig. Wer es sich so einfach macht, den Wahlverlust der Sozialdemokraten auf ein Interview in der „Bunten“ zu reduzieren, der hat politische Prozesse nicht verstanden und hält die Wählerinnen und Wähler wirklich für dumm. Das sind sie nicht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich sage Ihnen: Es gibt eine feine Linie zwischen Selbstbewusstsein und Arroganz. Wer weiß das besser als ich,

(Heiterkeit FDP)

weil ich gelegentlich in der Vergangenheit dazu neigte, diese Linie auch zu überschreiten. Aber wer glaubt, er könne mit einer solchen Selbstgerechtigkeit auf eines der schlechtesten Wahlergebnisse für die SPD in der Geschichte des Landes reagieren, der hat sich die Oppositionsrolle wahrhaft verdient.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich muss Ihnen keinen Rat erteilen, aber es muss Ihnen doch zu denken geben, dass die SPD in den letzten drei Landtagswahlen - 2009, 2012 und 2017 -, alle unter Führung von Herrn Dr. Stegner organisiert, die schlechtesten Ergebnisse seit 1950 eingefahren hat. In allen drei Landtagswahlen - 2009 war Albig nicht da, 2012 war Albig da - die schlechtesten Wahlergebnisse seit 1950. Wenn man da Kurs halten will, kann ich die Sozialdemokraten nur be-

glückwünschen. Halten Sie Kurs, werden Sie feststellen, dass Sie auch bei der nächsten Wahl wieder ein schlechtestes Ergebnis seit 1950 einfahren werden - aus meiner Sicht vielleicht gar nicht so unverdient.

Die Reaktion des SPD-Landesvorsitzenden nährt den Verdacht, dass sich die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie mittlerweile wunderbar im Sympathiekeller eingerichtet hat. Herr Dr. Stegner, ich verstehe, dass es Sie unglaublich schmerzt, dass mit dem Kollegen Habeck und mir, den beiden beliebtesten Kollegen des Landes Schleswig-Holstein,

(Heiterkeit)

jetzt Personen auf der gleichen Seite stehen und Ihnen dokumentieren, was man aus sich und seiner Persönlichkeit machen kann, wenn man mit den Menschen anders redet.

(Unruhe)

Um es mit den Worten eines ehemaligen Ministerpräsidenten zu sagen: Das Leben der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner hat sich schneller entwickelt als die politischen Vorstellungen der Sozialdemokratie und die von Herrn Dr. Stegner. Mittlerweile gibt es nur noch wenige Momente, in denen Sie sich mit den Menschen in diesem Land wirklich auf Augenhöhe befinden. Wenn es so weitergeht, dann nicht einmal das.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Die Jamaika-Koalition ist mehr als ein Zweckbündnis. Jamaika ist die große Chance, wieder Zukunftsperspektiven für unser Land zu kreieren. Jamaika ist die große Chance, die Kreativität der Menschen dieses Landes zu nutzen und nicht immer zu sagen, wir wüssten ohnehin alles besser. Jamaika ist ein Modell für Schleswig-Holstein, das wir zum Erfolg führen wollen. Nicht nur Europa, sondern Deutschland schaut auf Schleswig-Holstein. Wenn dieses Modell bei uns funktioniert, könnte das auch Anregungen geben für andere in diesem Land. Wir sind fest entschlossen, dieses Bündnis zu einem großen Erfolg für unser Land zu machen.

Herr Dr. Stegner, Sie können sich entscheiden: Sie können weiter auf niedrigem Niveau nörgeln oder sich konstruktiv und sachorientiert in diesen Prozess einbringen. Wir jedenfalls reichen Sozialdemokraten und SSW - beim SSW haben wir das gemacht -, den beiden demokratischen Oppositionsfractionen, die Hand, in diesem Prozess mitzuwirken. Wenn Sie schlau sind, was ich nicht vermute,

(Unruhe)

(Wolfgang Kubicki)

werden Sie sich auch entsprechend der Anregung der Kollegin von Kalben darauf einlassen, nicht nur alles schlechtzumachen und schlechztureden, sondern dazu beizutragen, dass das Land besser wird. Das hat Schleswig-Holstein verdient. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Kursteilnehmer und Kursteilnehmerinnen der Volkshochschule Leck und Schüler und Schülerinnen der Schule am Brook aus Kiel. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die AfD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sehr geehrte gewählte Vertreter des Volkes! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die AfD-Fraktion freut sich sehr darüber, dass es einige der AfD-Themen aus unserem Wahlprogramm in den Koalitionsvertrag geschafft haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Bitte?)

Zum Teil wurde sogar wortwörtlich die Überschrift der AfD kopiert. Als Beispiel sei genannt: „kurze Beine, kurze Wege“ in Bezug auf die Grundschulen.

(Lachen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Auch das klare Bekenntnis zur dualen Ausbildung und zum Meisterbrief scheint direkt dem AfD-Wahlprogramm entnommen worden zu sein. Ich weiß genau, wer hier von wem kopiert hat. Denn wir hatten unseren Parteitag Anfang September 2016 und die CDU im November 2016. Bei uns war ein CDU-Mann zu Gast, der fleißig mitgeschrieben hat. Nehmen Sie das zur Kenntnis!

(Zurufe CDU)

- Bei uns war ein CDU-Mann zu Gast; der hat fleißig mitgeschrieben.

AfD wirkt, stelle ich fest. Wir haben es in den Koalitionsvertrag geschafft.

(Lars Harms [SSW]: Ich glaube, Cannabis ist schon freigegeben! - Unruhe - Glocke Präsidentin)

- Nee, das überlasse ich den Grünen.

(Christopher Vogt [FDP]: Homo-Ehe, Cannabis, Zuwanderungsgesetz - wunderbar!)

Ihre angestrebte MINT-Offensive finden auch wir gut, die klare Stärkung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereichs in allen Schularten. Denn die Regierung unter Ministerpräsident Albig hat Schleswig-Holstein den letzten Platz beim Beitrag des Bildungssystems zur Ausbildung des akademischen Nachwuchses in den sogenannten MINT-Fächern beschert. Das können Sie im Bildungsbericht 2016 dezidiert nachlesen. Schleswig-Holstein hat im bundesdeutschen Vergleich die rote Laterne und ist Schlusslicht. Deswegen begrüßen wir diese Initiative der Regierungskoalition.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist ja schön!)

- Das ist toll, ja.

(Christopher Vogt [FDP]: Auch das Fach Deutsch! - Heiterkeit und anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Koalitionsvertrag ist trotzdem der kleinste gemeinsame Nenner, den CDU, FDP und Grüne aushandeln konnten. Der Vertrag ist ein karibisches, buntes Sammelsurium unterschiedlichster Parteiprogramme und parteipolitischer Überzeugungen. Er ist besonders stark geprägt von einer karibischen Ausgabenmentalität. Ich habe bereits gestern ausgeführt, dass die am schleswig-holsteinischen Bruttoinlandsprodukt gemessene gesamtstaatliche Schuldenquote aus Kapitalmarktschulden und sonstigen Verpflichtungen des Landes insgesamt rund 120 % des BIP beträgt und damit schon jetzt über der Schuldenquote des Staates Jamaika liegt. Zur Information: Jamaika hatte Ende 2016 eine Schuldenquote von 118,9 %.

Wenn dieser Koalitionsvertrag mit seinen vielschichtigen Ausgabenwünschen ohne Gegenfinanzierung so an den Start geht, bekommen wir ohne jeden Zweifel ein karibisches Laissez-faire in der Haushaltspolitik. Denn auf fast jeder Seite des Vertrags finden sich hier und dort Millionensummen, Mittelerrhöhungen, finanzielle Stärkungen und Zuweisungen, die im Einzelfall durchaus sinnig sind, aber es fehlt einfach eine konkrete Gegenfinanzierung. Kein Wort darüber im Vertrag, wo diese Ausgabenmillionen an anderer Stelle eingespart werden können und sollen. - Herr Ministerpräsident, so

(Jörg Nobis)

wird es nichts mit Ihren karibischen Sommernachtsträumereien in Kiel.

Nichts anderes sind die aufgeschriebenen schwarz-gelb-grünen Ausgabenphantasien im Koalitionsvertrag. Einerseits wollen Sie Haushalte ohne Neuverschuldung aufstellen und Haushaltsüberschüsse zur Schuldentilgung und Sanierung der Infrastruktur einsetzen - was wir als AfD-Fraktion ausdrücklich begrüßen -, andererseits wollen Sie hier und dort zig Millionen Euro mehr ausgeben. Sie wollen die Polizei aufstocken und den Lehrermangel beseitigen, um die innere Sicherheit und die Bildung zu stärken. Auch das begrüßen wir als AfD-Fraktion ausdrücklich.

Aber all diese schwarz-gelb-grünen Wünsche kosten nun einmal Steuergeld. Sie müssen uns schon genau erklären, woher diese zusätzlichen Mittel für Polizei und Bildung kommen sollen, woher die 15 Millionen € zusätzlich für Sportstätten kommen sollen, die Erhöhung der Planungskapazitäten, die Mittel für den öffentlichen Nahverkehr, woher die 170 Millionen € für die Kita-Finanzierung kommen sollen, die 10 Millionen € zusätzliche Landesmittel für das Sondervermögen MOIN.SH, die 10 Millionen € für die zusätzlichen Investitionen im Bereich der Elektromobilität, die 10 Millionen € für den Ausbau von Radwegen, die 120 Millionen € für eine Mobilitätsoffensive sowie die zusätzlichen 10 Millionen € für die Hafeninfrastuktur, wenn Sie nicht auch irgendwo Einsparungen vorsehen und nicht einmal beim sogenannten „Gender-Budgeting“ Einsparungen vornehmen wollen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Nicht einmal da! - Unruhe)

Mir ist überhaupt nicht klar, wie Sie das alles finanzieren wollen und dann auch noch einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen möchten. Da bin ich wirklich gespannt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das können Sie ja sehen!)

Mit dem Gender-Budgeting und der Stärkung des sogenannten Diversity-Managements - vielleicht kann mir einmal jemand erzählen, was das überhaupt ist -

(Zurufe)

haben Sie sich ein dickes grünes Ei ins Koalitionskörbchen legen lassen, Herr Ministerpräsident. Es ist leider nicht das einzige grüne Überraschungsei in Ihrem bunten Korb. Gespannt bin ich auf die altersgerechte Thematisierung von sexueller Vielfalt im Unterricht. Ich bin davon überzeugt, dass wir

dieses Thema mit den verwendeten Unterrichtsmaterialien im Hohen Haus noch besprechen werden.

(Unruhe SPD)

Dass jeder Mensch nach seinen Vorstellungen leben soll, ohne diskriminiert zu werden, dass man gegen gesellschaftliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung ist, ist für mich selbstverständlich.

(Unruhe)

Aber dass die zivile Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden soll, wie im Koalitionsvertrag als Ehe für alle mit Adoptionsrecht gefordert, hat damit nichts zu tun. Aber wir sind ja die Partei des gesunden Menschenverstandes, Herr Kubicki,

(Widerspruch SPD)

und haben uns von den guten Argumenten der Grünen überzeugen lassen: Wir sind jetzt für eine Frauenquote und auch für die Ehe für alle; wir fordern die Ehe für alle mit einer Frauenquote von 50 %.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Die Tatsache, dass die CDU jetzt bereitwillig, die Ehe für alle fordert, auch Frau Merkel, zeigt, wie weit Sie mittlerweile nach links gerückt sind. Sie haben Ihre konservativen Wähler verraten und verkauft.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Ich stelle fest: Die AfD ist die letzte konservative Kraft in diesem Haus.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Auch bei der Windenergie haben sich klar die Grünen durchgesetzt. Windkraftanlagen sollen weiterhin ohne Rücksicht auf den Willen betroffener Bürger oder der Gemeinden gebaut werden können.

Interessant fand ich im Koalitionsvertrag auch, dass für die Asylsuchenden der Zugang zu „therapeutischen Leistungen über das bisherige Maß hinaus ermöglicht werden soll“. Was heißt denn das? Privatärztliche Leistungen für Asylsuchende? - Auch hierzu wird sich die AfD-Fraktion klar und deutlich positionieren.

Das Einzige, was sich wirklich wie ein roter Faden durch diesen gesamten Koalitionsvertrag zieht, ist das Ziel, parteipolitische Gräben mit zig Steuermillionen zuschütten zu wollen. Somit wird der zarte, bunte Schmetterling ganz schnell zum dicken „Haushaltsbrummer“. Spätestens, wenn im nächsten Jahr die HSH Nordbank abgewickelt werden

(Jörg Nobis)

soll, wird der Schmetterling zum fetten flugunfähigen Vogel.

Wir als AfD-Fraktion sind wirklich gespannt, welche parteipolitischen Gräben sich dann schnell wieder auftun werden, wenn man feststellt, dass die Geldsäcke nicht annähernd ausreichen werden, um die tiefen politischen Gräben zuzuschütten.

So, wie ich das sehe, sind wir gekommen, um zu bleiben. Wenn Sie solche Politik machen, dann sind wir noch sehr, sehr, sehr lange in diesem Haus vertreten. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit Sicherheit nicht!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich auf den Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung eingehe, noch etwas Allgemeines sagen, was mir sehr, sehr wichtig ist. In der letzten Wahlperiode waren wir als SSW zum ersten Mal an einer Regierung beteiligt. Wie es das Schicksal manchmal so will, stehe ich jetzt hier und muss sagen, wir sind jetzt zum ersten Mal aus der Regierungsverantwortung herausgewählt worden. Auch das nehme ich zur Kenntnis.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das lag nicht an euch!)

- Das lag auch am SSW, definitiv. Das nehmen wir auch selbstkritisch zur Kenntnis. Das ist so.

Allerdings gehört das mit zu einer Demokratie. Ich habe schon am Wahlabend gesagt, dass das eigentlich etwas ist, was mich immer wieder freut, nämlich dass Demokratie auch Wechsel darstellen kann, dass wir hier schon viele verschiedenartige Regierungen gehabt haben. Aber wir haben immer alle in irgendeiner Art und Weise vernünftige Übergänge hinbekommen.

Deshalb sage ich auch ganz deutlich schon im Vorwege: Wir wollen eine konstruktive Oppositionsarbeit leisten. Das heißt nicht, dass wir alles in Bausch und Bogen verdammen. Das werden Sie gleich auch noch an meinen Kommentaren zum Koalitionsvertrag merken. Allerdings werden wir da, wo wir uneinig sind, diese Uneinigkeit natürlich auch deutlich machen. Trotzdem: Gute Vorschläge,

die von der Regierung und von den Regierungsfractionen kommen, werden wir unterstützen. Wir erwarten natürlich auch, sollten wir einmal einen guten Vorschlag haben - was ja nicht so ganz unwahrscheinlich ist -, dass uns dann auch die regierungstragenden Fraktionen bei unseren Initiativen unterstützen werden.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ebenfalls schön ist, dass wir in unserer Gemeinschaft der Demokraten einig darüber sind, dass bestimmte politische Felder auch weitergeführt werden. Jetzt stelle ich mich nicht hier hin und sage, was alles Küstenkoalition 2.0 ist, denn wir haben das - ich bin ja schon länger hier in diesem Landtag - öfter erlebt, dass Regierungen bestimmte Sachen, die andere Regierungen angefangen haben, auch weiterführen.

Ich nenne die Haushaltskonsolidierung, die uns schon seit langen Jahren eint. Ich erinnere immer wieder gern daran, dass wir die Schuldenbremse hier auch gemeinsam beschlossen haben - ohne die Linken, aber sonst mit allen anderen Fraktionen, die hier schon länger tätig sind. Meine Damen und Herren, auch das Programm IMPULS bleibt, MOIN.SH bleibt, die 500 Stellen bei der Polizei werden so fortgeführt, wie wir es auch als Küstenkoalition vorgehabt haben. Der Straßenbau bleibt, wird sogar ausgebaut. Das Kita-Geld bleibt vorerst. Da wird angestrebt, eine neue Finanzierung auf die Beine zu stellen. Die Grunderwerbsteuer bleibt - auch das muss man feststellen. Die Krankenhausförderung bleibt - auch in der gleichen Höhe, was ganz, ganz wichtig ist. Die Planungsverfahren bei der Windenergie bleiben. Die Resozialisierung und der moderne Strafvollzug bleiben. 100 % Unterrichtsversorgung bleibt. Westküsteninitiative bleibt. Der Kulturdialog soll fortgesetzt werden. Selbst - das freut mich persönlich ganz besonders - das Tarifreuegesetz soll bleiben.

Man sieht also: In der Gemeinschaft der Demokraten sind wir durchaus in der Lage, Projekte weiterzuführen. Ich finde, das ist etwas, was unsere Demokratie von anderen Ländern unterscheidet, und es ist es durchaus wert, immer wieder hervorgehoben zu werden.

Aber wenn man sich den Koalitionsvertrag näher anguckt, guckt man natürlich erst einmal ein bisschen kritisch drauf. Man liest, liest und liest, und man merkt dann: Oh Gott, die Jamaika-Koalition arbeitet ein bisschen wie der TÜV. Die Worte „es wird geprüft“, „überprüft“ oder „geprüft werden

(Lars Harms)

soll“ finden sich insgesamt 118-mal im Koalitionsvertrag. Es wird also sehr oft geprüft. Wenn man ganz ehrlich ist, ist das ein Zeichen dafür, dass man sich in den drei Wochen, in denen man verhandelt hat, noch nicht auf alles einigen konnte. Überall da, wo steht: „Es wird geprüft“, da ist so richtig Pfeffer drin, da werden noch Diskussionen in der Koalition geführt werden müssen. Wir freuen uns in diesem Parlament darauf, uns an diesen Diskussionen entsprechend beteiligen zu können.

(Beifall SSW)

Meine Damen und Herren, jetzt aber zu den wirklich vielen konkreten Inhalten und Festlegungen, die sich im Koalitionsvertrag finden. Ich möchte eine - fast schon Orchidee - voranstellen, die noch keiner genannt hat - drolligerweise -, die ist uns aber sehr wichtig, nämlich die Gedenkstättenarbeit. Sie ist im Koalitionsvertrag genannt. Für uns ist es ganz, ganz wichtig, dass wir diese Arbeit weiterführen, dass das erarbeitete Konzept für die Neulandhalle umgesetzt wird, dass wir unsere Gedenkstätten - in meinem Wahlkreis zum Beispiel, in Husum-Schwesing, aber auch Ladelund und die im Hamburger Rand, wo es zahlreiche Gedenkstätten gibt - weiter unterstützen. Wir haben auch die Gedenkstätte in Lübeck-Schlutup, die inhaltlich noch besser aufgestellt werden muss.

Ich glaube, diese Gedenkstätten sind unheimlich wichtig in Zeiten, in denen wir von Radikalismus - sowohl von links wie auch von rechts und auch religiös motiviert - und von Fake News umgeben sind. Da ist es wichtig, sich auch immer wieder auf die Fehler der Vergangenheit zu besinnen, diese anzunehmen und diese Fehler entsprechend aufzuarbeiten. Dazu sind unsere Gedenkstätten da. Es ist ganz, ganz wichtig, auch vor dem Hintergrund, dass wir rechten, linken und auch religiösen Fanatismus bekämpfen wollen, dass wir die Gedenkstättenarbeit weiter fortführen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Programme gegen rechts, gegen links und gegen religiösen Radikalismus. Auch daran muss weiter gearbeitet werden. Ich habe nicht so sehr die große Sorge, dass das nicht so geschehen wird. Wir werden dabei jedoch auch - das ist ein Bild derselben Medaille - Polizei und Verfassungsschutz stärken müssen. Auch da sind wir uns einig.

Wir sind uns allerdings uneinig, wenn es darum geht, massiv anlasslos zu überwachen. Auch den

Sinn von Fußfesseln haben wir beim SSW immer noch nicht erfasst. Da wird bei uns noch Überzeugungsarbeit zu leisten sein. Ich glaube, man muss noch einmal darüber reden, wie man das genau umsetzt. Ich glaube aber, wenn es darum geht, Programme gegen Rechtsradikalismus, gegen Linksradikalismus und gegen religiösen Radikalismus auf den Weg zu bringen, wenn es darum geht, Polizei und Verfassungsschutz personell, inhaltlich und ausstattungsmäßig zu unterstützen, sind wir in diesem Haus sehr breit einig.

Nun kann man sich denken, wenn der SSW spricht, dass er sich auch ein bisschen auf die Minderheitenpolitik stürzt. Das gehört sich so, das erwartet man von uns, und das tun wir auch gern und mit großer Überzeugung. Der Ministerpräsident hat eben in einem Satz kurz dargestellt, dass er die Minderheitenpolitik weiterführen will in dem Sinn, dass Minderheiten weiter geschützt werden sollen. Für uns ist es wichtig, dass die Dinge weitergeführt werden, die in der Vergangenheit gemacht wurden, und auch Perspektiven für die Zukunft in diesem Politikfeld gesetzt werden.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir Ziel- und Leistungsvereinbarungen haben. In diesem Bereich gibt es schon einige. Wir brauchen aber auch dringend etwas für die Kulturorganisation der dänischen Minderheit, den SSF. Wir brauchen weiterhin die gerade angelaufenen Sprachangebote in Kitas und Schulen. Dort wird Dänisch, Friesisch und Niederdeutsch gefördert. Das erfolgt dort mit großem Erfolg. Die Anträge aus den Kindergärten sind richtig gut angelaufen. Wir haben jetzt die große Hoffnung, dass diese finanzielle Förderung dazu führen wird, dass die Angebote ausgeweitet werden können. Das ist sehr, sehr wichtig.

Es geht für uns natürlich um die zweisprachige Beschilderung bei uns in Nordfriesland als begonnenes Projekt. Es ist auch wichtig, dass wir bei den Sozialberatern der Sinti und Roma weitermachen. Wir haben da richtig klasse angefangen. Finanzielle Mittel stehen zur Verfügung. Wir müssen da weitermachen, um für die Sinti und Roma noch viel zu erreichen.

(Beifall SSW, FDP und Birte Pauls [SPD])

Wir können noch viel tun, wenn es darum geht, Unterrichtsmaterialien für die einzelnen Sprachen bereitzustellen und die Lehrpläne für die Regional- und Minderheitensprachen weiterzuentwickeln. Da geht es weniger um Geld, sondern wesentlich mehr um Gehirnschmalz. Genauso ist es im Übrigen bei der Umsetzung der Bestimmungen der Sprachen-

(Lars Harms)

Charta, die weniger mit Fördermitteln und Geld zu tun hat, sondern eher mit der Eröffnung von sprachlichen Möglichkeiten für die Minderheiten- und Regionalsprachensprecher. Ich glaube, dass wir da noch viel erreichen können.

Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit - das hat der Ministerpräsident eben schon angesprochen - sind es der Jütland-Korridor, aber eben auch der Fehmarnbelt-Bereich, in dem wir wirtschaftliches Wachstum und - ich nenne es einmal so - kulturelles Wachstum generieren können. Dort können wir uns im wahrsten Sinn des Wortes gegenseitig befruchten.

(Heiterkeit)

Ich glaube, dass das wirklich weiter gefördert werden muss.

Wir brauchen sowohl im Grenzbereich bei der physischen Landgrenze als auch im Fehmarnbelt-Bereich eine gemeinsame Kulturregion. Weil ich diese Region bei uns im Norden schon als eine gemeinsame Kulturregion auffasse, bin ich besonders froh, dass die Koalition, die sich jetzt etabliert hat, ganz klar ein Bekenntnis zu offenen Grenzen im Schengen-Raum und damit auch bei uns im Norden in den Koalitionsvertrag aufgenommen hat. Ich glaube, dass das eine gesunde Basis für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist. Wir werden das unterstützen.

(Beifall SSW und CDU)

Im Koalitionsvertrag fehlt ein bisschen die Ostsee- und Nordseekooperation. Das muss nichts bedeuten; es kann ja trotzdem sein, dass sie weitergeführt werden. Die Ostseekooperation ist noch da, die Nordseekooperation ist gar nicht genannt. Es ist allerdings dringend notwendig, dass wir diese Bereiche weiter bearbeiten.

(Beifall Klaus Schlie [CDU] und Regina Poersch [SPD])

Wir haben in der Ostseezusammenarbeit wirklich schon viel erreicht. Bei der Nordseekooperation haben wir auch gerade mit den drei niederländischen Provinzen Friesland, Drenthe und Groningen eine Kulturvereinbarung beschlossen - einen Letter of Intent, wie ich es einmal nennen will. Wir können da etwas hinbekommen, das auch vor dem Hintergrund des Brexit Sinn macht. Das ist nämlich auch Nordseekooperation.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Wir müssen darauf achten, dass wir die Briten nicht alleinlassen. Insofern denke ich, dass wir da noch etwas Gehirnschmalz hineinsetzen können.

Meine Damen und Herren, kommen wir nun zu einem etwas Kritischeren, dem Bereich Schule. Wir als SSW waren nicht die größten Fans von G 8. Wir meinten aber schon und sind heute immer noch davon überzeugt, dass es klug gewesen wäre, einfach einmal Ruhe im System zu lassen und dort, wo G 8 ist, G 8 zu lassen, und dort, wo G 9 ist, G 9 zu machen. Nun kommt es anders. Wir werden sehen, wie es enden wird. Wenn man so will, ist das ein klarer Sieg der CDU. Der Kollege Tobias Koch hat es eben bereits dargestellt: Um die 75 % zu erreichen, muss man schon alle Schüler überstimmen. Ich kenne es von meinen eigenen Kindern: Die sind auch lieber entspannt zur Schule gegangen. Insofern werden wir flächendeckend G 9 kriegen.

Viel schwerwiegender ist, wie ich glaube, der Beschluss, die Lehrerbildung wieder auseinanderzuziehen. Es ist eine richtige Krux, jetzt zu sagen, man brauche Gymnasiallehrer, und diejenigen, die an Gemeinschaftsschulen auf Gymnasialniveau unterrichten, müssten irgendwie anders ausgebildet werden, damit man sagen kann: So ein Gymnasiallehrer ist etwas ganz Tolles, und alle anderen Lehrer sind irgendwie Lehrer zweiter Klasse. Ich glaube nicht, dass das richtig ist.

Zum einen schädigt es den Standort der Universität Flensburg. Ich sehe das wirklich als eine Bedrohung an. Zum anderen glaube ich, dass es ein Problem werden kann, wenn es darum geht, die Durchgängigkeit der Studiengänge zwischen Flensburg und Kiel hinzubekommen. Das war als Küstenkoalition unser Ziel, das wir umgesetzt haben. Das wird jetzt wieder schwieriger gemacht. Ich glaube nicht, dass man sich irgendwann hinstellt und sagt: Na ja, so ein Gemeinschaftsschullehrer, das ist nun genau der gleiche Lehrer wie der Gymnasiallehrer, die Studiengänge an den Hochschulen heißen nur anders, und deswegen können die von einem Studiengang zum anderen wechseln. - So wird es nicht sein.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es wird wirklich schwierig werden. Ich glaube, dass das wirklich ein Rückschritt ist. Es ist vor allem teuer, wenn man an beiden Universitäten eine größere Infrastruktur vorhalten muss.

(Beifall SSW und SPD)

Wirklich schade ist, dass im Koalitionsvertrag die Gleichstellung der Grundschullehrer nur mit dem

(Lars Harms)

Hinweis erwähnt wird: Wenn alle Welt in irgendeiner Art und Weise mitmacht, dann werden wir uns darüber auch eine Rübe machen, ob wir Grundschullehrer gleich besolden können, wenn es möglich gewesen wäre, das finanziell zu wuppen. Wir gehen davon aus, dass das ab 2020 möglich sein wird, es ist ja sogar jetzt schon möglich, nachdem auf Bundesebene der Länderfinanzausgleich entsprechend beschlossen worden ist -, hätten wir uns vorgenommen, sämtliche rechtlichen Regelungen zu schaffen, um die Grundschullehrer tatsächlich mit A 13 zu besolden. Ich glaube immer noch, dass es möglich ist. Nehmen Sie das ein bisschen als Wunsch und Aufforderung, sich noch einmal Gedanken darüber zu machen, ob es nicht vielleicht doch für das Land Schleswig-Holstein schöner sein könnte, dies als erstes Bundesland einzuführen und an der Spitze der Bewegung zu stehen, als abzuwarten, bis andere damit anfangen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Ein nächster Punkt sind die Kindertagesstätten. Das Kita-Geld bleibt erst einmal. Es war auch nicht anders zu erwarten. Nun möchte man ein einheitliches Verfahren bei der Verteilung der Landesmittel und eine Regionalentlastung bei den Elternbeiträgen. Wie das laufen soll, weiß ich noch nicht. Die Elternbeiträge liegen zwischen knapp über 90 € und weit über 500 €. Es ist gar nicht so einfach, da eine Angleichung hinzukriegen. Es wäre aber toll.

Für uns ist es ganz wichtig, es wirklich hinzukriegen, dass im ganzen Land die Kindergartenbeiträge einheitlich sind. Ich spreche nicht davon, dass alles kostenlos wird. Wir wissen alle, dass das eine Vision ist und es uns alle möglicherweise auch eint, dass wir da irgendwann einmal hinkommen wollen. Ich fände es aber schon gerecht, wenn die Kindergartenbeiträge überall gleich wären und nicht in einer Region abgesenkt würden, in einer anderen aber nicht, sondern dass man dort zu einem gerechten Schlüssel käme. Der Maurermeister wird nämlich im Regelfall überall ähnlich bezahlt. Es wäre schade, wenn der Maurermeister in Norderstedt immer noch richtige Schwierigkeiten hätte, seinen Kindergartenbeitrag zu zahlen, und auf eine Sozialstaffel angewiesen wäre, der Maurermeister bei mir in Dagebüll es aber nicht wäre. Da muss man vielleicht noch einmal genau gucken, wie man Gerechtigkeit hinbekommt.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir nun zu dem Bereich Wirtschaft und Infrastruktur. Straßenbau - Sie kennen mich -:

(Heiterkeit)

Ich mag Straßen. Es ist wirklich zu begrüßen, dass dort noch mehr geschehen soll. Das ist okay und wirklich gut. Ich glaube allerdings, dass es auch für die neue Koalition eine große Herausforderung sein wird, die Planungskapazitäten aufstocken zu können. Ich sage Ihnen ganz klar, dass es nicht einfach wird. Wir haben es versucht und uns daran die Zähne ausgebissen: nicht nur am Besoldungsrecht, sondern auch, wenn man es auslagert, an den Planungskapazitäten der jeweiligen Planungsbüros. Das ist nicht so einfach. Insofern sage ich aus unserer Sicht ganz klar: Wir würden es gern sehen. Wenn es aber so nicht klappt, wie man es sich idealtypisch vorstellt, stelle ich mich hier nicht hin und sage, das ist alles Käse, denn wir haben es auch fünf Jahre lang versucht. Es war nicht ganz einfach.

Neben all den Beschlüssen, die gefasst werden und die richtig sind, glaube ich allerdings, dass eines viel wichtiger ist: Lieber Minister Buchholz, passen Sie auf, dass Sie nicht den gleichen Fehler wie Ihre CDU-Vorgänger machen, nämlich dass man mit dem festen Willen kommt, Projekte blitzschnell umzusetzen, alles dafür zu tun und auch einmal 13 gerade sein zu lassen, damit man schneller zum Ziel kommt. Am Ende holt einen das derzeit noch komplizierte deutsche Planungsrecht ein. Man kann dann wieder länger nacharbeiten. Das haben wir bitter zur Kenntnis nehmen müssen. Ich erlaube mir gar nicht, Ihnen hier einen Rat zu erteilen, mache es jetzt aber einfach trotzdem:

(Heiterkeit FDP)

Wichtig ist, einen kühlen Kopf zu behalten und sauber durchzuplanen. Schnell darf es ruhig sein, aber nicht so schnell, dass man gewisse Dinge nicht mehr vernünftig abarbeitet, denn dann holen einen die Dinge immer wieder ein. Das ist ganz wichtig.

Im Übrigen haben wir schon einen Antrag gestellt, der sich durchaus mit einer im Koalitionsvertrag festgehaltenen Intention deckt: Die Planungsverfahren müssen verschlankt werden. Es geht nicht anders, es muss schneller gehen. Wenn ein Beschluss gefasst worden ist, dass man etwas machen will, muss dieser Beschluss - ähnlich wie in Dänemark - stehen. Dort ist es dann immer Gesetzeslage und nur noch eine Frage, wie man das Gesetz und die Maßnahme so nachhaltig und ökologisch wie möglich umsetzt. Das ist eine große Herausforderung, die wir nicht nur in Schleswig-Holstein haben. Da werden wir auf Bundesebene noch Überzeugungsarbeit leisten müssen.

Ich habe hier noch jede Menge Kleinkram stehen.

(Lars Harms)

Erster Punkt. Eines schockiert die Nordfriesen immer wieder: Der ewige Geist der Bahnstrecke Niebüll-Flensburg hat sich dank des Kollegen Tietze doch wieder irgendwie in diesen Koalitionsvertrag geschummelt. Zum Glück ist das nur einer der 118 Prüfaufträge. Insofern gehe ich davon aus, dass Prüfungen ergeben werden, dass das alles völliger Tinnel ist. Ich kann schon einmal sagen: Die Region wird massiv aufstehen, wenn solche Gedanken kommen, uns an der Westküste komplett vom Bahnverkehr abzuschließen, nur damit der Kollege Tietze irgendwelchen Menschen möglicherweise ein schönes Geschenk gemacht hat. Ich glaube nicht, dass das richtig ist.

Ein zweiter Punkt ist der gnadenlose Einfluss des Kollegen Arp. Das ist der HVV-Beitritt im Kreis Steinburg.

(Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

Es ist schön, dass es das gibt. Alle anderen aber bleiben auf teuren Fahrkarten sitzen. Sämtliche andere Regionen, insbesondere der Norden, werden fahrkartentechnisch abgehängt.

(Christopher Vogt [FDP]: Quatsch!)

Wir dürfen weiter teuer bezahlen, aber Herr Arp darf inzwischen ein bisschen günstiger nach Hamburg fahren. Es sei ihm persönlich gegönnt.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Der fährt auch immer mit dem Zug! Ich sehe ihn da häufig!)

Schöner wäre es gewesen - das ist meine tiefste Überzeugung -, dass wir hier in Schleswig-Holstein einen einheitlichen Tarif haben, gern mit den Hamburgern zusammen, aber nicht solche schiebchenweisen Lösungen.

(Beifall SSW)

Ein wirklich wichtiges Thema für uns - das ist heute mehrfach angesprochen worden - sind gute Arbeit, faire Arbeit, faire Löhne. Sie haben beschlossen, dass Sie den Mindestlohn im Mindestlohngesetz auslaufen lassen wollen. Das ist in der Tat kein Unterschied zu dem, was wir vorgehabt haben. Das sage ich ganz deutlich. Auch wir wollten die 9,18 € festschreiben und dann den bundesweiten Mindestlohn nachlaufen lassen. Wenn der erreicht wäre, sollte der Landesmindestlohn abgeschafft werden.

Sie haben 2019 als Enddatum festgelegt. Mein Wunsch ist: Sollten die Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene nicht so schnell arbeiten, dass ein bundesweiter Mindestlohn festgelegt wird, sollte man das Auslaufen des Landesmindestlohns so weit hinausschieben, bis der bundesweite Mindestlohn

tatsächlich den Standard des Mindestlohngesetzes erreicht hat. Schauen wir einmal. Wir haben noch ein bisschen Zeit dafür.

Positiv hervorheben muss ich, dass das Tariftreuegesetz gerettet zu sein scheint - zumindest, wenn es um einen Mindestlohn geht und darum, den Tariflohn bei Ausschreibungen vorzugeben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Das ist sehr gut. Das ist nämlich der Kern des Gesetzes. Der Kern dieses Gesetzes bleibt also erhalten. Darüber bin ich sehr froh, auch wenn es viele Dinge gibt, die man noch verbessern kann. Allerdings muss ich ganz deutlich sagen: Für uns sind Kinderarbeit, Umweltschutzaspekte oder Gesundheitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine vergabefremden Kriterien.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es gibt ein Verbot der Kinderarbeit!)

- Das Verbot habe ich nicht genannt, Herr Kollege Kubicki. - Das alles sind vergaberelevante Kriterien. Sie dürfen nicht abgeschafft werden.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich habe nichts dagegen, wenn man ein Gesetz sauberer, einfacher formuliert. Wenn aber Inhalte ausgehöhlt werden, ist das der falsche Weg.

(Beifall SSW und SPD)

Ich bin normalerweise ein Mensch, der sagt: Versprechen soll man einhalten. Insbesondere Wahlversprechen sollte man einhalten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das sollte man machen!)

Das sollte jeder Politiker tun. Allerdings mache ich heute eine Ausnahme. Ich bin tatsächlich sehr froh, dass ein Versprechen von CDU und FDP nicht eingehalten wurde, nämlich die Abstände bei der Windenergie. Ich war echt in Sorge, dass unsere Windenergiebranche zugrunde gerichtet wird, wenn eine neue Koalition kommt. Zum Glück - vielen Dank, liebe Grüne! - bleibt es bei dem Verfahren, das wir gemacht und angeleiert haben. Auch bei den Flächen bleibt es. Es wird innerhalb der Flächen möglicherweise eine Höhenregelung geben. Das hätte das Anhörungsverfahren auch ergeben können. Insofern ist das alles in Ordnung. Das 2%-Flächenziel bleibt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das verstehen sie nicht! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir verstehen das besser als Sie!)

(Lars Harms)

Dass man bestimmte Kriterien leicht abändert, ist in Ordnung. Kriterien herausnehmen und andere hineinnehmen, geht nicht. Daran werden Sie sich halten. Das sah vor der Wahl noch anders aus. Insofern bin ich ganz froh. Wenn die Windenergiegegner auf der Zinne sind, freut sich Herr Harms. Dann weiß er, dass es mit der Windenergie noch läuft. Das sind immerhin 6.000 Arbeitsplätze, zwei Drittel davon bei mir in Nordfriesland.

(Zurufe SPD)

Das ist etwas, das eine hohe Relevanz hat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Insofern vielen Dank an CDU und FDP, dass Sie an Ihren Zielen und Versprechen nicht festgehalten haben.

(Beifall SSW und SPD)

Etwas anderes ist der Naturschutz. Es ist schade, dass wir anscheinend keine Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes bekommen. Ich glaube, wir hätten noch mehr Naturschutz herausholen können. Andererseits kann man aber auch sagen: Wir haben schon ein ziemlich gutes Gesetz. Dass das erhalten bleibt, ist erst einmal auch nicht schlecht. Trotzdem glaube ich, wir hätten noch mehr machen können. Ich glaube, auch die Kollegen aus der CDU - sind die Kollegen aus Nordfriesland und Dithmarschen da? Nein, sind sie nicht - hätten sich bestimmt gefreut, wenn man noch einmal darüber nachgedacht hätte.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Von der CDU. Du bist noch nicht in der CDU, Andreas Tietze, auch wenn es manchmal so aussieht. - Die Kollegen der nordfriesischen CDU hatten seinerzeit beschlossen, dass Küstenschutzmaßnahmen von Ausgleichsmaßnahmen ausgenommen sein sollten. Das findet sich aus meiner Sicht leider nicht im Koalitionsvertrag wieder. Darin ist nur eine nebulöse Formulierung enthalten. Es wäre schön gewesen, wenn zumindest das hineingekommen wäre. Aber gut, dann sind wir eben die letzten Mohikaner - das waren wir vorher auch schon -, die das fordern.

(Christopher Vogt [FDP]: Auch die ersten Mohikaner!)

Lieber Herr Kollege Vogt, ganz wichtig ist Folgendes: Im Koalitionsvertrag steht, dass man eine Initiative zur nationalparkverträglichen Ausgestaltung der Krabbenfischerei haben will. Darüber müssen wir noch einmal reden.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja!)

Das lässt bei uns immer alle Alarmglocken schrillen. Sie sind sofort alle auf den Zinnen und in Sorge. Wenn es nämlich eines gibt, was nationalparkverträglich ist, dann ist es unsere heimische Krabbenfischerei.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: So ist es!)

Wenn wir also über eine solche Initiative reden, können wir gern über Hochseefischerei aus anderen Staaten reden. Dazu gehört auch Dänemark. Dazu gehören insbesondere die Niederlande. Über die dürfen wir gern reden, aber bitte schön nicht über unsere Fischer im Nationalpark. Die sind schon eingeschränkt. Die haben schon Schwierigkeiten, überhaupt überleben zu können. Sie arbeiten im Rahmen dessen, was wir gesetzlich festgeschrieben haben, schon so nachhaltig, wie es irgend geht. Sie halten sich an die Gesetze. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir unsere Fischer schützen.

(Beifall SSW und AfD)

Ein wichtiges Thema, das wir sicherlich noch als Einzeltagesordnung beraten werden, das aber hier trotzdem schon einmal angesprochen werden muss, ist der Bereich des Glücksspiels. Dort haben Sie festgelegt, dass Sie dem Glücksspieländerungsstaatsvertrag nicht zustimmen wollen. Der Staatsvertrag, der derzeit vorliegt, ist besser als das, was wir bisher haben, wenn auch nicht schön und nicht gut. So haben wir als SSW ihn immer gesehen und gesagt: Okay, bevor es weiter ins Elend geht, nehmen wir erst einmal diesen, bevor gar nichts Gutes da ist.

Allerdings muss ich ehrlich sagen, dass ich eine gewisse Sympathie für Ihre Haltung habe zu sagen: Nein, wir machen einen richtigen Schnitt und etwas Eigenes, etwas Ordentliches, was europarechtskonform ist, das die Menschen schützt, die von Spielsucht bedroht sind, das aber gleichzeitig das gesamte Spiel legalisiert und damit Einnahmen für den Staat und die damit verbundenen Zwecke, die durchaus sozialer und kultureller Art sind, absichert. Das ist in Ordnung.

Wir müssen uns aber dringend darüber unterhalten, ob die im Koalitionsvertrag genannten Länder auch wirklich so weit gehen, dass sie das mitmachen wollen. Dann können wir ernsthaft darüber reden. Wir müssen nämlich feststellen, dass alles das, was bisher an Staatsverträgen in diesem Bereich geschlossen worden ist, einfach nicht europarechtskonform ist. Da haben wir eben eine Pflicht und Verantwortung zum Handeln. Dieser werden wir als SSW uns auch nicht verschließen.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, die Flüchtlingsfrage ist bereits mehrfach angesprochen worden. Unsere Haltung dazu kennen Sie. Wir finden es sehr gut, dass wir nicht nur über Flüchtlinge reden, sondern über Einwanderung allgemein. Sprich: Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz. Ich habe es so verstanden, dass es nicht nur darum geht, ein Einwanderungsgesetz zu unterstützen, sondern dass Sie als Jamaika-Koalition sich darauf verständigt haben, ein eigenes Gesetz in den Bundesrat einzubringen. Das finde ich richtig und vernünftig, auch wenn man manchmal merkt, dass man auf Bundesebene nicht schnell arbeiten kann.

Ich muss aber schon sagen: Bitte nicht das Integrationsgesetz der CDU-Fraktion der letzten Wahlperiode. Das wäre nicht so prickelnd. Ich glaube, das will auch keiner haben. Es ist dringend notwendig, dass insbesondere Flüchtlinge einen legalen Weg, einen Sonderweg bekommen, um sich hier integrieren zu dürfen.

Und das heißt eben auch, dass solche Menschen, eine solche Person oder eine Familie, die schon fünf oder zehn Jahre hier waren, die sich nichts zuschulden kommen lassen, irgendwelche formalen Asylkriterien vielleicht nicht erfüllen, aber trotzdem in der Gesellschaft angekommen sind, die Chance haben, unbürokratisch einfach hierbleiben zu können. Es muss also ein Bleibegesetz sein.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun steht im Koalitionsvertrag: immer konsequent zurückführen. Aber gleichzeitig steht dort: humanitär sein. Wie das ausgestaltet wird, das werden wir noch sehen. Darauf werden wir sehr kritisch gucken. Ich glaube allerdings, dass es schwierig wird, eine Einzelfallprüfung immer nur dem Innenminister zu überlassen. Vor ihm habe ich großen Respekt, wir kennen uns schon. Das ist also nicht das Ding. Ich glaube aber, wir müssen darauf achten, dass wir hier formale Kriterien einhalten. Wenn die politischen Kriterien nicht so sind, wie wir sie uns vorstellen, dann ist es unsere Pflicht, die formalen Kriterien zu ändern oder es zumindest zu versuchen oder im Rahmen der Gesetze so weit zu gehen, dass unsere politische Auffassung erfüllt wird.

Das sage ich ganz deutlich auch vor dem Hintergrund der Afghanistan-Flüchtlinge. Ich will nur diese ansprechen und nicht alle anderen. Das mache ich nicht, weil ich sie vor allen anderen Flüchtlingen bevorzugen will, aber die Tatsache, dass wir

hier von knapp 70 Leuten in einem Bundesland mit 2,8 Millionen Einwohnern reden, sollte eigentlich automatisch dazu führen, dass man dreizehn gerade sein lässt und alle Hebel in Bewegung setzt, damit diese 70 Einzelpersonen hier bei uns bleiben können. Das wäre zumindest das, was wir uns als SSW wünschen würden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein letzter Punkt: Sport spielt bei Ihnen inzwischen auch eine größere Rolle. Das ist wichtig und richtig, und zwar nicht nur für den Breitensport, sondern auch für den Leistungssport, denn der Leistungssport ist der Bereich, an dem sich junge Menschen orientieren. Sie finden ihren Weg in den Sport erst, wenn sie Vorbilder finden, denen sie nacheifern können. Vor diesem Hintergrund werden wir - finde ich auch - hier viel machen müssen. Die Küstenkoalition hat in diesem Bereich viel angefangen.

Sie sehen schon, ich habe mich mit knallharter Kritik sehr zurückgehalten, sondern mir wirklich das Werk angeguckt und gefragt: Gibt es in irgendeiner Art und Weise Übereinstimmung mit dem, was wir uns vorstellen können? Sie haben auch gemerkt: Es gibt bestimmte Bereiche, bei denen wir sicherlich nicht mitmachen können. Wir werden über viele einzelne Punkte in den nächsten Jahren debattieren können. Wir sind bereit, wirklich konstruktiv zusammenzuarbeiten und dieses Angebot von den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung anzunehmen. Wir werden nicht auf Teufel komm raus alles von Ihnen kritisieren, sondern nur das, was zu kritisieren ist. Das, was gut ist, werden wir unterstützen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Den Fraktionen stehen jetzt noch Redezeiten zur Verfügung. Ich trage diese kurz vor: Für die CDU wären es 7 Minuten, für die SPD 3 Minuten, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 4 Minuten, für die FDP 5 Minuten und für die AfD-Fraktion 22 Minuten. Für den SSW sind es 0 Minuten. Wird seitens der Fraktionen davon Gebrauch gemacht? - Ich habe eine Wortmeldung der AfD-Fraktion. Zu seiner ersten Rede hier im Hause hat der Abgeordnete der AfD-Fraktion Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Herr Präsident! Herr Ministerpräsident! Liebe Abgeordneten hier im Plenum! Liebe Zuschauer! Liebe Schleswig-Holsteiner! In der Regierungserklärung ist sehr viel enthalten, und im Koalitionsvertrag ist auch eine ganze Menge enthalten. Das liest sich auf den ersten Blick sehr schön. Für meinen Teil, den innenpolitischen Bereich, war ich erst einmal begeistert. Da ist viel drin, was ich mittragen kann. Wenn ich aber genauer nachlese, dann stelle ich fest, dass wir doch mit einigen Gemeinplätzen und einigen Lücken zu kämpfen haben werden.

Es ist vorhin schon angeklungen, dass es im Bereich der inneren Sicherheit das Ziel ist, dafür zu sorgen, dass die Schleswig-Holsteiner wieder ein Gefühl der inneren Sicherheit bekommen sollen. Ich möchte das gern konkretisieren. Es geht hier nicht um das Gefühl der inneren Sicherheit. Wir brauchen mehr innere Sicherheit, denn diese ist, so haben die Kriminalstatistik und auch die Erhebung des Verfassungsschutzes deutlich gezeigt, so, dass wir hier Lücken und Löcher haben.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Der Koalitionsvertrag weist auf dem Feld der inneren Sicherheit sehr viele Worthülsen auf. Ich nehme einmal einen Begriff heraus: polizeipolitische Initiativen, die getroffen werden sollen, ohne dass den Bürgern oder auch den betroffenen Polizeibeamten klar erklärt wird, worum es geht. Ich will einige Sachen exemplarisch aufgreifen. So ist unter anderem davon die Rede, dass der Polizeiberuf angesehener und attraktiver werden soll. Es ist aber kein Wort davon, dass zahlreiche Angriffe gegen Polizeibeamte konsequent zu verfolgen und hart zu bestrafen sind.

Meine Damen und Herren, Polizeibeamte sind Repräsentanten dieses Staates und müssen als solche einen besonderen Schutz genießen. Die bisherigen rechtlichen Rahmenbedingungen wie zum Beispiel nach § 113 StGB, Widerstand gegen Strafvollstreckungsbeamte, greifen nicht weit genug. Die CDU hat dies noch im Wahlkampf richtig erkannt und in ihrem Wahlprogramm den § 115 gefordert, der bundesweit als Initiative einzubringen ist. Im Koalitionsvertrag ist davon keine Rede mehr.

Im Koalitionsvertrag ist von einer leistungsfähigen Polizei die Rede. Der angestrebte Personalaufbau von genau 500 Stellen bis 2023 greift viel zu kurz. Die geplante Schaffung einer zweiten Einsatzhundertschaft der Polizei begrüße ich sehr. Das ist eine sehr gute Idee. Sie steht auch im Einklang mit gewerkschaftlichen Betrachtungen. Aber ich habe die

Befürchtung, dass der Personalansatz für diese zweite Einsatzhundertschaft den Personalaufbau nahezu vollständig auffressen wird.

Interessant ist an dieser Stelle, dass sich die Küstenkoalition heute - ich sage einmal in einer Art paralleler Regierungserklärung - damit brüstet, den Personalaufbau bereits massiv vorangetrieben zu haben. Meine Damen und Herren, noch 2015 haben Sie zu den besehenden Defiziten in der Landespolizei einen weiteren Personalabbau beschlossen. Erst im darauffolgenden Jahr haben Sie sich dann endlich durch die politische Situation und den Druck der Gewerkschaften zu einer Umorientierung entschieden.

Ein weiterer großer Teil des Koalitionsvertrags ist der Bekämpfung des Extremismus gewidmet. Das ist gut und richtig so. Der Extremismus, auch das sagt der Verfassungsschutzbericht, ist in allen Bereichen auf dem Vormarsch. Er muss in diesem Land konsequent bekämpft werden. In diesem Punkt können wir von der AfD-Fraktion Ihnen unsere Unterstützung zusagen.

Wir hätten uns allerdings eine ausgewogene Betrachtung und eine ausgewogene Schilderung auch im Koalitionsvertrag gewünscht. Liest man nämlich Ihren Koalitionsvertrag, meine Damen und Herren, so bekommt man den Eindruck, als habe die CDU in diesem Punkt durch Abwesenheit geblüht. Das Feld ist hier offensichtlich der bereits bekannten, doch deutlich linksgerichteten Politik der Grünen überlassen worden. Sie beschreiben zu Recht und sehr ausführlich den gebotenen Kampf gegen den Rechtsextremismus. Da sind wir hundertprozentig bei Ihnen. In all seinen Formen und Farben ist Rechtsextremismus widerlich und muss bekämpft werden.

Eine weitere Spielart des politischen Extremismus blenden Sie nahezu komplett aus. Der Begriff des Linksextremismus taucht lediglich in einem Nebensatz einmal auf und findet danach keine weitere Erwähnung. Vielleicht mögen Sie den Bürgern gern erklären, dass Ihnen brennende Polizeifahrzeuge der Bundespolizei in Flensburg jetzt im Vorfeld des G-20-Gipfels egal sind? Vielleicht mögen Sie auch erklären, dass Brandanschläge auf Anlagen der Bahn in Hamburg und Schleswig-Holstein nicht in Ihrer politischen Agenda berücksichtigt werden? Und vielleicht mögen Sie auch den Polizeibeamten in Hamburg und Schleswig-Holstein erklären, dass zerstochene Reifen und gelöste Radmutter an ihren Privatfahrzeugen, in denen auch die Familien mitfahren, für Sie kein Thema sind? Gerade die jüngsten Veröffentlichungen in linksextremisti-

(Claus Schaffer)

schen Quellen zeigen deutliche und starke Ankündigungen weiterer Angriffe auf Polizeibeamte, immer im Vorfeld des G-20-Gipfels. Für Sie ist das keine Rede wert. Das ist wirklich unfassbar.

Meine Damen und Herren, Linksextremismus ist kein aufgebauschtes Problem. Linksextremisten sind keine politischen Aktivisten, sie sind politische Straftäter. Linksextremismus bedroht unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer behauptet denn das Gegenteil?)

- Es wird nicht einmal erwähnt. Das ist genau das, was ich hier kritisiere. Der gerade veröffentlichte Verfassungsschutzbericht sagt dazu einiges aus, und das wird hier nicht thematisiert. Wir erleben es heute den ganzen Tag: Sie erwähnen Linksextremismus nicht.

(Beifall AfD)

Der Koalitionsvertrag und auch die heute gehörten Reden lassen klar erkennen, dass diese Regierung auf dem linken Auge weiterhin blind bleiben wird.

Beim Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik sind die Verhandlungsführer der CDU offensichtlich ebenfalls abwesend gewesen, denn die Fragen zu sicheren Drittstaaten und den konsequenten Abschiebungen - wir haben es gerade ansatzweise gehört - sind offensichtlich nicht durch die CDU bestückt worden. Es fand abermals keine Einigung hinsichtlich der sogenannten Maghreb-Staaten und dahin gehend statt, eine Aufnahme in die Liste der sicheren Herkunftsländer auf Bundesebene durchzusetzen.

Die Stimme Schleswig-Holsteins wird auch hier fehlen. Deutsche Urlauber in Tunesien und Marokko wird das sicherlich freuen, in diesen Ländern weiterhin Urlaub zu machen. Länder übrigens, in die wir abgelehnte Asylsuchende nicht zurückschicken können, weil es dort angeblich nicht sicher ist.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Auch die Frage der konsequenten Abschiebung bei abgelehnten Asyl- und Aufenthaltsverfahren bleibt mit der Hintertür der humanitären Aspekte unbeantwortet. Schleswig-Holstein wird sich auch in dieser Hinsicht in Zukunft entgegen einer bundeseinheitlichen Regelung isolieren. Auch in der Frage des Familiennachzugs weist der Koalitionsvertrag eine klare grüne Handschrift auf, nicht einmal mehr Nuancen von Schwarz sind darin zu erkennen.

Wie Sie wissen, setzt das Asylpaket II den Familiennachzug bis März 2018 aus, dann läuft die Frist

ab. Bundesweit und bundeseinheitlich gibt es dort Bestrebungen, diese Frist aufzunehmen, sogar unbefristet anzusetzen. Die Grünen sind hier auf Bundesebene bereits gescheitert, und das aus gutem Grund und im Übrigen in Übereinstimmung mit Völkerrechtlern. In Schleswig-Holstein ist nun zum erklärten Regierungsziel geworden, den Familiennachzug - ich sage einmal - barrierefrei zu ermöglichen.

Schon jetzt steigen die Flüchtlingsströme spürbar an, Tausende junge Flüchtlinge kehren aus Schweden nach Deutschland zurück. Der Flüchtlingspakt mit der Türkei entpuppt sich als Mogelpackung. Das Fünffache der tatsächlichen Aufnahmezahl an Flüchtlingen ist bittere Realität. Die nächste Flüchtlingswelle rollt direkt nach der Bundestagswahl auf uns zu

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür braucht man die AfD wahrscheinlich!)

und die Koalition der Möglichmacher und Schattenspringer ist hier grün gefärbt, und das ist wenig sexy, meine Damen und Herren. Die AfD ist im Kieler Landtag offenbar dringend nötiger, als ich es befürchtet habe. Wir werden hier auch unseren konstruktiven Beitrag leisten, um Schleswig-Holstein wieder auf den Weg der Rechtsstaatlichkeit zurückzuführen. Herr Kubicki, Sie haben vorhin die Rechtsstaatlichkeit angeführt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Davon verstehen Sie doch gar nichts!)

Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die AfD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich habe noch überhaupt nicht das Gefühl, dass ich als Politiker vor Ihnen stehe, denn ich habe die letzten 20 Jahre als Lehrer für Hörgeschädigte gearbeitet. Heute Morgen, als ich aufgestanden bin, habe ich erst einmal überlegt, in welche Klasse ich heute fahren werde. Ich habe die Kurve dann noch bekommen, sonst wäre ich ja nicht hier.

Ich stehe also hier vor Ihnen als Mann der Praxis, der durchaus weiß, wie sich bildungspolitische Gesetze in den letzten Jahren tatsächlich ausgewirkt

(Dr. Frank Brodehl)

haben. Dabei bin ich fast 20 Jahre lang jeden Tag gerne zur Schule oder zur Hochschule gefahren, habe aber eben auch hautnah erlebt, wie es ist, wenn Eltern beispielsweise mit einem stark entwicklungsverzögerten Kind verzweifeln, weil sie keinen adäquaten Förderort finden. Ich habe miterlebt, wie das Leistungsniveau an vielen unserer Schulen trotz immer neuer Kompetenzraster abgesackt ist. Ich weiß tatsächlich, wie so manches Schulklo duftet, und ich kenne viele Sporthallen von innen, die noch so aussehen wie in unserer Kindheit. Ich habe miterlebt - und das ist mir das Wichtigste -, wie sich durchaus idealistische und für mich in jeder Hinsicht vorbildliche Kollegen in Richtung Burn-out bewegt haben. Die Bedürfnisse und Wünsche von Schülern, Eltern und Lehrern kenne ich aus nächster Nähe. Ich möchte ihnen künftig dadurch gerecht werden, dass ich hier in diesem Haus zur Verabschiedung von praxis- und zukunftsorientierten Lösungen beitrage.

Der Koalitionsvertrag zeigt in bildungspolitischer Hinsicht tatsächlich in einigen Punkten genau dorthin. Das Begriffspaar Bildung und Erziehung taucht wieder auf. Schüler erlernen wieder eine zusammenhängende Schreibschrift, richtige Rechtschreibung von Anfang an. Dass wir das noch erleben dürfen!

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Notenzeugnisse, Schulübergangsempfehlungen für Viertklässler, die Möglichkeit, auch eine Klasse wiederholen zu können oder wiederholen zu müssen, sind kein Weltuntergang. Mir ist besonders der Erhalt von Förderzentren wichtig genauso wie die Möglichkeit getrennter Leistungsgruppen an den Gemeinschaftsschulen und nicht zuletzt das klare Bekenntnis zum Gymnasium und zum Meisterbrief. All dies, meine Damen und Herren, ist ohne Wenn und Aber gut für unsere Landeskinder und gut für Schleswig-Holstein. Bemerkenswert ist für mich als Neuling aber, dass sich fast - jetzt können Sie gleich wieder lachen - jeder Punkt, den ich gerade genannt habe, eins zu eins im AfD-Programm wiederfindet.

(Lachen CDU und FDP)

- Ich habe es gewusst.

Drei Jahre lang hat sich der entsprechende Fachausschuss hingesezt und Inhalte erarbeitet, die dann - jetzt hören Sie bitte gut zu - auf basisdemokratischer Grundlage im Wahlprogramm verabschiedet worden sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Toll!)

Das ist gut und das bei „Antidemokraten“, das müssen Sie sich einmal vorstellen. Bei der CDU hingegen

(Zurufe)

wurden wir oftmals den Eindruck nicht los, dass hier die Fahne ein wenig in den Wind gehängt wird. Ich möchte das an dem Beispiel G 8/G 9 deutlich machen. Erst nachdem die CDU erkannt hatte, dass die Bevölkerungsmehrheit wohl nach wie vor gegen das Turbo-Abi ist, kam das Thema urplötzlich auf die Agenda. In der AfD haben sich außer den Eltern vor allen Dingen die Lehrer von Anfang an klar dahin gehend geäußert, dass ein gutes Abitur immer noch seine Zeit braucht, also klar pro G 9.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der Philologenverband war für G 8!)

Und nur, weil uns von der AfD wichtig war, dass die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt werden muss, haben wir an diesem Punkt entschieden, dass über G 8/G 9 von den einzelnen Schulen beziehungsweise von den Schulkonferenzen entschieden werden darf.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die CDU lässt nun ebenfalls in den Schulen abstimmen, aber die Entscheidung wird dort nicht, was mutig und zu erwarten wäre, mit einfacher Mehrheit gefällt, sondern bei dem Verbleib zu G 8 müssen es dann schon 75 % der Stimmen sein.

Eine Schülerin, meine Damen und Herren, die in diesem Raum in der letzten Woche zu Besuch war, fragte mit einer Mischung aus Entrüstung und Unsicherheit, was denn daran bitte demokratisch sein solle. Wir haben es ihr erklärt, dass es sich um Wahlkampfpolitik handele, und konnten am Beispiel des Saarlandes auch belegen, wo sich die CDU-Kollegen von Ihnen klar gegen eine Rückkehr aussprechen und sich die Kollegen der SPD genau andersherum verhalten.

(Zurufe SPD)

- Das wussten Sie nicht.

Zurück nach Schleswig-Holstein. Es gibt einige Punkte, bei denen der geneigte Leser zunächst denken mag, er habe sich verlesen. So bin ich zugegebenermaßen sehr gespannt darauf, wie die Koalition die angekündigte Thematisierung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt umsetzen wird, und vor allem auf die entsprechenden Unterrichtsmaterialien. Denn die meisten von uns dürften hoffentlich wissen, warum der Methodenschatz für Grundschulen zu Lebens- und Liebesweisen seinerzeit so schnell

(Dr. Frank Brodehl)

wieder aus dem Verkehr und übrigens auch aus dem Internet gezogen wurde.

Einige Inhalte, die der AfD wirklich wichtig sind, weil sie sich bereits bewährt haben, sucht man dagegen vergeblich: Stichwort Reduzierung des Klassenteilers, um unverhältnismäßig große Klassen zu verhindern. Stichwort Wiedereinführung der Vorschule, um allen Schülern einen guten Schulbeginn von Anfang an zu ermöglichen, Stichwort Wiedereinführung des Kurssystems an unseren Gymnasien oder auch Stichwort Rückkehr zu weltweit anerkannten Hochschulabschlüssen wie Staatsexamen und Diplom.

Die Liste ließe sich noch fortführen, aber ich möchte an dieser Stelle, quasi beim ersten Kennenlernen, lieber auf unsere bildungspolitischen Grundüberzeugungen und Ziele hinweisen. Diese lassen sich in vier Sätzen zusammenfassen: Erstens. Unsere Bildungseinrichtungen sind Orte wissenschaftlicher Lehre und Forschung und keine Spielwiesen für die Experimente von Spät-68ern.

(Beifall AfD)

Zweitens. Im Mittelpunkt staatlicher Bildung und Erziehung steht, dass Kinder und junge Menschen Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten erlangen und keine ideologische Prägung.

(Beifall AfD)

Drittens. Gut gestaltete Leistungsorientierung und Differenzierung bringen alle Kinder voran.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Viertens. Hören wir bei all dem wieder ein wenig mehr auf diejenigen, die ihre Kinder am besten kennen: Das sind die Eltern.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, ich bin schon fast am Ende meiner Jungfernrede, und ich muss Ihnen sagen, dass ich mich immer noch nicht als Politiker fühle. Aber als angehender Politiker möchte ich meine 20-jährige Berufserfahrung in Schule und Hochschule einbringen, einbringen in das parlamentarische Ringen um die besten Lösungen für unsere Kinder, einbringen in kontroverse, sachliche Debatten, einbringen in immer notwendige kritische, konstruktive und faire Oppositionsarbeit.

Erlauben Sie mir zum Ende ausnahmsweise einmal, dass ich in der Art schließe, wie ich es meist bislang bei meinen hörgeschädigten Schülern gemacht habe, in der Gebärdensprache.

(Der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl [AfD] schließt seine Rede in Gebärdensprache - Beifall AfD)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit erkläre ich den Tagesordnungspunkt 1 A, Regierungserklärung zu Beginn der neuen Wahlperiode, für beendet.

Meine Damen und Herren, die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, Tagesordnungspunkt 4 vorzuziehen. Deswegen rufe ich jetzt diesen Tagesordnungspunkt auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/11

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/37

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/38

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Damit eröffne ich die Grundsatzberatung. Ich erteile für die Abgeordneten des SSW dem Vorsitzenden, Lars Harms, das Wort.

(Zuruf SPD: Schon wieder? Der Harms, der macht's! - Heiterkeit)

Lars Harms [SSW]:

Es kann nur einen geben. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 13. Dezember 1949 wurde im Schleswig-Holsteinischen Landtag die damalige Landessatzung, der Vorläufer der Landesverfassung, beschlossen. Die Landesverfassung bildete und bildet die Grundlage für das gesellschaftliche Zusammenleben in Schleswig-Holstein, für seine demokratische Verfasstheit und für die Rechtsstaatlichkeit als Grundpfeiler der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Land Schleswig-Holstein. Darüber hinaus werden neben einer Vielzahl an landesspezifischen Grundlagen auch die Grundrechte aus dem deutschen Grundgesetz in der Landesverfassung explizit bestätigt. Die Landesverfassung ist somit das prägende Dokument allen gesellschaftlichen Zusammenlebens in unserem Bundesland.

(Lars Harms)

Einen ähnlichen Feiertag findet man übrigens in Dänemark; dort ist es der Grundlovsdag. Wir haben uns also wiederum vom dänischen Modell inspirieren lassen.

Insbesondere in Zeiten, in denen manche Werte verschwinden, in denen Rechtsstaatlichkeit für den einen oder anderen nicht mehr die große Rolle spielt, in denen die Demokratie von Demokratiefeinden angefeindet wird, geht es uns darum, unsere Landesverfassung zumindest zu begehren; von „feiern“ will ich gar nicht sprechen.

Meine Damen und Herren, in unserer Landesverfassung finden sich, wie ich schon sagte, die Grundrechte wieder, die auch im Grundgesetz niedergelegt sind. Das sind Rechte, auf die wir alle stolz sein können. In unserer Landesverfassung steht auch etwas, das zumindest für uns, den SSW, besondere Bedeutung hat - die Eigenstaatlichkeit des Landes Schleswig-Holstein. Diese wird durch unsere Landesverfassung dokumentiert. Das ist der Grund, dass wir überhaupt alle hier in diesem Hohen Haus sitzen.

(Thomas Rother [SPD]: Wir wären lieber in Hamburg!)

- Ihr wärt lieber in Hamburg? Wir nicht. Wir sind gern etwas Eigenes und sind stolz darauf, dass wir ein eigenes Bundesland haben.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Ich bin mir nicht sicher, ob wir, wenn Schleswig-Holstein kein eigenständiges Land wäre, so spezifische Regelungen wie die zu den Minderheitenrechten in die Verfassung hätten aufnehmen können.

Wir haben unsere Landesverfassung in einem wirklich großen Prozess im Jahr 2014 überarbeitet. Sie ist hochmodern; insoweit unterscheidet sie sich von anderen Landesverfassungen. In unserer Landesverfassung finden sich übrigens nicht nur Minderheitenrechte wieder. Auch Schutz und Förderung der Kultur sind als Ziel festgeschrieben. Gleiches gilt für den Schutz der Natur. All das wird als schützenswert angesehen. In anderen Verfassungen sind entsprechende Regelungen nicht oder nicht in dieser Deutlichkeit enthalten.

Wenn ich daran denke, wie lange wir im Verfassungsausschuss darüber debattiert haben, wie wir die offene Verwaltung - etwas Nigelnagelneues im demokratischen Prozess - und generell mehr Transparenz als Verpflichtung in die Landesverfassung aufnehmen können, dann ist das durchaus etwas, das wir feiern können. Wenn wir den 13. Dezember

als Feiertag einführen, dann feiern wir auch unser demokratisches System an sich.

Im Bundesvergleich haben wir, das Land Schleswig-Holstein, die wenigsten Feiertage; es sind lediglich neun. Nur vier weitere Länder teilen unser Schicksal. In Bayern gibt es 13 Feiertage. Die Augsburger sind, was das angeht, die glücklichsten Menschen; sie haben sogar 14 Tage frei, fünf Tage mehr als wir. Es wäre schon schön, wenn wir wenigstens im Mittelfeld landen würden und den zehnten - irgendwann vielleicht auch den elften; wer weiß das schon - Feiertag bekommen könnten. Damit würden wir bis zu einem gewissen Grad eine Gleichstellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Bundesland mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in anderen Bundesländern herbeiführen. Die Ungleichbehandlung führt dazu, dass wir ernsthaft in Erwägung ziehen müssen, einen neuen Feiertag einzuführen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns darüber auch vor dem Hintergrund Gedanken gemacht, dass in diesem Jahr 500 Jahre Reformation - zu Recht - gefeiert werden. Das ist übrigens auch ein grundlegendes Ereignis, nicht Luther, sondern die Reformation.

In unserem Land, in Schleswig-Holstein, haben wir derzeit nur drei Feiertage, die nicht christlich geprägt sind; sechs sind christlich geprägt. Die drei nicht christlich geprägten - Neujahr, 1. Mai, Tag der Deutschen Einheit - sind bundesweite Feiertage. Es ist an der Zeit, dass sich das Land Schleswig-Holstein wenigstens einmal im Jahr selbst feiert. Am liebsten wäre es mir, wenn das noch am 13. Dezember dieses Jahres möglich wäre, damit die Menschen schon in der Adventszeit 2017 zumindest an einem Tag „entschleunigen“ können. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Petra Nicolaisen das Wort.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein neuer Feiertag muss her, ein Feiertag zugunsten unserer Landesverfassung, „das prägende Dokument allen gesellschaftlichen Zusammenlebens in unserem Bundesland“, wie Lars Harms es soeben in seiner Begründung des Gesetzentwurfs der SSW-Abgeordneten formuliert hat. Inzwischen haben uns

(Petra Nicolaisen)

zwei weitere Anträge erteilt, ein Antrag der SPD-Fraktion und ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion, die Vorschläge für weitere Gedenktage enthalten. Als hätten wir am Anfang der Legislaturperiode keine anderen Sorgen und Probleme!

(Beifall CDU und FDP)

Die Diskussion ist übrigens keine neue; schon am Ende der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns über dieses Thema unterhalten.

Viele Bürgerinnen und Bürger finden die Forderung nach einem zusätzlichen Feiertag auf den ersten Blick bestimmt sympathisch. Ein weiterer Tag zur Entschleunigung in der ach so hektischen Arbeitswelt - wer fragt da schon, ob die Forderung sinnvoll oder gar verantwortungsvoll ist? Brauchen wir denn wirklich einen neuen Feiertag?

(Lars Harms [SSW]: Ja, unbedingt!)

Warum soll es denn der Tag der Landesverfassung sein? Warum nicht der Tag des Matrosenaufstands? Warum nicht der 13. Juni? Warum nicht auf Dauer der Reformationstag? Es muss darum gehen, dem Ereignis die angemessene Aufmerksamkeit zu widmen. Lars Harms hat durchaus zutreffend formuliert, dass der Tag der Landesverfassung ein denkwürdiger Tag ist. Das Ereignis gibt diesem Tag seine Bedeutung; das gestehe ich zu. Vielleicht sollten wir wirklich das Grundgesetz und die Landesverfassung stärker in den Blickpunkt der Gesellschaft rücken.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Jetzt kommt das Aber.

(Lars Harms [SSW]: „Aber“ können Sie weglassen!)

- Nein. - Ein zusätzlicher Feiertag bedeutet eben nicht, dass alle Bürgerinnen und Bürger freihätten. Er könnte sogar Mehrarbeit bedeuten, etwa im Tourismus oder im Gaststättengewerbe. Ob ein Feiertag im Dezember - der Dezember ist immerhin der umsatzstärkste Monat für den Einzelhandel - wirklich sinnvoll ist, das stelle ich hier ebenfalls infrage. Ich zitiere an dieser Stelle gern den Präsidenten des Verbands Handwerk Schleswig-Holstein e. V.:

„Ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag hat in Schleswig-Holstein keine Berechtigung, weil die Unternehmen ihn schlichtweg nicht finanzieren können ... Die Argumentation, es würden keine wirtschaftlichen Nachteile entstehen, kann ich nicht nachvollziehen; erst recht, wenn man bedenkt, dass das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen bei uns im

Norden knapp 20 % unter dem Bundesdurchschnitt und sogar rund 30 % unter dem in Bayern liegt!“

(Lars Harms [SSW]: Die haben mehr Feiertage! Wenn wir mehr Feiertage hätten, dann würde vielleicht auch bei uns das Einkommen steigen!)

Sie merken, die Einführung eines weiteren Feiertags hätte weitreichende Konsequenzen. Daher bedarf es vor einer etwaigen Einführung der intensiven Abstimmung in der Gesellschaft, mit den Kirchen, den Nachbarländern und der Wirtschaft.

Es darf der Wirtschaft in Schleswig-Holstein kein Nachteil daraus erwachsen.

(Beifall CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie merken: Der Einführung eines neuen Feiertags stehe ich eher skeptisch gegenüber. Ich werde mich aber der Debatte nicht entziehen - es wurde ja ein Gesetzentwurf eingebracht, der automatisch in den Ausschuss geht - und freue mich auf eine interessante Diskussion im Innen- und Rechtsausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die neue Koalition ist sehr generös!)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 500 Jahre nach der Reformation müssen die Protestanten eines zugeben: In einem Bereich ist der Kampf gegen die Altgläubigen verloren, nämlich bei der Frage, wer öfter feiern kann. Das Feiertagsgefälle von Süd nach Nord, das die Katholiken in den Genuss von Feiertagen wie Heilige Drei Könige, Fronleichnam, Allerheiligen und meistens noch zu ein bis zwei Karnevalstagen kommen lässt, hat keine protestantischen Gegenstücke. Im Gegenteil, vor rund 20 Jahren wurde zur Finanzierung der Pflegeversicherung auch der Buß- und Betttag gestrichen. Da die konservative Seite gerne die Produktivität des katholisch-konservativ geprägten Südens in den Mittelpunkt stellt, sollten wir dann auch konsequent die Feiertagslücke ein wenig verringern.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

(Martin Habersaat)

Die SPD hatte deshalb in ihrem Wahlprogramm einen zusätzlichen gesetzlichen Feiertag gefordert.

In diesem Jahr wird der Reformationstag am 31. Oktober einmalig ein Feiertag sein. In der Öffentlichkeit wurde deshalb von verschiedener Seite gefordert, diesen Feiertag zu verstetigen. Wir wollen uns dem nicht ganz verschließen und beantragen deshalb, auch diese Lösung in die Parlamentsberatungen und in die öffentliche Diskussion einzu beziehen.

Aus unserer Sicht sprechen zwei Dinge dagegen: Erstens. Lars Harms wies darauf hin: Wenn wir uns die bisherigen Feiertage ansehen, dann sind die kirchlichen Feiertage deutlich in der Überzahl. Zweitens. Wenn wir in Schleswig-Holstein einen neuen Feiertag einführen, sollte er auch einen Landesbezug haben. Und Luther war nun einmal nicht schwerpunktmäßig in Schleswig-Holstein tätig.

(Beifall SPD und SSW)

Wobei es aus germanistischer Sicht durchaus interessant wäre, sich zu überlegen, wie das heutige Hochdeutsch wohl aussähe, wenn Luther in Dithmarschen gewirkt hätte.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Wir sind aber weltoffen, oder nicht?)

Wir meinen, es sollte darum gehen, einen Gedenktag zu finden, der für die Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein besonders prägend war. Der SSW hat in seinem Gesetzentwurf den 13. Dezember, den Tag der Beschlussfassung über die Landesatzung, vorgeschlagen. Wir finden, dass über das Zustandekommen der Landesatzung eine Menge zu sagen wäre, auch über die politische Kultur damals und heute. Damals war sie noch weit weniger von der Suche nach einem demokratischen Konsens geprägt, als das heute der Fall ist. Auch lebenspraktische Erwägungen sprechen aus unserer Sicht gegen einen Feiertag mitten in der Adventszeit.

Für uns wäre, wenn man in diese Richtung denken will, der 13. Juni als Tag der Verabschiedung der Landesverfassung von 1990 näherliegend, der - mit dieser Einschätzung dürfte die SPD nicht alleine sein - ein Meilenstein in der politischen Kultur unseres Landes war. Wenn ich es vorsichtig formuliere, kann ich sagen, dass sich die CDU in den Jahren zuvor jedenfalls weniger intensiv beispielsweise mit Oppositionsrechten auseinandergesetzt hatte.

(Werner Kalinka [CDU]: Na, na! Darüber können wir noch einmal reden! Vorsicht an der Bahnsteigkante!)

- Bis auf eine Ausnahme, die jetzt wieder am Start ist.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Christopher Vogt [FDP])

Unsere Präferenz ist eine andere: Wir wollen ein Ereignis aufgreifen, dessen wir im nächsten Jahr intensiv gedenken werden, nämlich den Beginn der November-Revolution in Deutschland, die erste Versammlung revolutionärer Matrosen in Kiel am 2. November 1918.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Obwohl bereits Vorverhandlungen für einen Waffenstillstand liefen, sollte sich die deutsche Marine ein letztes, ehrenvolles, aber aussichtsloses Gefecht mit britischen Verbänden liefern. Dagegen wehrten sich Matrosen und Arbeiter.

Wir wollen die Ereignisse von damals nicht unkritisch glorifizieren. Aber es war das Datum, an dem aus der deutschen Armee heraus die Forderung artikuliert wurde, den verlorenen Ersten Weltkrieg nicht fortzusetzen und auf beiden Seiten keine weiteren Menschenleben zu opfern.

(Beifall SPD, Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und es war der Tag, mit dem der Sturz des Kaiserreichs begann und die Grundlagen für den ersten demokratischen Staat in Deutschland errichtet wurden.

(Beifall SPD, Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Heute wissen wir, dass dieser große Erfolg nicht nachhaltig war und dass bis heute die Weimarer Republik als Muster für das Scheitern einer Demokratie gilt. Aber auch daran kann man an einem solchen Feiertag denken.

Wir beantragen deshalb, unseren Antrag zusammen mit dem Gesetzentwurf des SSW federführend in den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen, ihn aber auch in anderen Ausschüssen, zum Beispiel im Bildungsausschuss, zu beraten und dann öffentliche Foren zu schaffen, um diese Diskussion zu einem Anliegen der gesamten schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit zu machen und die vorliegenden Alternativen und möglicherweise weitere ernsthaft gemeinsam zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Als Parlament müssen wir an dieser Frage noch viel arbeiten,

(Martin Habersaat)

bevor wir feiern dürfen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, SSW und Rasmus Andresen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Fraktionsvorsitzende, Frau Eka von Kalben, das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat, lieber Kollege Habersaat: Was die Feiertagsdebatte angeht, haben wir noch eine ganze Menge zu tun. Insofern vielen Dank, lieber SSW, für diesen erneuten Aufschlag hier in diesem Parlament.

Lieber Lars, das ist ein guter Vorschlag. Ein direkter Bezug zu unserem Land gefällt mir als Aufhänger für einen Feiertag.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte hatte in der Anhörung zum Antrag der PIRATEN, den wir in der letzten Legislaturperiode besprochen haben, diesen Tag ebenfalls als Feiertag vorgeschlagen.

Im Zusammenhang mit der Aufnahme eines Gottesbezugs in die Verfassung gab es eine aufschlussreiche Umfrage des NDR zum Bekanntheitsgrad der Landesverfassung. Das Ergebnis war - sagen wir einmal - ausbaufähig. Dazu böte ein Feiertag, der nicht nur ein freier Tag für die Bürgerinnen und Bürger ist, sondern auch die Möglichkeit für entsprechende Festlichkeiten bietet, eine gute Gelegenheit. Denn wir haben eine so schöne, jetzt gerade frisch reformierte Verfassung. Darin haben wir einen vorbildlichen Schutz für Minderheiten verankert, den Schutz für pflegebedürftige Menschen aufgenommen, digitale Bürgerrechte sind stark verankert und - das ist für uns besonders wichtig - die Nachhaltigkeit in der Präambel verankert. Das ist fortschrittlich und modern für eine ehemalige Landdessatzung. Wir sind seit 1949 weit gekommen.

Das, lieber SSW, bringt mich zu den Terminen des 13. Dezember und des 13. Juni, die alternativ vorgeschlagen werden. Tatsächlich finde ich die Idee zu sagen: „Es gab 1990 eine Reform; wir haben uns weiterentwickelt“, neben dem Aspekt, dass ich einen Feiertag im Juni angenehmer finde als in der Adventszeit, bemerkenswert. Aber, liebe Damen und Herren, es gibt einen wichtigen Punkt. Ich habe

ihn schon beim letzten Mal erwähnt. Wenn wir einen weiteren Feiertag einführen, dann ist es wichtig, dass dieser Tag nicht nur ein freier, sondern auch ein sinnstiftender Tag ist und dass es ein Tag ist, der vom Atheisten bis zum Zen-Buddhisten akzeptiert werden kann. Deswegen ist es uns wichtig, dass es ein weltlicher und nicht ein weiterer religiöser Feiertag ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die DEHOGA hat in der letzten Anhörung zum Feiertag einen für uns wichtigen Aspekt zum Ausdruck gebracht. Martin Habersaat hat dies eben noch einmal erwähnt. Unser aller Ziel sollte es sein, eine breite Unterstützung und Mehrheit für einen weiteren Feiertag zu finden. Erst eine Akzeptanz von Kirchen, Verbänden, Gewerkschaften und zualterererst der Bevölkerung insgesamt eröffnet überhaupt den Weg für die Einführung eines neuen Feiertags.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. Wir werden das begleiten. Wichtig ist mir bei dieser Debatte: Ein weiterer freier Feiertag muss auch finanziert werden und ergibt sich nicht von selbst. Frau Nicolaisen hat darauf hingewiesen, dass manche Menschen trotzdem arbeiten müssten. Das müssen sie an Sonntagen und an anderen Tagen auch. Aber ein freier Tag, nur um zu sagen, wir als Politik hätten den Leuten einen Feiertag geschenkt, wäre mir zu billig. Man müsste schon einen ernsthaften Sinn darin sehen und Bürgerinnen und Bürgern damit wirklich Demokratie näherbringen.

Daran habe ich meine Zweifel, wenn ich daran denke, wer zu den Feierlichkeiten zum 3. Oktober geht. Meistens erscheinen wir selber und schütteln uns die Hände. Es müsste schon eine Idee sein, die dahintersteckt. Das ist tatsächlich noch sehr viel Arbeit. Wir müssen uns noch sehr viele Gedanken darüber machen. Ich freue mich darauf. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt zu seiner ersten Rede in diesem Hause der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

(Beifall)

Kay Richert [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner! Vielen Dank für das freundliche Willkommen. Ich lerne noch sehr viel. Heute habe ich zum Beispiel bei den Repliken auf die Regierungserklärung gelernt, dass sich eine Region benachteiligt fühlt oder fühlen soll, weil sie schlecht angebunden ist. Das wollte ich noch einmal kurz klarstellen. Lieber Lars Harms, unsere Region - ich komme auch aus Flensburg - braucht tatsächlich eine bessere Anbindung. Es ist nicht nur ein Anliegen der Grünen und namentlich des Kollegen Herrn Tietze, dass wir uns für eine bessere Anbindung einsetzen und die umweltfreundlichen Verkehrsmittel dazu fördern wollen.

(Martin Habersaat [SPD]: Fordern Sie jetzt HVV-Feiertage oder wie?)

Zur Sache:

„Es wäre ein tolles Zeichen, wenn die Politik einmal nicht allein für die Ökonomie, sondern für das Miteinander der Menschen neuen Freiraum schaffen könnte.“

Dieses prominente Zitat könnte die passende Zusammenfassung für Ihre Begründung liefern. Mit etwas mehr Freizeit könnten sich die Menschen endlich mehr ehrenamtlich engagieren oder ihre Freizeit einfach genießen. - Leider läuft diese Begründung frei nach dem Prinzip: Wozu Wirtschaft, das Geld kommt schließlich aus dem Automaten!

Spätestens seit 1995 weiß jeder Schleswig-Holsteiner, dass die Anzahl der Feiertage auch etwas mit der Produktivität in der Volkswirtschaft zu tun hat. 1995 wurde nämlich bei vollem Lohnausgleich ein Feiertag gestrichen, um den Arbeitnehmeranteil der Pflegeversicherung aufzubringen.

Eine hohe Produktivität der Unternehmen ist auch für die Arbeitnehmer wichtig, denn je höher die Produktivität ist, desto höher können auch die Löhne sein.

(Zuruf SPD: Ach! - Zuruf SPD: Das wäre schön!)

- Ja, ach. Wenn Sie also behaupten, Sie täten den Arbeitnehmern unterm Strich etwas Gutes, dann ist das Unsinn. Auch für das Land ist eine hohe Produktivität wichtig.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Denn je besser die Betriebsergebnisse und das Einkommen sind, desto höher ist auch das Steueraufkommen.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Spätestens hier sollten wir uns fragen, ob wir uns als eines der finanzschwächsten Bundesländer eine solche Diskussion überhaupt leisten wollen. Ich persönlich finde es jedenfalls unangenehm, einerseits Unterstützung von anderen Ländern zu bekommen und gleichzeitig die Produktivität zu verringern.

(Beifall FDP und CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich finde, der Unternehmensverband könnte auch so reden!)

Wo wir gerade schon einmal auf die Länder schauen, auf die hier so missgünstig gezeigt wird: Bayern - das wird als Beispiel immer gern herangezogen - war zu Beginn der Bundesrepublik ebenfalls ein finanzschwaches Flächenland. Diese 13 Feiertage, auf die Sie hier immer schauen, hat Bayern allerdings erst seit 1980. Da waren sie schon Geberland. Ich denke, auf den Fahrplan könnten wir uns dann auch verständigen.

Eine Möglichkeit, einen zusätzlichen Feiertag einzuführen und dennoch die Produktivität zu erhalten, gäbe es übrigens. Wir könnten uns einmal über die Öffnungsmöglichkeiten für Geschäfte am Wochenende unterhalten. Dazu laden wir Sie gern ein.

(Zuruf SPD: Sie sind ja ein richtiger Arbeitnehmerfreund!)

Noch eine ganz persönliche Bemerkung: Die Hiebe in Richtung Christentum empfinde ich persönlich als unangemessen. Ich persönlich bin froh, in einem Land leben zu dürfen, in dem die Gesellschaft christliche Nächstenliebe, christliche Solidarität und Rücksichtnahme als Werte begreift. Ich würde gerne meinen Teil dazu beitragen, dass das auch so bleibt. Ich freue mich auf die Diskussion in den Ausschüssen. - Danke.

(Beifall FDP, CDU und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Meine Damen und Herren! Ich finde es toll, dass im Grunde Konsens, zumindest überwiegender Konsens darüber besteht, dass eine Diskussion über einen zusätzlichen Feiertag dringend notwendig ist. Die AfD-Fraktion begrüßt die Idee, einen zusätzlichen Feiertag zu schaffen. Es ist nämlich nach unserer Ansicht auch allerhöchste Zeit, die im Bundesvergleich bestehende Benachteiligung der Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein auszugleichen. Mit einem zusätzlichen arbeitsfreien Feiertag würden wir sozusagen den Anschluss an die Schlusslichter wiederherstellen. Das ist immerhin etwas.

Wir wären allerdings nicht die Alternative für Deutschland, wenn wir nicht auch im protestantisch geprägten Schleswig-Holstein einen alternativen Vorschlag unterbreiten könnten. Wir sind im Luther-Jahr, wir befinden uns in der Luther-Dekade, und wir feiern 500 Jahre christliche Revolution und Reformation. Darüber bestand bei der Ausrufung des diesjährigen Reformationstags bundesweit Konsens. Martin Luther hat es wie kein Zweiter vermocht, Eigenverantwortlichkeit und Gewissensentscheidung des Einzelnen in den Mittelpunkt der Weltanschauung zu stellen. Luther legte den Grundstein für unsere heutige Auffassung von demokratischen Werten wie Meinungsfreiheit, Redefreiheit und auch Freiheit des Glaubens - Werte, die in unserer Kultur unverhandelbare Eckpfeiler darstellen und in unserem Grundgesetz auch unveränderlich verankert wurden.

Zum Ende der Luther-Dekade stünde es dem Schleswig-Holsteinischen Landtag gut zu Gesicht, den Bürgern in Schleswig-Holstein einen kulturgeschichtlichen und religiös bedeutsamen Feiertag als gesetzlichen Feiertag dauerhaft zurückzugeben. Ich bitte Sie daher, dass Sie gemeinsam mit uns ein klares Signal zu einem Bekenntnis zu christlich-humanistischen Werten aussenden. Es sind eben jene Werte, die in Schleswig-Holstein letztlich auch sinnstiftend für den Schutz von Minderheiten waren, wie wir sie auch in der Landesverfassung niedergeschrieben haben. Insofern kann ich auch dem Ansinnen des SSW hier gern folgen.

Es gibt zudem auch wirtschaftliche Gründe, die klar für eine dauerhafte Einführung des Reformationstags als gesetzlichen Feiertag sprechen. Als Brückentag kann und wird der Reformationstag im Land zwischen den Meeren Besucher nach Schleswig-Holstein führen und so weiteren Auftrieb für den Tourismus bedeuten. Ein gesetzlicher Feiertag inmitten der Adventszeit hingegen, wie es jetzt auch vorgeschlagen wird, dürfte sich unter diesem

Aspekt eher negativ auswirken. Auch die bundesweiten Vergleiche lassen keine signifikante Verschlechterung in wirtschaftlicher Hinsicht erkennen, die auf den Reformationstag dort zurückzuführen sind.

An die CDU-Fraktion möchte ich an dieser Stelle kurz eine Anmerkung richten: Unser Vorschlag deckt sich übrigens mit einem Dringlichkeitsantrag der deutschlandpolitischen Vereinigung der CDU Schleswig-Holstein von März dieses Jahres. Er entspricht ebenso der übereinstimmenden Ansicht von Kirchenvertretern, Gewerkschaften und auch der CDU bundesweit. Sie sehen also: Es gibt gute Gründe, unseren Antrag zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die Landesregierung spricht jetzt zum ersten Mal der Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote.

(Beifall)

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits zum Ende der letzten Wahlperiode wurde hier im Landtag eine Diskussion über einen zusätzlichen Feiertag geführt. Insofern sind die jetzigen Ausführungen sicherlich ergänzend zu den damaligen Debatten und Erörterungen zu sehen. Auf den ersten Blick ist die Einführung eines solchen zusätzlichen Feiertags sicherlich ein interessanter Ansatz, eine interessante neue Idee. Das war es aber auch schon vor ein paar Wochen und ist daher an dieser Stelle für Sie nicht unbedingt etwas ganz Neues.

Wichtig ist, dass wir durch eine solche Entscheidung nicht den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein gefährden dürfen. Wir sind als Wirtschaftsraum und als Metropolregion eng mit unseren Nachbarn verbunden. Bei einer derartig tiefgreifenden Umstellung ist es also wichtig, auch das Gespräch mit den Wirtschaftsverbänden und anderen Partnern zu suchen. Auf den hier vorliegenden Vorschlag hin sollten wir uns schon die Frage stellen, wie sinnvoll ein solcher zusätzlicher Feiertag dann im Dezember überhaupt sein kann. Beispielsweise für den Einzelhandel ist gerade der Dezember ein sehr entscheidender, umsatzträchtiger Monat. Sol-

(Minister Hans-Joachim Grote)

che Faktoren dürfen in der Diskussion zumindest nicht unberücksichtigt bleiben.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass ein großer Teil unserer Bevölkerung in den angrenzenden Bundesländern arbeitet und folglich ebenfalls von dieser Regelung betroffen wäre. Natürlich müssen wir uns als Schleswig-Holsteiner alle die Frage stellen, ob uns wirklich ein Feiertag fehlt. Wenn wir in der weiteren Diskussion zu einem klaren Ja kommen, dann müssen wir auch die Frage stellen, welcher Art dieser denn sein soll, ob ein neuer zusätzlicher Feiertag einen direkten Bezug zum Land, zum Leben oder zu seinen Bürgerinnen und Bürgern haben sollte oder nicht sogar unbedingt haben muss. Ein solcher Schritt muss also sehr sorgfältig vorbereitet werden. Eine solche Änderung brauchte einen großen gesellschaftlichen Dialog, wie er vorhin auch wiederholt angesprochen worden ist, und zwar einen, der die Kirchen, aber auch alle anderen gesellschaftlichen Gruppierungen mit einbezieht.

Grundsätzlich ist der Vorschlag des SSW, an einem Tag die Landesverfassung zu feiern, ein - wie ich finde - sehr würdiges Ansinnen. Wir erleben in vielen Ländern Europas derzeit eine unsägliche Gleichgültigkeit darüber, der historischen Entwicklung gerecht zu werden, der wir in unserem Leben Frieden und Wohlstand zu verdanken haben. Demokratische Grundwerte scheinen manchen Menschen heute als überflüssiger Ballast, als drückend und bisweilen sogar als unangenehm. Daher begrüße ich ausdrücklich die Idee, gerade die Landesverfassung und so die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft stärker, noch stärker in das Bewusstsein zu rücken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, ich glaube, darüber sind wir uns fast alle einig: Dies bedarf einer breiten Diskussion mit den Menschen. Allein einem Feiertag den Stempel der Landesverfassung aufzudrücken, wird diesem Anspruch zumindest aus meiner Sicht nicht gerecht werden.

Ein politischer Diskurs über Feiertage erfordert Tiefe und sollte ohne inhaltliche oder thematische Einschränkungen erfolgen. Die Einführung eines Feiertags im Land darf kein politischer Schnellschuss sein.

Änderungen des Sonn- und Feiertagsrechts gingen in diesem Haus immer ein lang angelegter Dialog mit allen Beteiligten und den gesellschaftlichen Kräften voraus. Ich weise nur auf die offenen und überfraktionell geführten Diskussionen und Ent-

scheidungsvorschläge zur Änderung des Rechts der stillen Feiertage hin.

So gewogen ich den Vorschlägen im Grunde persönlich bin, so sehr halte ich eine prinzipielle politische Überlegung, einen breit getragenen Diskurs und eine gründliche Abwägung der Ansinnen für entscheidend. Dies ist in den heutigen Beiträgen wiederholt betont worden.

Die Entscheidung, die Vertagung, die Beratung in den Ausschüssen ist sicherlich genau die richtige Form, dort den großen Konsens zu erzielen, der in den Gesprächen hier immer wieder betont worden ist. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe daher die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist zum einen beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 19/11 sowie den Änderungsantrag Drucksache 19/38 dem Innen- und Rechtsausschuss sowie dem Bildungsausschuss zu überweisen. Zum anderen hat die SPD-Fraktion mit Antrag Drucksache 19/37 den Verfahrensvorschlag vorgelegt, in das Beratungsverfahren des Gesetzentwurfs weitere mögliche Gedenktage einzubeziehen. Das bedeutet, dass der Landtag dem Ausschuss unmittelbar eine Maßgabe für die weitere Ausschussberatung erteilen soll.

Wer der Überweisung des Gesetzentwurfs an den Innen- und Rechtsausschuss sowie an den Bildungsausschuss mit der Maßgabe der Drucksache 19/37 sowie der Überweisung des Änderungsantrags Drucksache 19/38 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 12:52 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren fort. Es geht weiter mit Tagesordnungspunkt 8:

Überholverbot für Lkw auf der A 7

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/12 (neu)

(Vizepräsident Oliver Kumbartzky)

Stauvermeidung auf Schleswig-Holsteins Autobahnen

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/36

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Aussprache. Das Wort für den SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Mit Sicherheit kennt jeder von Ihnen die Situation: Sie fahren auf der Autobahn, und vor Ihnen schert ein Lkw aus, um einen anderen Lkw zu überholen. Was im Sprachgebrauch als „Elefantenrennen“ bezeichnet wird, mag auf einer dreispurigen Autobahn relativ reibungslos abgehen, doch auf einer zweispurigen Autobahn führt so eine Überholaktion unmittelbar zu Beeinträchtigungen des rückwärtigen Verkehrs und zwingt ihn zum Teil zu gefährlichen Bremsmanövern.

Insgesamt ist der Straßenverkehr in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen. Dies trifft auch auf den Güterverkehr zu. Einen entsprechenden Ausbau der Straßen hatte diese Entwicklung nicht zur Folge. Das führt unweigerlich zu Verkehrsverdichtungen auf unseren Straßen und Autobahnen.

Allein bei der letzten Verkehrszählung des Bundes mussten die bisher prognostizierten Verkehrsströme nördlich des Nord-Ostsee-Kanals auf einen Schlag um 11 % nach oben justiert werden. Ein Ende dieses generellen Trends ist nicht absehbar, im Gegenteil, es wird weiter ein Wachstum geben, auch des Güterverkehrs.

Mit jedem weiteren Verkehrsteilnehmer steigt automatisch die Unfallgefahr. Ursachen sind neben dem stetig wachsenden Verkehr vor allem ungenügender Abstand zum Vordermann, Fehler beim Spurwechsel oder zu hohes Tempo. Nach einer Darstellung des ACE passiert jeder vierte Lkw-Unfall beim Überholen. Bei jedem dritten Lkw-Unfall sind Schwerverletzte und Getötete zu beklagen. Es muss darum gehen, den Sicherheitsaspekt immer weiter zu erhöhen.

Ich möchte eines ganz klar sagen: Es geht mir nicht darum, hier eine Berufsgruppe an den Pranger zu stellen oder Lkw-Fahrer zu diffamieren, es geht darum, die Sicherheit im Straßenverkehr zu verbessern. Mir ist durchaus bewusst, dass Lkw-Fahrer ei-

nem enormen Druck ausgesetzt sind, weil der Begriff „on demand“ diese Branche in einer fatalen und unheilvollen Weise dominiert. Aber dieses Geschäftsmodell, welches bestimmt nicht gesund ist, kann und darf nicht unkontrolliert auf den Straßen und Autobahnen ausgetragen werden.

Mir ist klar, dass gerade im Bereich der Fahrzeugsicherheit sehr viel getan wurde und dies immer weiterentwickelt wird. Das ist gut so. Es ändert aber nichts daran, dass immer noch der Mensch das Fahrzeug lenkt, und es ist der Fahrer, der mit dem Termindruck im Nacken fahren muss.

Es gibt klare Regeln für Überholvorgänge. Das bezieht sich auf Geschwindigkeitsdifferenzen und die Überholdauer. Das gilt auch für Lkw. Der ADAC stellt in einer Studie jedoch fest, dass 99 % aller Überholvorgänge gegen diese Regeln verstoßen. Einmal mal ganz ehrlich: Wie will man so etwas in der Praxis kontrollieren und ahnden? Das ist kaum möglich. Wenn wir aber ein Überholverbot für Lkw haben, dann ist ein Verstoß dagegen bereits von Weitem sichtbar.

Die Verkehrsminister von Bund und Ländern sind bereits 2008 einvernehmlich zu dem Entschluss gekommen, dass ein generelles Überholverbot auf zweispurigen Autobahnen nicht sinnvoll ist. Ein generelles Überholverbot ist nach derzeitiger Rechtslage auch nicht zulässig. Darum geht es in unserem Antrag auch nicht.

Der Gesetzgeber hat aber in der Straßenverkehrsordnung die Möglichkeit geschaffen - quasi als Ausnahme -, auf zweispurigen Autobahnen vereinfachte Überholverbote anzuordnen. Die Rechtsprechung hat bestätigt, dass auf zweispurigen Autobahnen auch auf längeren Strecken Überholverbote angeordnet werden können. Damit haben die Straßenverkehrsbehörden die Möglichkeit, zeit- und streckenbezogene Überholverbote durch Verkehrszeichen anzuordnen. Das ist genau das, was wir mit unserem Antrag fordern.

(Beifall SSW und Jörg Nobis [AfD])

Solange die A 7 zwischen dem Bordesholmer Dreieck und der dänischen Grenze nicht dreispurig ist, wollen wir auf diesem begrenzten Stück tagsüber zwischen 6 und 20 Uhr ein durchgehendes Überholverbot. Dies ist eine Maßnahme, die das Land kurzfristig umsetzen kann. Mit einem solchen begrenzten Überholverbot schaffen wir einen Ausgleich zwischen den Interessen der Güterverkehrsbranche und den Interessen der übrigen Verkehrsteilnehmer.

(Flemming Meyer)

Diese Möglichkeit sollte Schleswig-Holstein jetzt nutzen, um die sich verdichtenden Verkehrsströme auf der A 7 zu entzerren, bevor es zu noch mehr Staubildung und schweren Verkehrsunfällen kommt.

Wir tun gut daran, das Thema im Ausschuss weiter zu vertiefen. Deshalb schlage ich vor, beide Anträge an den Ausschuss zu überweisen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Bevor ich dem Abgeordneten Hans-Jörn Arp von der CDU-Fraktion das Wort erteile, begrüßen Sie bitte mit mir gemeinsam Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Probstei aus Schönberg.

(Beifall)

Herr Arp, Sie haben das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Ich danke Ihnen, dass Sie mir das Wort erteilt haben. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen: Jetzt kommt erst einmal die A 20. Es gibt ja keine Plenardebatte, in der nicht mindestens einmal die A 20 vorkommt. Jetzt haben wir eine neue Regierung, einen neuen Verkehrsminister, und schon ist das Thema vom Tisch. Schon das ist ein Erfolg des neuen Verkehrsministers, dass wir heute einmal nicht über die A 20 reden.

(Beifall CDU und FDP - Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Meyer, es gibt viele Dinge, die wir im Ausschuss beraten können, und auch hier werden wir heute keine Lösung finden. Es gibt ein Für und Wider. Das wissen wir beide.

Wir wissen natürlich, dass die A 7, insbesondere zwischen dem Bordesholmer Dreieck und der dänischen Grenze, eine der am stärksten befahrenen zweispurigen Autobahnen in Deutschland ist und die Dauerbaustelle der Rader Hochbrücke dazu kommt. Das macht es alles nicht einfach.

Der Gesetzgeber sagt schon heute, dass es ein Überholverbot gibt, wenn die nicht mindestens 20 km/h schneller fahren. Das ist schon geregelt. Ich will dabei daran erinnern, dass wir auch Landtagskollegen hatten und jetzt wieder einen haben, bei denen es hin und wieder vorkommt, dass selbst Lkw diese überholen. Wie wollen wir denn mit dem

Vorgang umgehen? Darüber müssen wir noch einmal nachdenken.

(Heiterkeit)

Wenn ich auf der A 7 einen Lkw auf der linken Seite gesehen habe, wusste ich immer, dass Volker Dornquast nach Kiel fährt.

(Heiterkeit und Zurufe)

Kollege Kalinka ist ein ähnlich rasanter Fahrer. - Es gibt schon heute eine feste Regelung. Man muss schon relativ schnell an dem Lkw vorbeifahren.

Das Problem ist, wie wir das kontrollieren wollen. Das ist auch bei der Rader Hochbrücke die Frage. Es sind die osteuropäischen Fahrzeuge, es sind die dänischen Fahrzeuge, die überholen oder auf der Rader Hochbrücke zu schnell fahren. Wir haben das Problem, dass wir bei uns die Halterhaftung haben und da die Fahrerhaftung. Wir können die Fahrer nicht in Haftung nehmen, wenn die uns nicht erzählen, wer gefahren ist.

Das ist eine Benachteiligung deutscher Lkw, der deutschen Logistiker. Daran müssen wir denken. Wenn wir so ein Gesetz machen, müssen wir auch wissen, wie wir das kontrollieren können. Denn wenn nicht kontrolliert wird und das nur zu einer Belastung unserer deutschen Fahrerinnen und Fahrer führt, dann haben wir das, was wir vermeiden wollen. Sie sind ohnehin schon hoch belastet. Diese dadurch zusätzlich einseitig zu belasten, ist etwas, worüber wir miteinander reden sollten.

Deshalb halte ich auch den Vorschlag der SPD-Fraktion nicht für falsch zu sagen: Wir wollen ein elektronisches Verkehrsleitsystem haben. Auch darüber muss man reden. Vielleicht hilft es in der Sache. Allem, was dem Logistikstandort Schleswig-Holstein und den Verkehrsströmen hier hilft, stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lars Harms?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Aber gern.

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Harms.

Lars Harms [SSW]: Das ist gar keine Zwischenfrage, sondern nur eine Aufklärung. Uns geht es eigentlich nur darum, dass das

(Vizepräsident Oliver Kumbartzky)

Überholverbot für Lkw genauso geahndet und kontrolliert wird wie jedes andere Überholverbot auch. Mit Ihrer Begründung müsste man eigentlich jedes Überholverbot auf allen Straßen abschaffen, weil ansonsten überall die Fahrer benachteiligt werden könnten. Uns ging es wirklich nicht darum, in irgendeiner Form Fahrer zu benachteiligen, sondern es geht nur darum, Verkehrssicherheit herzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass es auf unseren Autobahnen umweltpolitisch auch nachhaltig zugeht. Das ist der Hintergrund, warum wir dieses Lkw-Überholverbot fordern.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Lieber Kollege Harms, ich weiß, dass Sie es nur gut meinen. Das habe ich auch nicht anders verstanden und Ihnen auch nichts anderes unterstellt. Ich habe nur angemerkt, dass wir darüber nachdenken müssen, wie wir das am Ende kontrollieren. Wir wissen, dass das zum Beispiel auf der Rader Hochbrücke immer nur die Deutschen belastet, denn bei anderen Lkw kommen wir nicht an die Fahrer ran. Das müssen wir einfach bedenken. Ich wollte damit gar nicht sagen, dass ich dafür oder dagegen bin, sondern das ist etwas, was wir miteinander im Ausschuss diskutieren müssen.

Da hat Flemming Meyer recht: Es nervt, wenn man ein Elefantenrennen vor sich hat, das sich manchmal über 5, 10 oder 15 km hinzieht. Dann würde ich auch am liebsten sagen: „Herr Meyer, setzen wir das durch!“, aber wir müssen an der Stelle schon überlegen, was wir machen können und was wir nicht machen können. Wir sollten gemeinsam daran denken: Es geht im Wesentlichen - das ist auch in Ihrem Antrag so zu verstehen, selbst bei den Sozialdemokraten - um den Logistikstandort Schleswig-Holstein. Wir wollen rollende Verkehre. Wir müssen alles tun, was diesem Ziel dient.

Ich meine, es ist sicher sinnvoll, darüber im Ausschuss miteinander zu diskutieren. Wir sollten da eine Anhörung durchführen, um uns von den Fachleuten, den Logistikern und anderen, die davon betroffen sind, eine Meinung einzuholen. Einige Statistiken sagen: Auf Strecken, auf denen ein absolutes Überholverbot für Lkw gilt, besteht ein höheres Unfallrisiko. Auch das muss man mit bedenken.

Wir haben ja Zeit, das ausführlich im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss miteinander zu diskutieren. Wir freuen uns auf die gute Zusammenarbeit mit dem neuen Verkehrs- und Wirtschaftsminister. Ich

bin ziemlich sicher, wir finden eine parteiübergreifende ordentliche Lösung. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Arp, ich bin gespannt, ob Sie sich hier im Landtag jede Debatte zum Thema A 20 wünschen, denn da wird sich in hohem Maß zeigen: Gelingt alles das, was Sie versprochen haben, gelingt alles das, was der Ministerpräsident versprochen hat, nämlich innerhalb von fünf Jahren die A 20 zu realisieren, oder wird es gegebenenfalls dann doch Aspekte geben, wo innerhalb der Koalition Trennendes besteht?

(Vereinzelter Beifall SPD - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich bin da sehr gespannt, insofern freue ich mich auch sehr auf die Debatten, die wir da führen werden.

Sie haben Ihren Koalitionsvertrag mit dem Titel „Das Ziel verbindet“ überschrieben. - Slogans können greifen, manchmal können sie aber auch verwirren. Ich muss ganz ehrlich sagen, mich verwirrt dieser Titel eher. Denn genau das eine Ziel, das uns alle verbindet, wenn man sich die 114 Seiten - mit Anhang 115 Seiten - durchliest, ist schwer zu finden. Man muss sich wirklich fragen: Wo ist eigentlich das eine Ziel, das uns alle da verbindet?

Ich als Verkehrspolitiker habe mir natürlich die Verkehrsinfrastrukturthemen herausgesucht und gedacht, da wird natürlich das eine Ziel drinstecken, das uns alle verbindet. - Auf den ersten Blick muss man sagen: ganz gut verhandelt.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer? - Heiterkeit)

Beim zweiten Blick muss ich allerdings sagen: Konkret sind Sie da in vielen Fällen nicht geworden.

(Widerspruch CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wie es CDU und FDP dort gelungen ist, die Grünen bei sehr wesentlichen Themen über den Tisch

(Kai Vogel)

zu ziehen, darüber bin ich doch sehr erstaunt. Ich bin sehr gespannt - ich habe ja durchaus auch eigene Erfahrungen mit dem Kollegen Tietze über die letzten fünf Jahre gemacht -, wie in der Öffentlichkeit dargestellt werden soll, warum beispielsweise bei den Investitionen des GVFG für den kommunalen ÖPNV die Förderung von 70 auf 35 % gesenkt werden soll und warum im kommunalen Straßenbau die Finanzierung von 30 auf 65 % steigen soll. Andreas Tietze, ich freue mich da sehr drauf: Urgrüne Sätze, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen und den ÖPNV zulasten des Individualverkehrs zu stärken - einst grünes Herzblut -, sind heute Fehlanzeige.

Der offensichtliche Koalitionskonflikt über den Umgang mit den Regionalisierungsmitteln wird dabei schlicht mit Landesgeld zugekleistert, und das Programm MOIN.SH hat einfach einen neuen Anstrich bekommen. So kaschiert Jamaika konzeptionelle Defizite. - Ich bin gespannt.

Nun zur A 7.

(Zurufe CDU)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Christopher Vogt?

Kai Vogel [SPD]:

Aber sicher.

Christopher Vogt [FDP]: Lieber Kollege Vogel, ganz herzlichen Dank. Mir war auch so - ich dachte eben schon, ich hätte die falsche Liste -, dass der SSW beantragt hat, ein Lkw-Überholverbot auf der A 7 einzuführen. Offenbar wollen Sie dazu jetzt doch noch kommen.

Haben Sie gerade ernsthaft erklärt, dass bisher 70 % der GVFG-Mittel für den ÖPNV für die Kommunen aufgewandt worden sind?

- Nein, die Aufteilung ist bei den GVFG-Mitteln folgendermaßen gewesen: Sie war so, dass 70 % für den Bereich ÖPNV und 30 % für den Bereich der kommunalen Straßen aufgewendet werden sollten. Sie haben das, wenn ich den Koalitionsvertrag richtig interpretiere, jetzt umgedreht. Das heißt, in dem Fall sollen 65 % für kommunale Straßen und 35 % für den Bereich ÖPNV aufgewandt werden. Es sei denn, ich habe das wegen der Unkonkretheit falsch interpretiert. - Sie haben eine Nachfrage, aber es

kann nur der Präsident entscheiden, ob Sie noch einmal drankommen.

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gern, Herr Präsident.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Präsident, ich würde gern noch eine Nachfrage stellen. - Vielen Dank, Herr Vogel.

Nun haben Sie also gerade eingeräumt, dass Sie diese 70:30-Regelung in den fünf Jahren, in denen Sie gemeinsam regiert haben, gar nicht erreicht haben?

- Das habe ich damit nicht gesagt - ich bin einfach nur verwundert -, aber wir haben uns in den fünf Jahren kontinuierlich auf dieses Ziel hinbewegt.

(Lachen CDU)

Ich will nicht leugnen, dass wir im Laufe der Jahre zu der Überzeugung gekommen sind, dass es durchaus Sinn macht, sich von den Vorstellungen der Grünen, die sie damals in die Koalitionsdiskussion mit eingebracht hatten, überzeugen zu lassen. Auch ich musste davon überzeugt werden. Das ist ja sicher auch bei Ihnen so gewesen, dass man sich im Rahmen der Verhandlungen über den Koalitionsvertrag von bestimmten Dingen hat überzeugen lassen müssen.

Wenn dann genau das, was ursprünglich von den Grünen immer vertreten wurde, sich in hohem Maße für die Finanzierung des ÖPNV einzusetzen, damit der Individualverkehr nicht in gleichem Maß partizipiert - dadurch ist diese 70:30-Regelung entstanden -, mit einem Mal umgedreht wird, dann muss ich sagen: Herr Vogt, gut verhandelt! Und bei den Grünen bin ich sehr gespannt, wie das am Ende dargelegt werden wird.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Vogt?

Kai Vogel [SPD]:

Aber gern.

(Kai Vogel)

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege, das versammelte Publikum möchte sicherlich gern Ihre Ausführungen zur A 7 hören.

(Beifall Anita Klahn [FDP])

- Ja, das liegt jetzt aber an Ihren Nachfragen.

- Genau. Aber Sie haben sie provoziert.

(Heiterkeit)

Ich wollte nur noch einmal sagen, um die Grünen an der Stelle in Schutz zu nehmen: Sie müssen vielleicht beachten, dass wir zum einen ab 2018 jährlich 30 Millionen € mehr Regionalisierungsmittel vom Bund bekommen werden. Das ist der eine Punkt, den Sie bei Ihrer Betrachtung vielleicht noch nicht berücksichtigt haben. Das haben Sie nämlich gerade vergessen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Und ein zweiter Punkt ist, dass zudem weitere 50 Millionen € Landesmittel in das Sondervermögen MOIN.SH hineingegeben werden. Wenn Sie also die Grünen dafür kritisieren, dass sie den ÖPNV aufgegeben hätten, sollten Sie vielleicht einmal alle Zahlen im Koalitionsvertrag zum Thema ÖPNV anschauen, dann würden Sie merken, dass die Straße und der ÖPNV gestärkt werden. Das ist ein Erfolg für alle Seiten.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Vielen Dank, Herr Kollege Vogt, für den Hinweis. Ich muss allerdings sagen, dass ich ganz erstaunt darüber bin, dass Sie sich dieses Themas so intensiv annehmen, da die Fragen ausschließlich an die Grünen gerichtet waren. Ich war davon ausgegangen, dass der Kollege Tietze gegebenenfalls auch etwas dazu sagt.

(Zurufe FDP)

- Ja, es ist schön, dass Sie da in Einigkeit fungieren. Lieber Kollege Vogt, aber wenn Sie sich zu Themen äußern, bei denen Sie genau wissen, dass sie eine gewisse Brisanz bergen - das wollen wir doch nicht leugnen -, und in dem Moment den Grünen zur Seite springen, ohne dass sie sich im Vorwege äußern dürfen, finde ich das sehr spannend. Ich bin gespannt, wie man gegenseitig versucht, dem anderen eine Erklärung vorzugeben, damit die Grünen am Ende sich nicht so äußern, wie man sich das vielleicht gar nicht gewünscht hat.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nun kommen wir - wie von Ihnen, und vielleicht vom Rest des Publikums auch, gewünscht - zum Thema A 7. Der Kollege Meyer hat schon gesagt, dass jeder die Situation kennt, wenn man sich auf der Autobahn bewegt, man fährt dort entlang, hat es relativ eilig, möchte jemanden überholen, und mit einem Mal stockt der Verkehr, teilweise kommt er sogar zum Stillstand, weil ein Lkw auf der Überholspur zum Überholen angesetzt hat.

Ich nutze fast täglich die A 7, und die Zunahme des Verkehrs spürt man immer dann, wenn die wärmere Jahreszeit beginnt, so um und bei ab dem 1. Mai.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Und der Kollege Kalinka nicht auf der Straße ist, genau. Das ist die Zeit, wenn in kurzem Abstand die Feiertage aufeinanderfolgen, dann kommt es auf unseren Autobahnen zu einer Zunahme des Pkw-Verkehrs, sodass Staus kaum unterbleiben. Durch die immer flexibler werdenden Bettenwechsel haben sich die Urlauberverkehre deutlich in die Wochentage verlagert, an denen für uns ein zeitlich beschränktes Überholverbot zu rechtfertigen ist.

Wir finden den Vorstoß des SSW grundsätzlich richtig, denken aber, dass an vielen Tagen zwischen September und Mai ein generelles Überholverbot zu weit greift.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Die Lkw zum Beispiel an einem Tag im Februar auf die rechte Spur zu verbannen, obwohl die linke, soweit man sehen kann, frei ist, halten wir für ein wenig zu weit gedacht und für zu unflexibel. Deswegen setzen wir auf das Prinzip der modernen elektronischen Verkehrsführung. Diese kann ich im Augenblick täglich auf der A 23 sehen und nutzen, zum Beispiel, wenn man sich Richtung Autobahndreieck Hamburg-Nordwest bewegt und sieht, dass die Geschwindigkeit kontinuierlich heruntergeregelt wird, damit man nicht so schnell auf den Stau auffährt. Ebenso gibt es Warnhinweise wegen möglichen Aquaplanings oder Nebel sowie zeitlich befristete Überholverbote.

Das Land kann diese zusätzlichen Aufbauten allerdings nicht eigenständig regeln. Deswegen bitte ich die Landesregierung, sich an den Bund zu wenden. Der Bund trägt die Ausgaben für Herstellung, die Erhaltung und den Betrieb. Das Land trägt die Personalkosten für die Operatoren in den Verkehrszentralen.

Darüber, ob ein generelles Lkw-Überholverbot immer sparsamer ist, wie du dich geäußert hast, lieber Lars Harms, lässt sich trefflich streiten. Wer

(Kai Vogel)

mit extrem hoher Geschwindigkeit auf einen Lkw auffährt und abbremsen muss, sollte sich fragen, ob er nicht zu schnell unterwegs war. Auch das lässt sich gut regulieren. Das belegen Studien über elektronische Verkehrsführung. Der Verkehrspsychologe Dr. Jens Schade von der TU Dresden sagte dazu übrigens, dass viele, statt ins Fitnessstudio zu gehen, ihren Dampf auf der Straße abließe.

Wir stimmen dem Vorschlag des SSW zu, beide Anträge an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Auch den Hinweis von Flemming Meyer, dieses Thema im Rahmen einer Anhörung zu besprechen, halten wir für sehr sinnvoll. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich dem Kollegen Vogel, dass er sich so mitfühlend geäußert hat und sich Gedanken gemacht hat, ob die Grünen beim Koalitionsvertrag über den Tisch gezogen worden seien. Ich kann Ihnen sagen: Das ist mitnichten der Fall. 84 % unserer Mitglieder haben diesem Koalitionsvertrag zugestimmt, so schlecht scheint er nicht verhandelt gewesen zu sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Herr Kollege Vogel, gestatten Sie mir dazu einen Satz mit ein bisschen Rückschau: Wir hatten in unserer Koalition tatsächlich viel grüngefälligen Text und wenig Geld. Ich bin jetzt sehr froh, liebe Monika Heinold, dass wir viel Geld für den ÖPNV haben. Wir haben ein bisschen weniger Text. Ich kann aber aus grüner Perspektive durchaus zufrieden sein.

(Zuruf AfD)

Jetzt komme ich zum Überholverbot. Wir alle sitzen mitunter in einem Auto auf der Autobahn und sind in dieser Situation, dass sich zwei Lkw überholen. Der eine fährt 91 km/h, der andere 92 km/h. Es dauert ellenlang, bis der eine an dem anderen vorbeigefahren ist. Besonders intensiv erlebt man das tatsächlich auf der Strecke von Flensburg nach Kiel, da kann man es besonders gut beobachten.

Zunächst hatte ich für den Antrag des SSW eine große Sympathie, lieber Flemming Meyer. Doch ich muss sagen: Ich hatte Sympathie. Ich habe mich mit der Thematik etwas näher beschäftigt, und sie ist in der Tat komplex. Im Prinzip ist rechtswidrig, was dort auf der Autobahn passiert. Jeder Lkw, der mit 92 km/h einen Lkw mit 91 km/h überholt, begeht nach § 5 Absatz 2 der Straßenverkehrsordnung ein Ordnungswidrigkeitsverfahren und müsste mit 80 € bestraft werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Zunächst einmal begehrt er eine Ordnungswidrigkeit!)

- Ja genau, eine Ordnungswidrigkeit, wegen zu geringer Differenzgeschwindigkeit. Es ist eben eine Autobahn. Die Zeitspanne für einen Überholvorgang liegt bei maximal 45 Sekunden. Das heißt, dass ein Lkw eine Mindestgeschwindigkeitsdifferenz von 10 km/h haben muss. Wenn der eine jetzt aber 90 km/h fährt, müsste der andere mit 100 km/h überholen. Das heißt aber, dass es überhaupt nicht möglich sein wird, dass der Lkw rechtmäßig überholt.

Es geht auch um Mindestabstände. Auch das haben Sie sicherlich alle schon einmal gesehen: Wenn der Überholvorgang beendet ist, schert der Überholende ganz schnell ein. Der Kollege, der überholt worden ist, gibt ein Lichtzeichen, damit das möglichst gelingt. Auch dort kann man aber manchmal abenteuerliche Verkehrsmanöver sehen. Man fühlt sich nicht wohl, wenn man im Auto dahinter fährt.

Also ist die Frage nach einem generellen Überholverbot erst einmal nicht schlecht. Wir müssen aber fragen, ob es wirklich etwas bringt. Es ist schon angesprochen worden: Es gibt ein Vollzugsdefizit. Wir haben das Problem, dass wir nur unter 5 % des Lkw-Fernverkehrs überhaupt kontrollieren. Ich glaube daher, dass beim Überholverbot das Problem des Vollzugsdefizits diskutiert werden muss. Das ist eine vertiefende Frage.

Ich frage auch: Ist es eigentlich gefährlicher, ein Überholverbot zu haben oder nicht? Stellen Sie sich vor, wir sind in einer üblichen Montagmorgen-Situation und die Lkw kommen aus dem Logistikstandort Padborg, einer nach dem anderen, und fahren jetzt für 100 km alle hintereinander her. Was passiert denn da mit dem Pkw-Verkehr beim Einschleusen auf die Autobahn?

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Dort können Unfallsituationen entstehen. Der Vordermann fährt hinter einer Wand. Sie müssen sich das einmal vorstellen: Wir provozieren durch die

(Dr. Andreas Tietze)

gute Absicht, die wir mit diesem Überholverbot haben, Situationen, die den Verkehr beeinträchtigen können. Das würde ich gern einmal vertiefend betrachten.

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, Herr Dolgner wird jetzt sicherlich vortragen, warum das nicht geht, was ich vorgeschlagen habe.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Gestatten Sie die Zwischenfrage oder nicht?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Dolgner, bitte.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ich bin total neugierig. In Ihrem Kreis gibt es ja wenige Autobahnen. Vielleicht haben Sie daher nicht viel Erfahrung. Ich habe meine Erfahrungen auf der A 7 gemacht und hatte bisher nicht den Eindruck, dass die Lkw-Fahrer überholen, um den Pkw-Fahrern das Einscheren bei den Auffahrten zu erleichtern. Wäre es dann nicht sinnvoll, bevor eine Einfahrt kommt, ein Schild aufzustellen: Alle Lkw-Fahrer bitte nach links?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Dolgner, ich kann Ihnen jetzt nicht folgen.

(Unruhe - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das könnte den Sozis so passen, alle Lkw nach links! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das war seine Behauptung, dass die Pkw-Fahrer nicht einfädeln könnten, wenn die Lkw-Fahrer nicht nach links fahren dürfen!)

- Lieber Kollege Dolgner, ich gehe jetzt einmal davon aus, dass Sie die Frage nicht mit einer politischen Intention gestellt haben.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Nein! - Birgit Herdejürgen [SPD]: Das macht er immer so!)

Insofern kann ich mir jetzt nicht vorstellen, wie es praktisch gehen soll. Nach Ihrem Theoriemodell müssten alle Lkw auf die linke Fahrbahn wechseln, wenn ich in Schuby auf die Autobahn fahre, oder was haben Sie gemeint? Das ist keine so kluge Idee, glaube ich.

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Dr. Tietze, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Kollegen Dr. Dolgner?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte schön. Es ist immer interessant, mit Herrn Dolgner zu diskutieren.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Tietze, ich war ja nur neugierig, was Grundlage Ihrer Analyse ist, dass es, wenn die Lkw nicht nach links dürften, Schwierigkeiten für die Pkw geben würde, sich einzufädeln, wenn sich der Straßentreck von Padborg nach Süden schlängelt. Damit sagen Sie quasi konkludent, dass die Überholmöglichkeit der Lkw hauptsächlich dazu dient, dass die Pkw bei einer Einfahrt auffahren können. Das ist eine wirklich interessante Analyse. Diese Gutmütigkeit war mir bisher noch gar nicht bewusst.

- Herr Dolgner, da haben Sie mich völlig falsch verstanden. Ich habe lediglich darauf hingewiesen, dass ein längeres Kolonnenfahren möglicherweise auch eine sicherheitstechnische Problemlage bedeutet. Wenn alle jetzt rechts fahren müssen und viele Lkw unterwegs sind, könnte es beim Einfädeln von der Landstraße auf die Autobahn zu Unfällen kommen.

Es ist auch nicht zu vernachlässigen, dass Pkw dann auf der Autobahn ständig nur links fahren könnten. Auch das wäre ja nicht im Sinne des Erfinders, weil das Lkw-Überholverbot bei viel Verkehr möglicherweise Probleme im Unfallbereich erzeugen könnte. Ich weiß es aber nicht genau und würde es daher gern vertiefend untersuchen und mir durch den einen oder anderen Experten erläutern lassen.

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Dr. Tietze, gestatten Sie eine sicherlich abschließende Frage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Ich weiß nicht, was jetzt noch kommen kann.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wenn Sie längeres Kolonnenfahren als Sicherheitsproblem sehen, sehen Sie dann das längere Kolonnenfahren von Pkw hinter den Lkw, wo man Überholmanöver von mehr als 2 km hat, nicht als größeres Sicherheitsproblem an? Wenn Sie in die Statistiken hineinschauen, werden Sie feststellen, dass es erheblich mehr Unfälle auf der Autobahn bei Überholmanövern gibt als beim Einfädeln eines Pkw in irgendwelche Kolonnen. Wenn Sie ein Problem mit Kolonnenfahren haben, frage ich Sie: Hatten Sie bisher auf der A 7 nicht den Eindruck, dass die Kolonnen sich hauptsächlich auf der linken Spur als Kolonnen von Pkw hinter Lkw gebildet haben?

- Das ufert mir jetzt, ehrlich gesagt, etwas zu sehr aus.

(Heiterkeit FDP)

Ich lade Sie in den Wirtschaftsausschuss ein und freue mich auf Ihre Argumentation.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vielleicht bringen Sie auch eine Zeichnung mit, dann gehen wir das im Einzelnen durch.

In der Tat aber ist der SPD-Antrag bei einer ernsthaften Betrachtung interessant. Sie schlagen ein flexibles Verkehrsleitsystem vor. Herr Kollege Vogel: Das ist in der Tat etwas, worüber man diskutieren kann, denn dort wird der Verkehr bezogen auf die jeweilige Verkehrssituation geregelt: Geschwindigkeit, Überholverbot - man sieht das ja, wenn man nach Bremen fährt, wo dieses System auf der A 1 im ganzen Bundesland vorhanden ist.

Ich finde, so etwas muss man sich anschauen. Auch darüber muss man nachdenken. Man könnte beispielsweise überlegen, ob man den Seitenstreifen öffnet. Es gibt sicherlich in der Frage, was man tun kann, mehrere Möglichkeiten. Ich wollte nur nicht so euphorisch auf diesen Antrag aufspringen und sagen: Wunderbar, ein Überholverbot löst alle Probleme. Wir werden uns das vielmehr, wie es im Verkehrsausschuss auch in der Vergangenheit üblich war, differenziert und vertiefend anschauen und werden dafür den einen oder anderen Experten beziehungsweise die eine oder andere Expertin ein-

laden, um dann in aller Fachlichkeit im Ausschuss die eine oder andere Lösung zu vereinbaren.

Ich danke Ihnen erst einmal, dass Sie die Initiative ergriffen haben und dass Sie vor allem Dingen gezeigt haben, dass Sie konstruktive Opposition machen werden. Wir schauen, was dabei herauskommt. Ich freue mich auf jeden Fall auf die Diskussion mit Ihnen im Ausschuss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Die Verkehrssituation auf der nördlichen A 7 ist tatsächlich eine Zumutung. Ich finde es daher sehr gut und richtig, dass wir uns heute damit auseinandersetzen und uns mit möglichen Verbesserungen befassen.

Vielleicht ist ein Überholverbot für Lkw auch die richtige Lösung. Wir von den Freien Demokraten können uns aber auch noch andere Maßnahmen vorstellen. Zum Beispiel klang ja eben schon eine temporäre Seitenstreifenfreigabe an.

Wenn ich es einmal so sagen darf: Die Vorschläge der SPD, jedenfalls die schriftlich niedergelegten, scheinen auf den ersten Blick ja auch ganz brauchbar. Für uns ist es fraglich, ob ein Überholverbot für die gesamte Strecke wirklich das adäquate Mittel ist oder ob nicht streckenbezogene Abschnitte ebenfalls zum Ziel führen würden. Ich kann die Sicht der Anträge gut verstehen, denn auch ich fahre manchmal kilometerlang überholenden Brummis hinterher. Ich weiß, das nervt. Aber die Sicht der Pkw-Fahrer ist nur eine Facette des Gesamtproblems; denn auch die Brummis sind nicht nur Hindernisse für den Personenverkehr, sondern sie sind als Logistikbaustein ein wichtiger Teil unserer immer schneller werdenden Wirtschaftskette und ebenso gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer. Auch die Brummifahrer möchten möglichst schnell an ihr Ziel gelangen. Hier ist das Vorankommen nicht nur ein Wohlfühlfaktor, sondern auch ein wirtschaftlicher Faktor. Das sollten wir nicht aus den Augen verlieren.

Die Autobahnen dürfen von Fahrzeugen benutzt werden, die gerade eben schneller als 60 km/h sind. So steht es in der Verordnung. Ist es da die richtige

(Kay Richert)

Lösung, das Überholen eines langsamer fahrenden Fahrzeugs durch Lkw generell zu verbieten? - Wenn wir dem Antrag folgen, ist das so vorgesehen.

Zu all diesen Fragen sollten wir nach Ansicht der FDP noch einmal die notwendige Expertise hören, bevor wir eine Entscheidung treffen. Das findet regelmäßig in den Ausschüssen statt. Deshalb unterstützen wir gerne den Antrag von Flemming Meyer, den Antrag in den Ausschuss zu überweisen.

Einen weiteren Punkt sollten wir aber auch nicht aus den Augen verlieren: Wer nämlich die Herde dirigieren will, benötigt auch die nötigen Hirten dafür. Mit anderen Worten: Wer Regeln aufstellt, muss auch auf die Einhaltung achten. Ansonsten können wir uns nämlich neue Regeln sparen. Die schönsten Verkehrsregeln nützen nichts, wenn sich niemand daran hält. Wenn unsere Polizei den Verkehr auf der A 7 und auf den anderen Autobahnen, der A 20 zum Beispiel, besser überwacht und Geschwindigkeitsüberschreitungen bei Lkw oder das Überholen mit zu geringer Geschwindigkeitsdifferenz ahndet, wird sich die aktuelle Situation auch ohne neue Regeln spürbar entspannen.

Uns von der FDP ist klar, dass die aktuelle Ausstattung der Polizei diese effektive Überwachung des Verkehrs nicht zulässt. Wir haben aber jetzt eine neue Landesregierung. Von daher bin ich mir sicher, dass wir da schnell Abhilfe schaffen können.

Der Ausschussüberweisung des vorliegenden Antrags stimmen wir zu. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die AfD-Fraktion hat nun erstmals der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben gerade von Herrn Dr. Tietze gehört, dass er sich für die konstruktive Sacharbeit der Opposition bedankt hat. Das wollen wir gerne mit unserem kurzen Wortbeitrag fortsetzen. Aus unserer Sicht ist nämlich ein zeitlich und örtlich beschränktes Überholverbot für Lkw sehr sinnvoll, um den Verkehrsfluss zu verbessern, Staus zu vermeiden und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Von daher befürwortet die AfD-Fraktion den Antrag der Abgeordneten des SSW.

Den Änderungsantrag der SPD sehen wir dagegen kritisch. Das hat vor allem finanzielle Gründe. Wir denken, dass die Kosten der dort vorgeschlagenen Maßnahmen in keinem Verhältnis zu dem Effekt stehen. Elektronische Verkehrsleitsysteme sind sehr teuer. Da muss die Frage erlaubt sein, ob sie wirklich einen signifikanten Beitrag zur Verhinderung von Staus leisten.

Jeder, der auf der A 1 bei Bremen oder auf der A 7 bei Hannover unterwegs ist, kennt die Anzeigetafeln, die oft Rätsel aufgeben, statt den Verkehr vernünftig zu regeln. Da wird eine Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h vorgegeben, obwohl die dreispurige Strecke auf lange Sicht frei ist. Da werden Baustellen angezeigt, die schon längst wieder abgeräumt sind. Ferner erscheint regelmäßig der Hinweis „Außer Betrieb“.

Setzt man den Nutzen, den solche Leitsysteme durchaus haben können, in Relation zu den Kosten von Hunderttausenden von Euro für den Bau, den Betrieb und die Instandhaltung von Dutzenden von Schilderbrücken ins Verhältnis, so erscheint uns die vom SSW vorgeschlagene Lösung deutlich sinnvoller. Die AfD steht für pragmatische Lösungen, und ein Aluschild für unter 100 € belastet den Steuerzahler deutlich weniger als Leitsysteme, die möglicherweise wieder abgerissen werden müssen, wenn die A 7 eines Tages auf drei Fahrstreifen pro Fahrtrichtung ausgebaut wird.

Der Hinweis im SSW-Antrag auf die Zuständigkeit des Bundes als Kostenträger für Bundesautobahnen kann aber nicht bedeuten, dass wir hier leichtfertig Steuermittel in Millionenhöhe ausgeben, denn auch den Steuerzahlern jenseits der Landesgrenze sollten wir uns verpflichtet fühlen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, dass jedes Überholverbot - da gebe ich dem Kollegen von der FDP recht - im Straßenverkehr sinnlos ist, wenn diese Verbote in der Praxis nicht überwacht und geahndet werden, wie es zurzeit aufgrund von Personalknappheit bei den Behörden der Fall ist. Das ist ein anderes Thema. Ich habe gerade von Herrn Dr. Tietze gelernt, dass sich das Vollzugsdefizit nennt. Ich bin schon gespannt, darüber im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss mehr zu erfahren.

Hinsichtlich des Antrags des SSW unterstützen wir die Überweisung an den zuständigen Ausschuss, um dort weiter darüber beraten zu können und Experten zu hören. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Herrn Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst einmal bin ich dankbar für diesen Antrag des SSW, weil er eines zeigt: Auf der A 7 im Norden unseres Landes ist viel los. So viel, dass dieser Infrastrukturausbau in diesem Land auch an der Stelle mittelfristig wichtig ist. Der sechsstreifige Ausbau der A 7 ab der Rader Hochbrücke mindestens bis nach Flensburg sollte in unser aller Köpfen eine hohe Priorität haben.

(Beifall CDU und Kay Richert [FDP])

Die Landesregierung, lieber Herr Meyer, prüft derzeit noch einmal sehr intensiv, ob es nicht noch möglich ist, ohne zeitliche Verzögerung auch den sechsstreifigen Ausbau der Rader Hochbrücke selbst hinzubekommen. Mein Vorgänger im Amt hat dies auch schon angestrebt. Wir tun alles dafür, wenn es ohne Verzögerung möglich ist, dies noch in die Wege zu leiten, damit wir, wenn wir den sechsspurigen Ausbau bis zur Rader Hochbrücke haben, nicht anschließend ein Nadelöhr erben, das wir über 30 Jahre im Lande hätten. Dieser Infrastrukturausbau ist das Wichtigere.

(Beifall FDP, CDU, SPD und SSW)

Zweitens sind, meine Damen und Herren, diese Elefantenrennen, die dort regelmäßig stattfinden, ein Ärgernis. Es stellt sich die Frage, was hier die richtige Maßnahme ist. Ist ein Verbot an dieser Stelle wirklich richtig? - Bei der Frage kommt man aus mehreren Gesichtspunkten leider mit der geltenden Rechtslage in Berührung, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muss.

Herr Meyer, Sie selbst beziehungsweise der SSW schreiben zu Recht, dass auch neuere Regelungen zur Straßenverkehrsordnung nur dann möglich sind, wenn es

„...durch häufiges Überholen zu einem stark gestörten Verkehrsfluss kommt, durch den auch die Verkehrssicherheit beeinträchtigt werden kann“.

Was heißt das konkret? - Das heißt, dass nach § 45 Absatz 1 und 9 der Straßenverkehrsordnung von zentraler Bedeutung ist, dass für die Straßenverkehrsbehörden Maßnahmen nur möglich sind, wenn

sie aus Gründen der Sicherheit und Ordnung eine Beschränkung oder ein Verbot rechtfertigen. Das heißt, Verbote und Beschränkungen des fließenden Verkehrs auf Autobahnen setzen eine Gefahrenlage voraus. Das gilt auch für die von Ihnen zitierte Grundlage. Das heißt, es kommt erstens auf die besonderen örtlichen Verhältnisse an und zweitens auf das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung relevanter Rechtsgüter, insbesondere des Lebens und der Gesundheit, die - soweit das Risiko besteht - erheblich übersteigend sein muss. Also ein erheblich höheres Risiko. Sie sehen, dass der Gesetzgeber damit für eine solche Beschränkung des fließenden Verkehrs sehr hohe Hürden gesetzt hat.

Leitgedanke war, strenge Regeln für besonders unfallträchtige Fahrmanöver und Verkehrslagen aufzustellen, dem Verkehrsgesetzgeber aber im Übrigen beim Erlass von Verkehrsregeln Zurückhaltung aufzuerlegen. Das heißt: beschränkende Regeln nur da, wo wirklich Gefahr droht. Ansonsten liegt es in der Verantwortung eines jeden einzelnen Verkehrsteilnehmers, sich vernünftig und der Verkehrssituation angemessen zu verhalten. Das ist in der Begründung der Straßenverkehrsordnung auch entscheidend ausgeführt.

Wir werden uns also im Ausschuss noch einmal mit der Situation vor Ort zu beschäftigen haben, denn es zeigt sich: Ja, es gibt eine hohe Verkehrsbelastung auf der A 7, aber eine besondere Gefahrenlage ergibt sich derzeit aus Sicht der Landesregierung nicht. Das haben die Prüfungen vor Ort aktuell ergeben. Die Ergebnisse der letzten Verkehrsschau habe ich mir heute extra noch einmal geben lassen. Sie hat am 12. Oktober 2016 stattgefunden, und sie hat gezeigt, dass es auf dem gesamten Abschnitt der A 7 nur zwei unfallträchtige Schwerpunkte gibt. Der eine liegt an der Anschlussstelle Büdelsdorf. Dort hat es nur besondere Ursachen im Bereich des Einfädelns gegeben. Elefantenrennen waren nie eine Ursache. Ein zweiter Unfallschwerpunkt ist am Kilometer 45. Dort gab es in zwei Jahren sechs Unfälle. Die Ursachen sind ungeklärt.

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass eine besondere Gefährdungslage durch die Situation entstanden ist. Es wird - das haben die beteiligten Behörden bei der Verkehrsschau festgestellt - rechtlich nicht einfach sein, überhaupt eine Regelung auf der A 7 diesbezüglich zu erlassen, zumal Sie mit Ihrem Antrag etwas tun, was dies noch erschwert. Wenn man nämlich zwischen der Rader Hochbrücke und der Landesgrenze einen bestimmten Teilabschnitt hat, der streckenmäßig überschaubar ist, vergrößern Sie jetzt, wenn Sie von Bordesholm bis zur Landes-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

grenze gehen, diesen Raum. Dadurch wird es rechtlich noch schwieriger, eine entsprechende Maßnahme zu erlassen.

Das heißt, wir werden uns im Ausschuss darüber unterhalten müssen, was rechtlich überhaupt geht. Dann werden wir uns über die möglichen Alternativen unterhalten müssen und dabei in der Tat auch überlegen müssen, ob es intelligente Verkehrssysteme gibt, die man hier einsetzen kann. Der Kollege Richert hat gerade etwas gesagt, was ich bedenkenswert finde. Wir haben auf der A 7 im südlichen Bereich beim Hinzunehmen der Standspur bis zum sechsspurigen Ausbau schon ein bisschen geübt in Schleswig-Holstein. Das könnte ein Gedanke sein, den man hier zur Geltung bringt. Jedenfalls wird das schlichte und einfache Erlassen eines Überholverbots auch bis zu einer solchen evidenten Verkehrslenkungsmaßnahme so einfach nicht möglich sein.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/12 (neu) sowie den Alternativantrag Drucksache 19/36 an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Einführung des Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr bei Bundestagswahlen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/24

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Tobias von Pein von der SPD-Fraktion.

Tobias von Pein [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Demokratie lebt vom Mitmachen, und nur wer die Möglichkeit hat mitzumachen, der lernt auch Demokratie. Wir Sozialdemokraten wollen deshalb das Wahlalter bei demo-

kratischen Wahlen auf das 16. Lebensjahr absenken.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir auf Initiative von SPD, Grünen und SSW hin das Wahlrecht bei Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt. Das war nicht ganz unumstritten. Ich kann mich noch an die Bedenken in diesem Hause erinnern, doch ich glaube, dass inzwischen auch die letzten Bedenken-träger nicht ernsthaft daran rütteln würden. Eine Abschaffung der Herabsetzung des Wahlalters wird nicht ernsthaft diskutiert.

(Beifall SPD)

Ziel war es, einen Beitrag zur politischen Jugendbildung zu leisten. Das haben wir erreicht, dank großer Anstrengungen in den Bereichen der Schule, den Jugendverbänden, in der politischen Bildung und nicht zuletzt auch bei den Parteien selbst mit ihren Jugendorganisationen von GRÜNE JUGEND, Julis, Jusos und auch Junge Union. Viele haben dabei mitgemacht, auf das neue Wahlrecht hinzuweisen.

Die Thematisierung der Landtagswahl hat zu einer breiten Politisierung von jungen Menschen geführt. In den Schulen wurde breit über die Landtagswahl diskutiert, und es wurde auch bei Juniorwahlen abgestimmt. Der Wahl-O-Mat mit seinen vielen ehrenamtlichen Multiplikatoren hat das Interesse an den Parteien, ihren Konzepten und Visionen für dieses Land noch einmal gesteigert.

Nicht zu vergessen: Die Jugendverbände, von der Landjugend über die SoVD Jugend bis zur Sozialistischen Jugend, Die Falken, haben ihre Mitglieder alle in vielen Projekten und Aktionen dazu aufgefordert, aktiv mitzumischen. Das war richtig klasse, dafür sage ich an dieser Stelle einen ganz großen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das alles ist gut, und es zeigt, wie erfolgreich die Absenkung des Wahlalters war. Wir haben die politische Jugendbildung dadurch nachhaltig gestärkt. Das ist ein wichtiger und notwendiger Beitrag, um unsere Demokratie mit Leben zu füllen und für sie zu werben. In einer Gesellschaft, in der die ältere Generation rein zahlenmäßig immer größer wird - und ich meine das nicht anklagend, ich stelle das einfach nur fest -, ist es umso wichtiger, dass die Jugend beziehungsweise die jungen Menschen angemessen repräsentiert und eingebunden werden.

Wir Sozialdemokraten wollen echte Mitbestimmung für junge Menschen, und zwar von Anfang

(Tobias von Pein)

an. Deshalb setzen wir uns für den konsequenten Ausbau der Kinder- und Jugendbeteiligung auf allen Ebenen ein und geben den Menschen der jungen Generation eine Stimme. Wir werden die Landesregierung daran messen, ob der eingeschlagene Weg, der in Schleswig-Holstein so erfolgreich ist, weitergegangen wird. Die Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag deuten aber eher auf einen Status quo hin. Für uns als SPD ist klar: Wir wollen die Mitbestimmung für junge Menschen ausbauen und verbindlicher machen als heute. Kinder sollen aktiv mitbestimmen, denn es geht um ihre eigene Entwicklung. Die Stimme der Jugend muss gehört werden und darf bei Wahlen nicht unter den Tisch fallen.

(Beifall SPD)

Das ist eine Stärkung unserer Demokratie, und dafür setzen wir uns ein. Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass junge Menschen zukünftig auch bei Bundestagswahlen mit 16 Jahren ihre Stimme abgeben können. Wir sind davon überzeugt, dass wir auf den guten Erfahrungen, die wir bei uns im Landtagswahlkampf gemacht haben, aufbauen können und dass wir weiter diskutieren können.

Ihre Unterstützung unserer Initiative würde mich freuen, und ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage oder eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Tobias von Pein [SPD]:

Ja.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr von Pein, wenn ich Sie richtig verstanden habe, fordern Sie nicht mehr und nicht weniger als die Änderung des Bundeswahlgesetzes. Hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion, die SPD auf Bundesebene, eine entsprechende Initiative bereits eingebracht? Wenn nein, würden Sie mir freundlicherweise erklären, warum nicht und warum wir uns im Landtag Schleswig-Holsteins mit dem Bundeswahlgesetz beschäftigen sollen?

- Wie Sie wissen, bin ich kein Mitglied des Bundestags. Daher kann ich Ihnen darauf keine Antwort

geben. Dafür bin ich nicht verantwortlich. Ich kann Ihnen aber sagen, dass die Bundespartei der SPD am vergangenen Wochenende in ihrem Wahlprogramm festgehalten hat, dass wir das Wahlalter bei den Bundestagswahlen und bei den Europawahlen senken wollen. Von daher können wir den Wählerinnen und Wählern dieses Konzept vorschlagen und bei den Bundestagswahlen die Abgeordneten wählen, die das dann auch umsetzen. Gut wäre natürlich, wenn Schleswig-Holstein diese Initiative auf dem Weg über den Bundesrat unterstützt. Das ist das Ziel dieses Antrags, dafür setzen wir uns hier jetzt ein.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Petra Nicolaisen das Wort.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion über die „richtige“ Altersgrenze für das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag, lieber Kollege von Pein, ist im Bundestag keineswegs neu. Die letzte Bundestagsdebatte dazu hat vor ziemlich genau zwei Jahren stattgefunden. Die SPD räumte zwar ein, dass sie die Forderung nach einer Senkung des Wahlalters inhaltlich unterstütze, aber es gibt auf Bundesebene einen Koalitionsvertrag. Deshalb war keine Einigung herbeizuführen. Die SPD müsse den Antrag daher an dieser Stelle ablehnen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich in meiner bisherigen Zeit - und ich gehöre dem Schleswig-Holstein jetzt acht Jahre an - damit nicht auseinandergesetzt. Das war gut und richtig so. Das ist nicht in unserer Zuständigkeit. Ich werde mich an dieser Stelle aber der Diskussion nicht entziehen und möchte auch nicht missverstanden werden: Selbstverständlich gibt es erfreulicherweise viele junge Menschen, die sich für politische Prozesse, für Politik und Fragen der Entscheidungsfindung in der Demokratie interessieren. Das weiß ich aus vielen Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern - auch aus meinem Wahlkreis -, die mit uns im Landtag regelmäßig diskutieren.

Ich halte es für absolut richtig, dass wir als Politiker junge Menschen ermuntern und ermutigen sollten, sich schon in jungen Jahren mit Politik und Demokratie auseinanderzusetzen. Hier sind wir als Abgeordnete gefordert, der Landesbeauftragte für politische Bildung zum Beispiel in Form der Veranstal-

(Petra Nicolaisen)

tungen „Jugend debattiert“, die hier regelmäßig durchgeführt werden, das Elternhaus und auch die Schule. Politische Bildung in den Schulen ist unerlässlich. Die entsprechenden Bildungsvoraussetzungen müssen geschaffen und mit Sicherheit weiter ausgebaut werden.

Ich habe allerdings in meinen Gesprächen mit vielen jungen Menschen immer mehr den Eindruck gewonnen, dass das Wahlrecht 18 Jahre bei Bundestagswahlen in größerem Maße gar kein Thema ist. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass es den meisten Jugendlichen viel wichtiger ist, zunächst Möglichkeiten aufgezeigt zu bekommen, wie sie viel mehr über Politik erfahren können. Hinzu kommt dann im günstigen Fall, das Interesse und vielleicht sogar die Freude der jungen Menschen an der politischen Sachdebatte zu wecken. Im besten Fall gelingt es, junge Menschen dazu zu motivieren, sich politisch zu engagieren, auch wenn sie vielleicht noch nicht sofort bei den Bundestagswahlen wahlberechtigt sind.

Es gibt auch außerhalb der Teilnahme an Wahlen Möglichkeiten für junge Menschen, Verantwortung zu übernehmen, sich für Gemeinwesen und für andere Menschen zu engagieren. Es wäre völlig falsch, wenn der Eindruck erweckt würde, dass allein das Wahlrecht den jungen Menschen Teilhabemöglichkeiten in unserem Gemeinwesen bieten würde. Viele junge Menschen engagieren sich für Menschen, für Projekte, in Sportvereinen oder zum Beispiel in Jugendfeuerwehren und so weiter.

Im Jahr 2013 haben wir uns als Landtag mit der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtagswahlen befasst. Das wurde auch mehrheitlich beschlossen. Die damalige Anhörung hat aber gezeigt, dass es für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre keine schlüssige Begründung gibt. Weder wissenschaftlich noch politisch ist die Absenkung begründbar. Sie ist willkürlich. Alle wissenschaftlichen Erhebungen zeigen zudem auf, dass die von der Änderung betroffene Gruppe der 16- und 17-jährigen Personen selbst einer Absenkung des Wahlalters mit deutlicher Mehrheit äußerst kritisch gegenübersteht.

Es ist schlüssig, in der Gesamtschau unserer Rechtsordnung konsequent, dass die Möglichkeit zur Teilnahme an Bundestagswahlen mit 18 Jahren beginnt. Um an dieser Stelle aber eine Brücke zu bauen, schlage ich vor, dass wir im Innen- und Rechtsausschuss eine Evaluierung der Erstwähler-Landtagsdaten - immerhin waren es 57.000 Erstwähler, die zum ersten Mal an einer Landtagswahl teilgenommen haben - durchführen, sie auswerten

und weitere Schritte veranlassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt AfD)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe SPD, vielen Dank für diesen Antrag. Dass Sie bei uns Grünen mit Wahlalter 16 auch auf Bundesebene offene Türen einrennen, ist Ihnen bekannt. Wir fordern das genauso wie Sie seit vielen Jahren. Auch 2013 haben wir das im Bundestagswahlprogramm gefordert. Wir fordern es auch im aktuellen Bundestagswahlprogramm für September wieder.

Erlauben Sie mir aber vorab ein paar Bemerkungen zum Subtext Ihres Antrags. Bekanntlich steht die CDU - wir haben es gerade gehört - dem Wahlalter 16 bis heute ablehnend gegenüber. Die FDP hat es 2012 letztlich auch abgelehnt. Ich verstehe Ihren Antrag daher vor allem als Versuch, schon in dieser ersten Landtagstagung mit neuer Mehrheit deutlich zu machen, dass es sich die Grünen nach Ihrer Überzeugung mit Jamaika in einem Bett gemütlich machen, in das sie nicht gehören.

(Zuruf SPD)

Seien Sie vorsichtig mit der Rolle der politischen Anstandsdame! Das steht Ihnen nämlich nicht zu.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich darf Sie daran erinnern, mit wem Sie seit geraumer Zeit im Bund und in mehreren Bundesländern regieren. Das muss ja durchaus keine Beliebigkeit bedeuten.

Wenn Sie zum Beispiel den Koalitionsvertrag von CDU, Grünen und FDP aufmerksam lesen, stellen Sie fest, dass vermeintlich paradigmatische Festlegungen bei allen Beteiligten in Bewegung geraten sind. Ich nenne allein die Stichworte A 20, Ehe für alle und Cannabis. Es macht sich eine neue Sachlichkeit bemerkbar, eine erfrischende Bereitschaft, auf sehr vernunftbetonter Basis alte Überzeugungen infrage zu stellen. Vielleicht ist das auch in diesem Punkt so.

(Burkhard Peters)

Ein Schelm, liebe SPD, wer denkt, mit Anträgen wie dem vorliegenden verfolgten Sie allein die Absicht, uns Grüne vorzuführen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Niemals!)

Unsere neue Koalition ist jedoch gern bereit, Initiativen von Ihnen sachlich zu bearbeiten.

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Abgeordneter Peters, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Kai Dolgner?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Kai, immer.

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Dr. Dolgner, bitte.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Kollege Peters, ich gehe davon aus, dass die Grünen im Bundestag nie Anträge zum Thema Sicherheitsgesetz oder etwas gestellt haben, weil sie die freiheitlich-demokratische Nanny spielen wollten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was?)

- Die freiheitsdemokratische Nanny, die Aufpasserin für Freiheitsrechte. - Sie haben diese Anträge immer gestellt, weil Sie wahrscheinlich davon ausgegangen sind, dass SPD und CDU in allen Punkten einer Meinung sind. Ich gehe jedenfalls davon aus, dass Sie diese Anträge im Bundestag mit Ihrem Kollegen Herrn von Notz vor diesem Hintergrund gestellt haben.

Aber nun zu meiner Frage. Kann ich davon ausgehen, dass Sie gerade in Aussicht gestellt haben, nachdem Sie so viel Liberalität in die CDU gebracht haben - ganz ehrlich: von uns haben die Cannabis nicht bekommen;

(Heiterkeit)

aber vielleicht haben Sie etwas ausgegeben, das würde den Koalitionsvertrag erklären -, dass Sie uns mit geballter Kraft - die Jungen Liberalen sind ja auch sehr dafür - zumindest zur Seite stehen, wenn es darum geht, das letzte Quäntchen Überzeugungsarbeit bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU zu leisten, damit sie im 21. Jahrhundert ankommen?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Geballte Kraft ist gut. Haben wir.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Super! - Heiterkeit
FDP - Beifall Kay Richert [FDP])

Es gibt aber dicke Bretter zu bohren. - Schön ist, dass Sie der neuen Landesregierung mit Ihrem Anliegen Zeit bis zur Wahl des 20. Bundestags geben - immerhin -, voraussichtlich 2021.

Denn auf Bundesebene - das ist der entscheidende Punkt - müssen sehr dicke Bretter gebohrt werden. Es muss nämlich nicht allein das Bundeswahlgesetz geändert werden. Artikel 38 Grundgesetz Absatz 2 schreibt fest, dass das aktive Wahlrecht an die Vollendung des 18. Lebensjahres geknüpft ist. Daniel Günther und seine Regierung müssen also eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag organisieren, um das Wahlalter 16 im Bund bei Wahlen ab 2020 zu bekommen. Vielen Dank für das im Antrag zum Ausdruck gebrachte Vertrauen in die große Wirkmächtigkeit der neuen Landesregierung!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU
und FDP)

Die noch bestehende GroKo in Berlin mit SPD-Teiligung - sie hat eine Zweidrittelmehrheit im Parlament - hätte es allerdings deutlich einfacher.

Fangen wir also erst einmal bescheiden bei uns im Land an und beraten den Antrag im Innen- und Rechtsausschuss. Dort können wir zum Beispiel mithilfe des Landeswahlleiters, des Landesbeauftragten für politische Bildung und durch Auskunft anderer Wahlexpertinnen und -experten die zurückliegende Landtagswahl in Bezug auf das Wahlverhalten der jungen Menschen ab 16 analysieren, die hier bekanntlich erstmalig wählen durften.

Der Presse konnte man bereits entnehmen, dass die Wahlbeteiligung dieser Alterskohorte in Schleswig-Holstein geringer gewesen ist als in anderen Altersgruppen. Es gibt offenbar auch signifikante Unterschiede zu anderen Bundesländern, namentlich Stadtstaaten wie Bremen, in denen das Wahlalter 16 schon länger besteht. Wir sollten also am Beispiel der zurückliegenden Landtagswahl versuchen herauszufinden, ob das Wahlalter 16 auch praktisch ein Gewinn für die Demokratie ist. Tobi, ich gebe dir zu: Das, was in den Schulen und sonst wo passiert ist, ist ein guter Hinweis darauf, dass das praktisch etwas bewirkt hat.

Wir müssen aber noch untersuchen: Hat es zur Verfestigung des demokratischen Systems beigetragen? Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, um das

(Burkhard Peters)

Wahlalter 16 auch auf Bundesebene zu einer Erfolgsgeschichte für die Demokratie insgesamt zu machen, also nicht nur für eine Partei? - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt erstmals in diesem Hause der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

(Beifall)

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Schülerinnen und Schüler aus der Probstei! Die politische Teilhabe junger Menschen ist eines meiner persönlichen Herzensthemen; das hat Herr Dr. Dolgner schon festgestellt. Daher freue ich mich sehr, dass ich mich in meinem ersten Wortbeitrag in diesem Hohen Hause hierzu äußern kann.

Jung und Alt verhalten sich bei Wahlen sehr unterschiedlich; ganz plakativ war dies bei der jüngsten US-Präsidentschaftswahl und bei der Brexit-Volksbefragung zu sehen. Hätten jeweils nur die Menschen in der ersten Lebenshälfte abgestimmt, wären beide Wahlen deutlich anders ausgefallen. Jede Stimme soll gleichwertig sein. Das ist der Grundsatz der Demokratie, der Grundsatz „One man, one vote“. Die Stimmengleichheit beziehungsweise gleiche Stimmenwertigkeit hat im deutschen Wahlrecht aber auch Grenzen; ich erinnere an die Fünfprozenthürde.

Die Stimme junger Menschen ist prinzipiell gleich viel wert - wenn sie denn eine hätten. Rund 15 % der Bevölkerung sind derzeit vom Wahlrecht ausgeschlossen, weil sie zu jung sind. Das ist ein nicht auszublenender Umstand, erst recht, wenn man bedenkt, dass statistisch gesehen diejenigen, die zu jung zum Wählen sind, im Regelfall auch diejenigen sind, die am längsten mit den getroffenen Entscheidungen leben müssen.

In Diskussionen über das Wahlalter wird gern angeführt, dass, je jünger man sei, desto geringer die Wahrscheinlichkeit sei, eine fundierte Wahlentscheidung zu treffen. Es gibt aber auch diejenigen, die mit 14 Jahren aus Überzeugung einer politischen Jugendorganisation, beispielsweise den Jungen Liberalen oder den Jusos, beitreten, im Wahlkampf mitmachen und darum werben, an der De-

mokratie teilzuhaben, und das, obwohl sie es selbst noch nicht dürfen.

Auf der anderen Seite habe ich leider häufig erlebt, dass Personen - meist: männlich, verbittert, etwas höheres Alter - Aussagen tätigen wie: „Die Politiker der Altparteien sind alle Verbrecher.“ Hier wird eine fundierte Wahlentscheidung qua Alter nicht debattiert. Soll heißen: Ob und wenn ja, wie ich mich politisch einbringe, ist primär keine Frage des Alters.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Werner Kalinka [CDU])

Die Senkung des Wahlalters geht einher mit Rechten, aber auch mit Pflichten. Dies muss entsprechend begleitet werden, beispielsweise von der Ausweitung des Politikunterrichts sowie dessen früherem Beginn in der Schullaufbahn. Mit Podiumsdiskussionen der politischen Jugendorganisationen allein ist es an den Schulen nicht getan.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Dennoch möchte ich mich an dieser Stelle beim Landesbeauftragten für politische Bildung sowie bei den politischen Jugendorganisationen JU, Jusos, Julis, Grüne Jugend, SSWU und 'solid für ihren Einsatz im jüngsten Landtagswahlkampf bedanken.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In über 100 Schuldiskussionen wurde so versucht, einen politischen Erstkontakt zu den Neunt- bis Elftklässlern herzustellen.

Mittlerweile kann man einen Vergleich mit der übrigen Republik wagen. So darf man in vier Bundesländern das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen bereits ab 16 Jahren ausüben. In allen vier Ländern blieb die Beteiligung der jeweiligen Erstwähler leider unterhalb der Gesamtwahlbeteiligung - auch in Schleswig-Holstein.

Das Kreuzsetzen ist ein schneller Vorgang, der nicht wehtut. Das bedeutet aber nicht, dass diese Wahlentscheidung keine weitreichenden Konsequenzen hätte. Daher kann die Senkung des Wahlalters rechtlich nicht allein gedacht werden. Wir müssen - wenn man es denn will - auch in die Debatte bezüglich Geschäftsfähigkeit und Volljährigkeit einsteigen. Dies wird noch erschwert dadurch, dass die Kollegen der SPD das generelle Wahlalter senken wollen. Sie wollen das „Wahlalter“ senken. Das umfasst das aktive und das passive Wahlrecht. Das bedeutet nicht nur die Erlaubnis zum Kreuzsetzen, sondern auch die Wählbarkeit in den Bundes-

(Dennys Bornhöft)

tag mit 16 Jahren. Ich persönlich finde es zwar konsequent, das aktive und das passive Wahlalter nicht voneinander zu trennen. Dies wirft aber neue rechtliche Problemlagen auf.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der 16-Jährige könnte dann auch Mitglied der Regierung sein!)

- Zum Beispiel! In Bayern allerdings nicht; dort muss man mindestens 40 Jahre alt sein, um Ministerpräsident werden zu können.

In rechtsstaatlicher Hinsicht stelle ich es mir schwierig vor, dass 16-jährige Bundestagsabgeordnete darüber entscheiden müssen, ob wir unsere Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan oder Mali schicken, wohingegen sie selbst sich nicht einmal bei der Bundeswehr einschreiben dürften.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Doch, mit 17!)

- Mit 16 aber nicht. - Beim Bundestag gibt es einen Fahrerservice. Das aber zu später Stunde die oder der Abgeordnete von Mama oder Papa vom Reichstag abgeholt werden müsste oder einen Mutti-Zettel vorzulegen hätte, verdeutlicht die Problematik, die wir bei diesem Antrag sehen.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Daher bedarf der vorgelegte Antrag der SPD-Fraktion der weiteren Beratung - voraussichtlich auch der Veränderung - im Innen- und Rechtsausschuss, gern auch unter Hinzunahme des Sozialausschusses. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort für die AfD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Sayn-Wittgenstein zu ihrer ersten Rede.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Winston Churchill sagte einmal: Wer mit 20 nicht Kommunist ist, hat kein Herz, und wer mit 40 noch Kommunist ist, keinen Verstand.

(Werner Kalinka [CDU]: Sozialist!)

Der britische Staatsmann wusste genau, dass in Jugendjahren impulsive und teils irrationale Entscheidungen getroffen werden, auch in politischer Hinsicht.

(Thomas Rother [SPD]: Das betrifft auch Ältere!)

- Ja, das stimmt. Das sieht man bei Ihnen.

Doch bevor ich auf die juristische Ebene zu sprechen komme, sei eine Studie der Universität Hohenheim genannt, die konstatiert, dass Jugendliche unter 18 Jahren ein signifikant geringeres Interesse an Politik und Wahlen aufweisen als junge Personen über besagter Altersgrenze.

Ich stimme hier dem Bundestagsabgeordneten Paul Lehrieder, CSU, zu, der in einer gleichlautenden Debatte im Bundestag im Jahr 2014 äußerte:

„Fakt ist: Wahlen sind kein Spiel. Ihr Ergebnis muss auf einen öffentlichen, nach Möglichkeit mit rationalen Argumenten zu führenden Diskurs zwischen Wählern und zu Wählenden zurückführbar sein. Das Wahlrecht setzt die Fähigkeit voraus, an einem solchen Kommunikationsprozess mit einigem Verständnis teilzunehmen. ...

Ein solcher Grad an Verstandesreife kann typischerweise bei den über 18-Jährigen leichter vorausgesetzt werden, bei den 16- und 17-Jährigen noch nicht in demselben Umfang.“

(Unruhe SPD)

- Sie können sich ja bei der CSU melden.

Meine Damen und Herren, mir geht es gewiss nicht um die Angst, nach Herabsetzung des Wahlalters würden die Stimmen zu den linken Parteien wandern - ein Umstand, der von Wahlanalysen ohnehin nicht gestützt wird.

Aber zu dem entscheidenden Punkt: Juristen sprechen von der Notwendigkeit der Einheit der Rechtsordnung. Das heißt, die geltende Rechtsordnung darf sich in den Rechtsnormen und Gesetzen nicht widersprechen. Das Grundgesetz regelt in Artikel 38 Absatz 2 eindeutig, dass wahlberechtigt ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Aus gutem Grund haben sowohl Bürgerliches Gesetzbuch als auch das Strafrecht jungen Staatsbürgern erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres die volle Verantwortung für ihr Handeln übertragen. Auch galt die - leider abgeschaffte - Wehr- oder Ersatzdienstpflicht ab 18 Jahren. Mit Vollendung des 18. Lebensjahres sind junge Menschen voll geschäftsfähig. Alle rechtlichen Beschränkungen, denen Minderjährige unterliegen, fallen weg. Auch das passive wie das aktive Wahlrecht werden erlangt.

(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein)

Die Gewährung voller staatsbürgerlicher Rechte geht in unserer Rechtsordnung einher mit den genannten staatsbürgerlichen Pflichten. Die Wahlmündigkeit und die Vollmündigkeit stehen in engem Verhältnis zueinander.

In der verfassungsrechtlichen und auch der entwicklungspsychologischen Diskussion ist die fehlende Mündigkeit der unter 18-Jährigen ein wiederkehrendes Moment gegen eine Absenkung des Wahlalters. Gestützt wird diese Argumentation von der gerichtlichen Praxis. Aus der Auswertung der Verurteilungszahlen wird ersichtlich, dass ein Großteil der verurteilten Straftäter in der Altersgruppe der 18- bis 21-Jährigen, jener Altersgruppe also, der das Wahlrecht ohnehin zusteht, mangels sittlicher Reife nach Jugendstrafrecht verurteilt wird.

Der Verfassungsrechtler Reinhard Mußgnug hat über diese Herabsetzung des Wahlalters zu Recht geurteilt:

„Ein Wahlrecht, das auch die unmündige Jugend mitbestimmen lässt, wer das Volk repräsentieren soll, gibt der Legitimation der Staatsgewalt durch den Zufall Raum. Es degradiert die Wahlen zum Ringen um die Stimmen der Halbwüchsigen. Die Wahlen verkommen zum Infotainmentspiel, bei dem gewinnt, wer die beste Show abzieht.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Zuruf SPD: Das sagen die Richtigen!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Kollege Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vieles ist vorhin schon richtig gesagt worden - außer natürlich von meiner Vorrednerin. Aber in der Tat bedarf es einer Grundgesetzänderung, wollte man das Wahlrecht für Jugendliche unter 18 Jahren auf Bundesebene einführen. Das ist eine große Herausforderung; dennoch ist es in Ordnung, dass man sich dieser Herausforderung stellen will. Insofern bin ich dankbar für den Vorschlag der SPD-Fraktion; denn aus unserer Sicht haben wir mit dem Wahlrecht ab 16 Jahren auf Landesebene recht gute Erfahrungen gemacht.

Das meine ich jetzt nicht parteipolitisch; denn die Stimmen waren im gesamten politischen Spektrum sehr gut verteilt und sind weder nach links noch nach rechts gewandert. Das war ganz okay. Darum geht es auch gar nicht. Vielmehr geht es darum, dass wir Menschen beteiligen, von denen wir denken, dass sie in der Lage sind, vernünftige Entscheidungen zu treffen. Ich weiß, dass Jugendliche im Regelfall schon mit 16 Jahren in der Lage sind, vernünftige politische Entscheidungen zu treffen. Vor diesem Hintergrund ist es dann auch politische Aufgabe, darüber nachzudenken, wie man dies ermöglichen kann.

Sehen wir uns die Wahlbeteiligung an. Bei unserer letzten Landtagswahl - sie ist noch nicht lange her - sind 46 % der erstmals Wahlberechtigten Nichtwähler geblieben. Andersherum gesprochen: 54 % sind zur Wahl gegangen. Das ist eine kleine Mehrheit, natürlich kein so großer Part der Altersgruppe wie bei den ganz Alten - in dieser Gruppe gehen wesentlich mehr zur Wahl -, aber es ist immerhin ein Anfang. Und die Beteiligung der 16- bis 18-Jährigen war größer als die der 20- bis 25-Jährigen. Dies ist unsere Problemgruppe. Diese Gruppe bleibt zu Hause.

Insofern ist dies, wie ich finde, etwas Erfolgreiches. Aus anderen Bundesländern, aus Brandenburg und aus Bremen, hört man die gleichen Zahlen und erfährt von den gleichen Effekten. Vor diesem Hintergrund ist das meiner Meinung nach keine schlechte Idee.

Was spricht eigentlich dafür, meine Damen und Herren, und welche Erfahrungen haben wir gemacht? Bei der vorletzten Landtagswahl haben wir mit der Juniorwahl in ganz wenigen Schulen begonnen, haben dann allerdings Geld hineingesteckt, damit mehr möglich gemacht werden konnte. Die Diskussionen und die Veranstaltungen, die an den Schulen liefen, wurden insbesondere dadurch gepusht, dass es nunmehr Schüler gab - im Übrigen auch schon in den 10. Klassen -, die zum ersten Mal das echte Recht hatten, zur Wahl zu gehen. Das führte automatisch dazu, dass auch die jüngeren Jahrgänge bei den Juniorwahlen entsprechend motiviert mitgemacht haben, weil sie gesehen haben: Es dauert nicht mehr lange, dann darf ich auch! Das ist, finde ich, ein schöner Effekt.

Ich denke - auch das ist wichtig -, wenn wir über Demografie und Generationengerechtigkeit reden, dann geht es auch um die Beteiligung der Generationen. Meine Generation ist super beteiligt. Ich darf alles mitmachen. Ich bin überall dabei und beim Wahlrecht sowieso. Menschen, die etwas jün-

(Lars Harms)

ger sind als ich und die ich, wenn ich 16-jährig wäre, inzwischen auch als alt bezeichnen würde, dürfen das auch alles. Aber jene, für die wir eigentlich Politik machen, jene, über dessen Zukunft wir jetzt entscheiden müssen, dürfen nicht mitreden. Das kann es eigentlich nicht sein.

Wir müssen vielmehr eine Balance zwischen der älteren und der jüngeren Generation finden, was die Einflussmöglichkeiten angeht. Wenn es nur immer darum geht, dass ich die Älteren davon überzeugen muss, etwas für die Jüngeren zu tun, dann ist das nicht richtig. Die Jüngeren müssen auch eine relevante Gruppe sein. Sie müssen eine Gruppe sein, für die es sich „politisch“ lohnt zu kämpfen. - Für uns überzeugte Demokraten lohnt es sich sowieso. Aber manchmal muss eine Partei auch einen Sinn darin sehen, dort noch Stimmen fischen zu können, um auch in diesem Bereich richtig Gas zu geben.

Das spricht auch dafür, dass wir auf Bundesebene und bei Europawahlen das Wahlrecht mit 16 einführen.

Es gibt noch ein, wie ich finde, sehr skandinavisches Argument. In Skandinavien argumentiert man immer mit den Steuern. Man sagt immer: Derjenige, der Steuern zahlt, soll auch darüber mitbestimmen können, was mit dem Geld passiert.

(Thomas Rother [SPD]: Das war beim Kaiser auch so!)

Meine Damen und Herren, auch Jugendliche zahlen schon Steuern. Sie dürfen als Lehrlinge die Kohle abdrücken, aber nicht im Mindesten mitreden, was mit diesem Geld geschieht. Auch das ist für mich ein schwerwiegendes Argument dafür, dass auch Jugendliche mitmachen können sollten.

Ein Letztes. Das ist eigentlich das wichtigste Argument und kann fast schon ohne irgendetwas stehen bleiben: Junge Menschen müssen sich auch mit der Demokratie identifizieren können - wie im Übrigen jeder Mensch. Aber die Grundlage für diese Identifikation ist, dass man mitmachen darf. Und mitmachen ab 16 wäre eine tolle Sache.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Bevor wir zu den Dreiminutenbeiträgen kommen, begrüßen Sie ganz herzlich mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Poul-Due-Jensen-Schule aus Wahlstedt. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich Herr Kollege Dr. Dolgner von der SPD-Fraktion gemeldet.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! - Das ist noch etwas ungewohnt. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Teil der Argumentation bezüglich der Alterskohorten geht irriterweise davon aus, dass die Wahlbeteiligung linear mit dem Alter korreliert. Dem ist nicht so. Die einzig validen Zahlen liegen aus Bremen vor, und diese stammen aus den Jahren 2011 und 2015. Und - damit könnte ich jetzt Weinflaschen gewinnen, aber ich verzichte darauf, indem ich gleich löse -: Die Wahlbeteiligung lag bei beiden Wahlen tatsächlich bei den 16- bis 17-Jährigen unter der durchschnittlichen Wahlbeteiligung. Das ist korrekt. Aber die niedrigste Wahlbeteiligung wies die Alterskohorte von 25 bis 29 Jahren auf. Damit lag sie mehr als 15 % unter der Wahlbeteiligung der 16-Jährigen. Nach dieser Argumentation müsste man also das Wahlrecht mit etwa 25 Jahren entziehen. Und, Herr Kollege Kubicki - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die müssen arbeiten!)

- Die müssen arbeiten. Genau. Nach dieser Argumentation müssen die Frauen wohl weniger arbeiten als die Männer; denn interessanterweise liegt die Wahlbeteiligung bei den 16-jährigen Mädchen in Bremen höher als bei den 40-jährigen Männern. Wenn Sie über Unterschiede in der Wahlbeteiligung diskutieren wollen: Die größten gibt es gar nicht beim Alter, sondern beim Geschlecht. Wir können hier gern einmal untersuchen, warum es in Bremen in der Alterskohorte mit der niedrigsten Wahlbeteiligung einen zehnpromzentigen Unterschied zwischen der Wahlbeteiligung von Männern und Frauen gibt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: In Bremen!)

Damit kann man sehen, dass das ein Scheinargument ist.

(Beifall SPD)

Es ist übrigens altbekannt, dass sich gerade junge Menschen besonders für Politik interessieren. Wir haben ja die Jugendorganisationen, um sie dort abzuholen, damit eben keine Lücke zwischen Schule, politischer Bildung und dem Zeitpunkt, zu dem sie das erste Mal gefragt werden, entsteht. Dass sich die Wahlbeteiligung erhöht, kann man an den Zahlen aus Bremen sehr schön zeigen. Das können wir dann im Ausschuss tun.

(Dr. Kai Dolgner)

Übrigens: Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, das Wahlrecht stehe jedem als Grundrecht zu, eigentlich auch schon dem Säugling, und für die Einschränkung eines Grundrechts brauche man einen zwingenden Grund. Der zwingende Grund muss von jenen kommen, die sagen: Ich möchte schlicht und ergreifend nicht, dass derjenige oder diejenige wählt. Nun können wir uns über eine Grenze von 15, 16 oder 18 Jahren lange unterhalten, aber der Begründungszwang liegt, bitte schön, nicht bei jenen, die nachweisen können, dass zwischen 16- und 18-Jährigen kein politischer Entwicklungsunterschied besteht.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie werden keine Studie finden, die etwas anderes sagt. Es gibt einen Unterschied zwischen 18- und 25-Jährigen, und es zeigt sich im Augenblick übrigens, dass unser tatsächliches Politikverdrossenheitsproblem in der Altersgruppe zwischen 25 und 40 und nicht bei den 16- bis 18-Jährigen liegt. Bei den Männern ist die Wahlbeteiligung, wie gesagt, durchgehend geringer, außer bei den über 70-Jährigen. Hier beteiligen sich interessanterweise die Männer mehr. Herr Kollege Kubicki, wir warten in fünf Jahren auf Ihre ersten Berichte, woran das wohl liegen könnte.

(Heiterkeit und Beifall SPD)

Nun zum Thema des aktiven und passiven Wahlrechts. Es besteht ein Unterschied in der Verantwortung. Beim passiven Wahlrecht, wenn jemand in ein Mandat gewählt wird, hat er Entscheidungen zu treffen, und für diese Entscheidungen muss er meiner Auffassung nach volljährig sein. Aber beim aktiven Wahlrecht geht es um die Repräsentanz: Wem traue ich zu, für mich Entscheidungen zu treffen? Nur darum geht es bei Wahlen. Das kann man viel früher.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Redezeit!

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich komme zum letzten Satz. - Es geht beim Wahlalter von 16 mitnichten darum, dass jemand eine schädliche Entscheidung für sich treffen könnte, wie beispielsweise Alkohol zu trinken, sondern es geht um die Frage: Wem traue ich zu, meine Interessen wahrzunehmen? Genau das können 16-Jährige, und deshalb ist dies auf jeder Ebene das Richtige.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat jetzt der Herr Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote, das Wort.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Herr Landtagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine hochinteressante Diskussion gewesen. Für mich gilt eines: Mitbürgerinnen und Mitbürger - egal welchen Alters und welchen Geschlechts - für Politik zu interessieren, zu begeistern, zu motivieren, ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben, die wir haben, denn es geht um unser Zusammenleben, um unsere Gemeinschaft.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich bereits in der letzten Legislaturperiode in diesem Haus mit der Absenkung des Wahlalters beschäftigt und dies auch für die Landtagswahlen so beschlossen. Bei der vergangenen Landtagswahl am 7. Mai 2017 durften damit die 16- und 17-Jährigen zum ersten Mal in Schleswig-Holstein ihre Stimme abgeben. Das ist in diesem Land nicht die erste Erfahrung mit einer Wahl ab 16. Bereits 1997 - vor 20 Jahren - ist das Recht für Jugendliche zwischen 16 und 17 zur Teilnahme an Kommunalwahlen eingeführt worden. Auch damals war es das Ziel, Jugendliche an Politik heranzuführen, um der - wie es damals wörtlich hieß - grassierenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Begründet - so ist nachzulesen - wurde die Absenkung seinerzeit mit zwei Argumenten: Was auf kommunaler Ebene entschieden wird, sei für die Jugendlichen am ehesten aus der täglichen Anschauung erfassbar und einer eigenen fundierten Beurteilung zugänglich.

Diese Argumentation ist allerdings auf die Wahlen zum Deutschen Bundestag, wie ich finde, nicht unbedingt ohne Weiteres übertragbar. Jetzt geht es um die Unterscheidung für den Gesetzgeber, nicht, was hier sehr wohl diskutiert ist, um die politisch emotionale Würdigung. Es muss folgende Frage gestellt werden: Besteht für den Jugendlichen das notwendige Maß - so heißt es dort - an Persönlichkeitsbildung, verfügt er oder sie über genügend Kenntnisse für eine verantwortliche Wahlentscheidung, die sogenannte Wahlmündigkeit?

Sie haben vorhin völlig zu Recht gesagt: Das Grundrecht billigt jedem Menschen ein Wahlrecht

(Minister Hans-Joachim Grote)

zu. Die Frage ist sicherlich auszuwählen, nicht, wem ich es einräume, sondern wem ich es nicht einräumen kann. Diese Variante des Ansatzes ist völlig richtig. Es geht für uns als Ministerium zunächst einmal um die Frage der rechtlichen Beurteilung. Das Argument, man könne mit der Einräumung des aktiven Wahlrechts für Jugendliche ab 16 etwas an der Politikverdrossenheit ändern, hat sich in den letzten Jahren leider nicht unbedingt bestätigt; denn trotz der Einräumung des Wahlrechts ab 16 gehört die Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe - wir haben es vorhin auch von Herrn Harms gehört - häufig zu den niedrigeren.

Im Rahmen der Ausschussberatungen besteht daher sicherlich auch die Möglichkeit, die Wahlbeteiligungen der ersten 16- und 17-Jährigen bei unserer Landtagswahl zu eruieren und näher zu betrachten.

Sicherlich stimmt es, dass junge Menschen heute einen viel breiteren Zugang zu Medien haben, als es früher der Fall war, und damit mit Sicherheit mehr Informationsmöglichkeiten als früher. Doch die ungefilterten Informationen führen nicht unbedingt immer dazu, dass die jungen Menschen auch besser informiert sind oder sich besser informiert fühlen; denn trotz gesteigerter Informationsmöglichkeiten ist das Interesse an Politik leider nicht unbedingt gestiegen, sondern leider gesunken. Die Bekämpfung von Politikverdrossenheit geht nicht nur damit einher, dass ihnen das Recht zu wählen eingeräumt worden ist, sondern sie müssen - das haben wir vorhin auch in der Debatte besprochen - aktiv in die Wahlmöglichkeit eingebunden werden. Das zusätzliche Mittel, um Politikverdrossenheit zu beseitigen, muss gefunden werden. Es ist zu fragen, ob es einschließlich oder ausschließlich in der Frage einer Wahlmöglichkeit gegeben ist.

Unabhängig von dem messbaren Erfolg bei der Wahlbeteiligung bleibt es somit auch eine politische Frage, aber - das hat Herr Peters hier vorhin sehr ausführlich erörtert - eine politische, eine rechtliche Würdigung. Daher sollten wir dieses Thema im Ausschuss, wie Sie es selbst schon gesagt haben, sehr intensiv diskutieren und vorbereiten. Seitens unseres Ministeriums werden wir diese Beratung gern konstruktiv und mit weiteren Informationen unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/24 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Verfassungsschutzbericht 2016

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/9

Ich erteile dem Herrn Innenminister Hans-Joachim Grote das Wort.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht für das vergangene Jahr, den ich Ihnen heute vorstellen darf, lässt sich in drei Kernbotschaften zusammenfassen. Erstens: Die Lage bleibt angespannt. Zweitens: Sie erfordert weiterhin hohe Wachsamkeit in alle Richtungen. Drittens: Schleswig-Holstein ist alles in allem ein sicheres Land. Aktuell sehe ich vor allem Gefahr durch getarnte einreisende Dschihadisten. Diese Form der Bedrohung hat uns im vergangenen Jahr in besonderem Maße beschäftigt und treibt uns weiter um. Das islamistische Personenpotenzial hat sich 2016 im Vergleich zum Vorjahr von 370 auf 440 Personen erhöht. Dies liegt vor allem daran, dass die Zahl der Salafisten auf 370 gestiegen ist. Diese versuchen nach wie vor, Migrantinnen und Migranten für ihre Ideologie zu gewinnen.

Eine weitere Herausforderung für die innere Sicherheit sind Personen, die sich in Deutschland radikalisiert haben, ebenso Rückkehrer, die sich zeitweilig dem sogenannten Islamischen Staat oder anderen islamistischen Terrororganisationen in Syrien oder im Irak zum Kampf angeschlossen haben.

Auch der Bereich Rechtsextremismus muss uns Sorge bereiten. 2016 hatten wir ein Personenpotenzial von 1.350 Rechtsextremisten im Land, das sind 50 mehr als im Jahr davor.

Parallel dazu stieg auch die Zahl der politisch motivierten Kriminalität von rechts um 145 auf insgesamt 785 Straftaten. Rechtsextremisten werden trotz rückläufiger Flüchtlingszahlen weiter mit rassistisch geprägten Vorurteilen gegen Ausländer und Flüchtlinge hetzen, soziale und wirtschaftliche Ängste schüren und das Bedrohungsszenario einer angeblichen Islamisierung Europas an die Wand

(Minister Hans-Joachim Grote)

malen. Verfängt diese Strategie nicht mehr, versuchen sie über den Umweg rechtspopulistischer Standpunkte Anschluss in der Mitte der Bevölkerung zu finden. Das klingt dann weniger radikal, bleibt aber im Kern rechtsextremistisch.

Wir werden uns frühzeitig inhaltlich mit populistischen und extremistischen Strömungen in allen Erscheinungsformen auseinandersetzen. Wir werden nicht zulassen, dass die Deutungshoheit über gesellschaftliche und politische Themen diejenigen bestimmen, die sich gegen unsere gesellschaftlichen und rechtsstaatlichen Werte stellen.

In diesem Zusammenhang erwähne ich ausdrücklich die sogenannte identitäre Bewegung. Diese Gruppe scheint auf den ersten Blick modern-avantgardistisch zu sein, im Kern jedoch vertritt sie eine zutiefst elitäre und kulturrassistische Ideologie.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Diese Bewegung ist ein einziger Etikettenschwindel. Sie stiftet gerade keine Identität, sondern spaltet die Gesellschaft und sät Hass und Zwietracht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Dennis Bornhöft [FDP])

Ein Problem ist auch die erstarkte Reichsbürgerbewegung. Der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein teilt deshalb alle gerichtsverwertbaren Erkenntnisse zu Reichsbürgern mit waffenrechtlichen Erlaubnissen unmittelbar den zuständigen Waffenbehörden mit, damit dort die waffenrechtliche Zuverlässigkeit geprüft wird und gegebenenfalls Erlaubnisse umgehend entzogen werden können. Wer die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ablehnt, darf keine Waffen besitzen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Angesichts des nahenden G-20-Gipfels in Hamburg weise ich auch auf die linksextremistischen Gruppierungen hin. Der Gipfel am nächsten Wochenende wird ein Haupttagitationsschwerpunkt der Linksextremisten in diesem Jahr sein. Wir rechnen damit, dass dazu auch gewaltorientierte Autonome auch aus Schleswig-Holstein anreisen werden. Massive Ausschreitungen und Gewalttaten sind nicht auszuschließen.

Überraschend sind diese Entwicklungen leider - so sage ich einmal - alle nicht. Die öffentliche Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist ein hohes Gut und ein Garant für das Funktionieren unserer Zivilgesellschaft. Sie muss verteidigt werden, und zwar

mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Die schleswig-holsteinischen Sicherheitsbehörden stellen sich diesen Herausforderungen. Ihnen liegt der umfangreiche Bericht vor. - In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Innenminister. - Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat jetzt für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Dr. Axel Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können in diesen Tagen in fast jede beliebige Nachrichtensendung hineinschauen, um festzustellen, dass es überall auf der Welt - auch hier bei uns - Feinde der Demokratie und unserer offenen Gesellschaft gibt. Es ist eben keine Selbstverständlichkeit, dass demokratische Strukturen dauerhaft erhalten bleiben, und es ist schon gar keine Selbstverständlichkeit, dass sich demokratische Strukturen in der Welt ausbreiten. Deshalb ist es nach wie vor richtig und unabdingbar, dass Deutschland und seine Bundesländer wehrhafte Demokratien sind. Gerade wir hier in Deutschland wissen um den Wert von Demokratie und Freiheit und werden sie schützen und erhalten.

An dieser Stelle gilt mein ausdrücklicher Dank dem Verfassungsschutz des Landes Schleswig-Holstein und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in diesem Sinne einen unverzichtbaren Dienst für unsere Gesellschaft leisten.

Die Herausforderungen zur Stärkung unserer Demokratie werden für uns alle leider eher größer als kleiner. Das gilt auch und besonders für unseren Verfassungsschutz. Es war deshalb richtig, auf die aktuelle Lage mit einer personellen Verstärkung des Verfassungsschutzes zu reagieren. Und es ist deshalb auch richtig und wichtig, dass sich die Partner der Jamaika-Koalition darauf verständigt haben, diesen Weg zum Schutz unserer offenen Gesellschaft bedarfsgerecht und konsequent weiterzugehen.

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht 2016 macht deutlich, dass die Bedrohung sowohl von rechts als auch von links und durch religiös motivierte Extremisten zunimmt. Besonders besorgniserregend ist die steigende Zahl politisch und religiös

(Dr. Axel Bernstein)

ös motivierter Gewalttaten. Wir sind entschlossen, jeder Form der Agitation gegen unsere Demokratie und insbesondere jeder Gewalttat unmissverständlich entgegenzuwirken.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dennis Bornhöft [FDP])

Wir alle haben den aktuellen Verfassungsschutzbericht lesen können. Herr Minister, Sie haben dazu weitere Ausführungen gemacht. Ich sehe deshalb davon ab, auf einzelne Zahlen im Detail einzugehen.

Vielmehr möchte ich die Gelegenheit nutzen, auf einen besonderen Aspekt hinzuweisen, der mir in der Vergangenheit zu wenig Beachtung gefunden hat. Dabei geht es um die Aktivitäten ausländischer Geheimdienste in unserem Land. Der Bericht macht deutlich, dass auch wir in Schleswig-Holstein Ziel ausländischer Spionage sind. Dabei geht es zum einen um Wirtschaftsspionage. Auch kleine und mittlere Unternehmen können im Fokus ausländischer Spione stehen. Das Ausspähen von Know-how richtet volkswirtschaftlichen Schaden an und gefährdet letztendlich Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Dabei geht es sowohl um Informationsbeschaffung durch Agenten als auch um Spionage über das Netz. Beiden Gefahren muss unser Mittelstand entgegentreten, und er muss sie zunächst einmal umfänglich erkennen.

Mir ist es wichtig, auch an dieser Stelle darauf aufmerksam zu machen und dafür zu werben, dass unser Verfassungsschutz ein kompetenter Partner für die heimische Wirtschaft ist und ihr dabei helfen kann, sich vor Ausspähung zu schützen.

Ein besonderes Augenmerk verdient für mich auch der Bereich der gezielten Desinformation durch ausländische Mächte - namentlich wird im Verfassungsschutzbericht hier Russland genannt. Gerade auch im Vorfeld der Bundestagswahlen ist mit weiteren Aktionen zu rechnen. Auch das sind Angriffe auf unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft. Deshalb ist es richtig, solchen Angriffen auf allen Ebenen entschlossen zu begegnen.

Dazu ist auch ein Austausch der Informationen zwischen unseren Sicherheitsorganen wichtig und verbesserungswürdig. Der Koalitionsvertrag sagt deshalb auch an dieser Stelle etwas sehr Wichtiges:

„Der Verfassungsschutz bleibt eine wichtige Säule unserer Sicherheitsarchitektur. Wir werden uns auf der Ebene des Bundes weiter dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und

der Länder verbessert wird. Defizite beim Datenaustausch müssen unter Wahrung aller rechtlichen Vorgaben abgebaut werden.“

Meinen Dank an den Verfassungsschutz möchte ich um den Aufruf an uns alle ergänzen, aufmerksam, wachsam und kritisch zu sein, wenn es darum geht, Feinde unserer Freiheit zu erkennen und unsere Freiheit zu verteidigen, ganz unabhängig davon, aus welcher Richtung und Ecke sie bedroht werden.
- Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt zu ihrer ersten Rede im Schleswig-Holsteinischen Landtag die Kollegin Wagner-Bockey.

(Beifall)

Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, dass unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt ist. Unser Grundgesetz garantiert Menschenrechte, es garantiert Freiheit und Pluralität. Diese Werte sind keine Geschenke. Wir müssen täglich darum ringen und sie verteidigen. Sie können nur gelebt werden, wenn wir als Gesellschaft diese Werte tragen und es einen breiten Konsens darüber gibt.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bevor ich mich konkret dem Verfassungsschutzbericht 2016 zuwende, möchte ich deutlich machen, dass es in meinen Augen zwei unterschiedliche Formen von Bedrohung für unsere freiheitliche Gesellschaft gibt.

Die eine Bedrohung entsteht in der Mitte unserer Gesellschaft. Bei vielen Menschen hat sich ein Gefühl von Desinteresse, Machtlosigkeit und Überforderung in einer komplexen Lebenswelt breit gemacht. Wer so fühlt, sehnt sich nach einfachen Lösungen, und gleichzeitig - das ist ausgesprochen gefährlich - wird populistische Hetze plötzlich gesellschaftsfähig und bietet einen einfachen Orientierungsrahmen. - Das dürfen wir so nicht hinnehmen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Kathrin Wagner-Bockey)

Die andere Bedrohung findet sich am Rande unserer Gesellschaft, im Bereich des politischen Extremismus. Das leitet natürlich direkt über zum Verfassungsschutzbericht.

Dem Verfassungsschutz kommt im Vorfeld der Gefahrenermittlung eine wichtige Rolle zu. Er nimmt im Idealfall frühzeitig Tendenzen wahr, die für die Einschätzung von staatsgefährdenden Problemlagen wichtig sind. Hier möchte ich den Punkt anführen, dass es trotz geringer Fallzahlen eine richtige Entscheidung war, die Reichsbürger und die Identitäre Bewegung zu beobachten. Denn nur durch die Beobachtung stellt man fest, wenn sich Dinge verändern. Darauf wies der Innenminister noch einmal gesondert hin.

Man darf die Reichsbürger und die Identitäre Bewegung nicht als individuelle Spinner abtun, auch wenn sie derzeit offensichtlich keine festen Netzwerkstrukturen aufgebaut haben. Die Waffenaffinität der Reichsbürger und ihre Überlappungen mit der rechtsextremistischen Szene geben Anlass zu berechtigter Sorge.

Meine Damen und Herren, der Staat darf auf keinem Auge blind sein. Der vorgelegte Verfassungsschutzbericht dokumentiert die Wachsamkeit des Staates auf den verschiedensten Feldern des Extremismus. Das ist wichtig, denn nur wenn ich eine Gefahr kenne, kann ich ihr auch begegnen. Verfassungsschutzberichte sind ein guter Gradmesser für Konflikte und Entwicklungen in der Gesellschaft. In einem ersten Schritt geht es also darum, unterschiedliche Bedrohungsszenarien festzustellen, und in einem zweiten Schritt darum, die Gefährlichkeit für das Sicherheitsgefüge der Bundesrepublik zu bewerten. Das alles tut der Verfassungsschutzbericht, und wir als Politiker ergänzen das in unserer Kontrollfunktion.

Im Zuge des bald stattfindenden G-20-Gipfels lohnt ein Blick auf den Linksextremismus. Herr Grote führte das bereits an. Auch ich gehe nicht näher auf die Zahl der Straftaten ein. Sie ist in allen Bereichen des Extremismus gestiegen. Das soll an dieser Stelle genügen.

Linksextremismus ist ein Phänomen, das uns schon seit Jahrzehnten begleitet. Es bietet schon Anlass zur Sorge, dass es auch immer mehr zu Personenschäden kommt, die zumindest billigend in Kauf genommen werden. Rechtsextremisten und extremistische Islamisten sind hier schon einen Schritt weiter: Ihr Ziel ist es, Opfer in der Zivilgesellschaft zu produzieren.

Das rechtsextremistische Personenpotenzial ist erneut angewachsen und die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten deutlich angestiegen. Hier werden ganz zielgerichtet vor allem Flüchtlinge angegangen, die bewusst als Opfer von Gewalt gesucht werden. Der Hass und die menschenverachtenden Entgleisungen der Rechten vergiften unsere Gesellschaft und spalten das Land, Gruppen werden ausgegrenzt, beschimpft und diffamiert.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, das ist nicht hinnehmbar.

Der nächste Punkt ist der islamistische Extremismus, und der hat viele Gesichter. Nicht jeder politische Salafist wird zum Terroristen, aber natürlich erhöht jeder Anstieg von extremistischem Personenpotenzial auch die Torgefahr. Wir als gesamte westliche Welt gehören zum Feindbild der sogenannten Gotteskrieger. Wir haben das in Deutschland im letzten Jahr auch schmerzlich erfahren.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es nicht nur Rückkehrer und Homegrown Terrorists mit migrantischem Hintergrund gibt - es wird gern dieser Eindruck erweckt -, sondern es gibt ein erhebliches Potenzial an deutschen Konvertiten, die sich radikalisiert haben. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen: Wie kommt das eigentlich?

Ich habe mich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, warum sich junge Menschen mehr oder weniger plötzlich radikalisieren. Einheitlich - sowohl für den Bereich des Islamismus als auch für den Bereich des Rechtsradikalismus - kann man sagen: Es sind häufig schwierige Familiengeschichten, es sind Diskriminierungserfahrungen in der Gesellschaft und anhaltende Frustrationserlebnisse.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Redezeit. Danke.

Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:

Ja. - Das ist etwas, worauf wir als Gesellschaft reagieren müssen, und zwar mit Präventionsmaßnahmen.

Zeitgleich zeigt der Verfassungsschutzbericht deutlich, dass die Bedrohungen aus unterschiedlichen Richtungen ansteigen. Deswegen brauchen wir einen wehrhaften Staat, eine gut aufgestellte Polizei

(Kathrin Wagner-Bockey)

und einen gut aufgestellten Verfassungsschutz. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Ich erteile dem Kollegen Burkhard Peters für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Innenminister Grote, vielen Dank für die Darstellung des Berichts. Im linken Spektrum ist zumindest 2016 nicht viel Neues passiert: Stagnation auf relativ niedrigem Niveau, wenig Anschlussfähigkeit für linksradikales Denken. Das marxistisch-leninistische Dogma stirbt aus - und zwar im biologischen Sinne. Aber auch die undogmatische Linke stagnierte 2016 inhaltlich und zahlenmäßig. Wie es sich 2017 im Zusammenhang mit G 20 in Hamburg darstellt, ist in der Tat noch genau zu beobachten.

Dramatisch sind dagegen die Feststellungen des Berichts zum gewaltbereiten Salafismus: Es muss nach der militärischen Niederlage des IS in Syrien und im Irak befürchtet werden, dass überlebende Kämpfer in die westlichen Staaten einsickern und den verlorenen Krieg hier mit Terrortaten fortsetzen.

(Unruhe)

Das ist besonders bedrohlich, weil diese Kämpfer durch den Krieg in grauenhafter Weise brutalisiert und verroht sind, sodass man ihnen in ihrem Hass und ihrer Frustration schreckliche Taten zutrauen muss. Eine hohe abstrakte Gefahr für unser Land ist nicht zu bestreiten. Auch hier finden zum Beispiel große international bekannte Open-Air-Konzerte statt, ich erinnere an Wacken Open Air. Was dort passiert, ist für solche Salafisten die reine Sünde. Deswegen ist dort extreme Aufmerksamkeit ange-sagt.

Eine erschreckende Dynamik zeigt der Bericht ebenfalls im Bereich des Rechtsradikalismus. Ich zitiere:

„Rechtsextremisten aus Schleswig-Holstein waren im Berichtszeitraum so aktiv wie schon seit Jahren nicht mehr.“

Herr Innenminister Grote hat die Zahlen hier dargestellt, ich will es nicht weiter auswalzen. Der Perso-

nalzuwachs bei den Rechtsradikalen findet sich vor allem bei den sogenannten „Neuen Rechten“, namentlich bei den „Identitären“. Das ist ein Rechtsradikalismus, der sich smart gibt und in pseudo-intellektuellem Gewand daherkommt, der Widerstand propagiert und alles Fremde gleichermaßen ablehnt.

In der Denkfigur des sogenannten Ethnopluralismus sind für die Identitären Menschen aus anderen Ländern nicht per se rassistisch minderwertig - das ist der Unterschied zu den Neonazis -, vorausgesetzt, sie bleiben dort, wo nach Ansicht der Identitären ihr natürliches Siedlungsgebiet ist. Wehe aber, die Fremden machen sich auf den Weg in die dem „weißen Mann“ - von wem auch immer - zugewiesenen Regionen dieser Welt. Dann drohe die große Völkervermischung und damit der Verlust kultureller Identität.

Meine Damen und Herren, letztlich herrscht auch in dieser Sichtweise das Dogma, dass das Fremde das Eigene verunreinigt, es schwächt und zersetzt. Die Konsequenzen dieses Denkens sind ebenso fremdenfeindlich und menschenverachtend wie bei den Neonazis. Weil man aber den Nazigeruch abzustreifen versucht, entwickelt sich eine gedankliche Anschlussfähigkeit bei jungen Menschen sowie bis tief ins konservative Milieu.

Dies wird deutlich an den intellektuellen Säulenheiligen dieser Bewegung: Oswald Spengler, Ernst Jünger, Carl Schmitt, Ezra Pound. Das sind alles brillante Geister mit einem teilweise narkotisierend faszinierenden literarischen Oeuvre - vor allem für junge Männer, man denke nur an das Buch „In Stahlgewittern“ von Ernst Jünger. Für den Staatsrechtler Carl Schmitt bedeutete Demokratie Homogenität und nötigenfalls die „Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen“. Oswald Spengler und der US-amerikanische Schriftsteller Ezra Pound waren glühende Verehrer Mussolinis und des italienischen Faschismus. Allen war gemeinsam, dass sie die parlamentarische Demokratie zu tiefst ablehnten und erklärte Feinde von Aufklärung, Menschenrechten und Pluralismus waren. Zum Hitlerfaschismus hatten die Genannten mindestens ein ambivalentes Verhältnis.

An diese irrlichternde Melange knüpft die Identitäre Bewegung an. Darin sehe ich ihre Hauptgefahr: Ihre Propaganda ist für ein gewisses Milieu hochgradig attraktiv und hat das Potenzial, auf diesem Weg innerhalb der Gesellschaft Widerhall zu finden.

AfD-Vizechef Alexander Gauland hat im Januar 2016 schwadroniert:

(Burkhard Peters)

„Es ist die Sache der Polen zu entscheiden, wie viele Flüchtlinge sie in ihrem Volkskörper haben wollen.“

Dies zeigt deutlich, wie viel identitäres Denken da schon eingesickert ist. Auch der stellvertretende Landesvorsitzende und Pressesprecher der AfD-Fraktion in Schleswig-Holstein, der Abgeordnete Schnurrbusch, übernimmt auf der offiziellen AfD-Seite den Leitspruch der Identitären Bewegung:

„Kampf gegen Multikulti: Jede Kultur hat ihren Platz!“

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, auch für Sie gilt die fünfminütige Redezeit.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Meine Rede ist jetzt auch zu Ende. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Ich möchte noch einmal alle Kolleginnen und Kollegen bitten, den Rednern die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist zum Teil während der Reden etwas lauter im Plenum geworden. Es wäre gut, wenn man die Aufmerksamkeit allein den Rednerinnen und Rednern geben würde. Wenn man etwas zu besprechen hat, bitte ich, den Saal kurz zu verlassen. - Vielen Dank.

(Zuruf SPD: Wir werden Sie daran messen!)

Für die FDP-Fraktion erteile ich nun dem Kollegen Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, ich danke Ihnen zunächst dafür, dass Sie Ihren Hinweis vor dem Beginn meiner Rede gegeben haben.

(Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich im Namen meiner Fraktion beim Innenminister - Herr Grote, nicht bei Ihnen, sondern bei dem vorherigen Innenminister - und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes herzlich bedanken. Es ist ein sehr umfangreicher Bericht. Der Bericht wird ja jedes Jahr abgegeben, aber dieser Bericht ist, wie ich finde, besonders aussagekräftig.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich denke, dass der Bericht die Entwicklung in Schleswig-Holstein sehr gut beschreibt und Handlungsbedarfe klar aufzeigt. Der Bericht verdeutlicht, wie wichtig der Verfassungsschutz ist: Er ist für die Verteidigung unserer freiheitlichen Demokratie von essenzieller Bedeutung. Nicht nur, aber auch durch die Überwachung des gewalttätigen Extremismus und die Kooperation mit der Polizei auf diesem Gebiet konnten Gefahrenlagen in Schleswig-Holstein bisher relativ gut beherrscht werden. Das hat zum Beispiel die Festnahme der Boostedter Zelle deutlich gezeigt. Dafür schulden wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamtes und der Polizei unseren besonderen Dank.

Da wir relativ häufig über missliebige Vorkommnisse bei Sicherheitsbehörden mit ausschweifenden Partys und anderen Dingen lesen, will ich einmal sagen: Unsere schleswig-holsteinische Polizei und unser Verfassungsschutz haben diesen Dank und einen Applaus des ganzen Hauses verdient.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was den Inhalt des Berichts betrifft, so möchte ich eines vorweg sagen: Es ist wenig zielführend und in der Sache falsch, wenn man bei der politischen Bewertung die Strömungen des Linksextremismus, des Rechtsextremismus und des islamistischen Extremismus gegeneinander abwägt und dem Gegner reflexhaft vorwirft, er verharmlose einen bestimmten Bereich und sei auf dem rechten oder linken Auge blind. Das hilft uns nicht weiter. Der Bericht zeigt klar und deutlich, dass der Bereich des Rechtsextremismus, sowohl was Qualität und Quantität angeht, als auch in Bezug auf das Personenpotenzial besonders problematisch ist. Man muss dies klar benennen und darauf reagieren. Das werden wir mit einer Stärkung von Präventions- und Aussteigerprogrammen tun.

Ich möchte auch auf eines hinweisen: Wenn Sie beklagen, dass die Situation in der Gesellschaft so ist, wie sie eben ist, dann zeigen wir mit einem Finger auch immer auf uns selbst, denn wir alle tragen in diesem Land seit geraumer Zeit politische Verantwortung. Wir haben offensichtlich in bestimmten Teilbereichen versagt und müssen dies ändern. Das Klagen hilft nicht weiter, sondern das Bekämpfen und Verhindern sind das A und O.

(Beifall FDP und SSW)

(Wolfgang Kubicki)

Ich sage dies, weil ich mich vor dem Hintergrund, dass meine Vorgänger zu vielem bereits ausführlich Stellung genommen haben, auf einen Punkt besonders konzentrieren möchte.

Vorab möchte ich aber noch eine Bemerkung machen. Ich bin lange Zeit, wie viele von Ihnen, Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium. Die Ereignisse um den G-20-Gipfel müssen uns besonders besorgt machen. Wir alle müssen die Demonstranten, die von ihrem legitimen Recht Gebrauch machen, auffordern, sich nicht an Gewalttaten zu beteiligen. Wir wissen, dass sehr viele gewaltbereite Linksextremisten anreisen werden - nicht nur aus Deutschland, sondern vor allem aus Nord- und Südeuropa. Sie kommen nicht, um zu demonstrieren, sondern um Chaos anzurichten.

Wir wollen hoffen, dass dies im Vorfeld verhindert werden kann, damit unsere Polizistinnen und Polizisten gesund aus dem Dienst zurückkehren können. Sie verteidigen auch das Recht von Demonstranten, gegen Staatsoberhäupter wie Putin, Trump und Erdogan demonstrieren zu können - ein Recht, das wir nicht dadurch, dass Gewalttäter dieses Recht missbrauchen, beschneiden lassen wollen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was mich bewegt, ist der religiös motivierte Extremismus. Die Entwicklung im Bereich des Islamismus ist mehr als besorgniserregend. Wenn die Zahl der Islamisten in unserem Land um rund 20 % gestiegen ist, dann muss uns das alle in diesem Haus alarmieren. Auch mit dem Problem, dass die Szene unter den Flüchtlingen Anhänger rekrutiert und diese vermehrt in salafistisch beeinflussten Moscheen verkehren, sollten wir offen und ehrlich umgehen. Wir sollten darüber nachdenken, was auf Bundesebene schon einmal angedacht worden ist, ob wir nicht salafistisch motivierte Moscheen schlicht und ergreifend unter staatliche Beobachtung stellen und sie notfalls auch verbieten; denn wir können nicht zulassen, dass auf dem Boden unseres Grundgesetzes gegen die Freiheit operiert wird und Menschen ausgebildet werden, um genau dies auch zu tun.

(Beifall FDP, CDU, AfD und SSW)

Was wir hier aber auch brauchen, sind mehr Prävention und mehr Deradikalisierung. Denn eines muss uns doch klar sein: Wenn wir die islamistische Szene austrocknen wollen, müssen wir ihr die Grundlage entziehen. Und das gelingt uns nur, wenn wir die Menschen immun gegen die Ideologie des Islamismus machen. Nur so verhindern wir die

Rekrutierung und Radikalisierung neuer Anhänger, insbesondere auch unter Flüchtlingen, die eigentlich unseren besonderen Schutz genießen müssen.

Es ist auch richtig und gut, dass die neue Landesregierung hier einen Schwerpunkt legen wird. Wenn wir sehen, dass das islamistisch-salafistische Potenzial im Land ansteigt, ist es genau der richtige Schritt, dass wir Projekte wie das Landesprogramm gegen religiös begründeten Extremismus in Schleswig-Holstein stärken werden. Dort wird erfolgreich gearbeitet und vor allem auch da, wo es sinnvoll und notwendig ist, mit dem Verfassungsschutz kooperiert.

Genauso wichtig ist, dass wir ein auf den Strafvollzug zugeschnittenes Präventionsprogramm gegen Extremismus etablieren werden. Denn von denen, die nach Syrien gereist sind, um sich dem IS oder anderen Terrororganisationen anzuschließen - das sagt uns auch der vorliegende Bericht -, kommen immer mehr nach Deutschland zurück. Die Anwerbung gelingt auch immer stärker in Strafanstalten. Darauf müssen wir reagieren. Schon heute sind es rund 300, die regelmäßig als sogenannte Gefährder gelten, und mehr als 70 von denen sitzen schon in unseren Justizvollzugsanstalten. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass unsere Gefängnisse keine Brutstätten des Terrors werden.

Ich bedanke mich für den Bericht, ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Für die AfD-Fraktion hat jetzt der Kollege Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Innenminister Grote! Ich bedanke mich für die dreiseitige Betrachtung der extremistischen Bedrohung, wie sie auch im Verfassungsschutzbericht sehr deutlich dargestellt ist. Es ist bereits sehr vieles von dem gesagt worden, was auch ich gern angeführt hätte. Daher werde ich Ihnen einiges davon ersparen und mich entsprechend kürzerfassen.

Es ist richtig, dass dieses Mal tatsächlich die AfD im Verfassungsschutzbericht auftaucht. Das mag für viele überraschend sein, aber es ist in einer anderen Form geschehen, als mancher es sich hier vielleicht erhofft haben mag. Denn die AfD ist Ziel-

(Claus Schaffer)

scheibe linksextremistischer Bestrebungen, Angriffe und Straftaten geworden, und sie ist alleine im Jahr 2016 im Verfassungsschutz dazu deutlich thematisiert worden. Für das Jahr 2017, dessen Bericht im Jahr 2018 erfolgt, werden wir Ähnliches wiederfinden. Wir haben das im Landtagswahlkampf am eigenen Leib erfahren. Ich bin Ihnen dafür dankbar, dass meine Vorredner sowohl den Links- als auch den Rechtsextremismus erwähnt haben, dass dieser beschrieben wurde. Es stimmt mich hoffnungsvoll, dass wir vielleicht auch immer dichter zu einer sachlichen Auseinandersetzung kommen, um der Gefahr des Extremismus zu begegnen. Insbesondere Herrn Dr. Bernstein möchte ich da meinen Dank aussprechen. Das war ein sehr guter, ein sehr ausgewogener Vortrag.

Wir haben mehrfach auch als AfD bekundet, dass wir uns gegen alle Formen des Extremismus stellen werden. Wir werden auch gegen den Rechtsextremismus antreten. Im Übrigen sind wir vom Verfassungsschutz von rechtsextremistischen Störungen und Tendenzen freigesprochen worden. Das hat eine Kleine Anfrage der inzwischen ausgeschiedenen Piratenpartei ergeben. Wir sind sehr bemüht darum, zumindest hier in Schleswig-Holstein - ich sage einmal ganz salopp -, „unseren Laden sauber zu halten“. Wir werden diesen Weg weitergehen, denn wir werden uns hier als konstruktive oppositionelle Kraft darstellen und auch gemeinsam mit der Regierung arbeiten, um das weiter zu erreichen.

Es sind der Dschihadismus, der Salafismus, generell der religiöse Extremismus bereits angesprochen worden. Entgegen der Äußerung im Koalitionsvertrag oder auch in der Regierungserklärung ist es hier deutlich beschrieben worden. Dafür bin ich dankbar. Der Koalitionsvertrag hätte dies in der Form nicht erwarten lassen.

Ich werde gemeinsam mit der AfD-Fraktion überprüfen, ob diesen Worten Taten folgen werden, denn wir haben da ein großes Gefährdungspotenzial. Meine Kolleginnen und Kollegen von der Polizei - Sie wissen vielleicht, dass ich vorher Polizeibeamter war - warten händeringend darauf, dass die Ausstattung, insbesondere die Sachausstattung für diese Fragen endlich erfolgt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich erteile nun das Wort für die Abgeordneten des SSW dem Kollegen Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe es schon mehrfach gesagt, und ich schicke es jetzt wieder voraus: Wir können froh sein, einen so effektiven Verfassungsschutz und eine so hervorragende Polizei in unserem Land zu haben. Die personellen Stärkungen in diesen Bereichen durch die Küstenkoalition und das Weiterführen durch die neue Koalition sind genau die richtigen Schritte.

Fakt ist: Der Bestand an sicherheitsüberprüften Personen hat bis Ende des Jahres 2016 zugenommen und liegt nun bei 1.714 Personen. Außerdem können wir einen Anstieg der politisch motivierten Kriminalität verzeichnen. Dabei wurden 2016 insgesamt 1.172 politisch motivierte Straftaten registriert. 785 von rechts, 237 von links und 59 im Rahmen der sogenannten politisch motivierten Ausländerkriminalität. Insgesamt ist dies eine Steigerung um 228 Taten zum Vorjahreszeitraum.

Mit Abstand sind die meisten Straftaten von Rechten begangen worden. Sie stören unser friedliches Zusammenleben und rechtfertigen das mit einer angeblichen Angst, mit Sorge um unsere Gesellschaft. Sie stellen nicht bestehende Zusammenhänge her, erklären ihre Gewalttaten mit rassistischen Stereotypen und fremdenfeindlichen Parolen über Menschen, die bei uns Asyl suchen. 66 der 785 rechten Straftaten sind Gewaltdelikte, davon wiederum 51 in Verbindung mit Körperverletzungen. Das rechtsextremistische Personenpotenzial ist um 4 % auf 1.350 Personen gewachsen. Man muss den Rechten zugestehen: Auch sie lernen dazu und versuchen seit ein paar Jahren, sich einen modernen, hippen Anstrich zu geben. Aber bloßes Austauschen des Vokabulars, nämlich Kultur statt Rasse und Identität statt Volksgemeinschaft, täuscht nicht darüber hinweg, dass hier weiter ein faschistisches, völkisches und rassistisches Weltbild vorherrscht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen Hinweis möchte ich noch geben, denn tatsächlich bin ich über eine Formulierung des Berichts auf Seite 21 gestolpert. Drei Viertel der gegen Asylunterkünfte gerichteten Taten ereigneten sich in der ersten Jahreshälfte 2016. Dies wird mit den Silvesterübergriffen in Köln und anderen Großstädten und mit der ab Jahresbeginn kontinuierlich abnehmenden Zahl der nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge erklärt. Der Zeitpunkt der Taten ist damit richtig erklärt, aber die Motivation für diese Taten noch nicht, zumindest nicht in diesem

(Lars Harms)

Textbaustein. Gewalt gegen Menschen anderer politischer Einstellung, Hautfarbe oder vermeintlicher Herkunft wurzelt immer in Überlegenheitsgefühl und Menschenhass. Sie ist nicht zu entschuldigen, sie ist ein Angriff auf uns alle, die wir freiheitlich und demokratisch miteinander leben wollen, meine Damen und Herren. Wir müssen uns diesem Gedankengut auf allen Ebenen richtig entgegenstellen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Politisch links motivierte Kriminalität liegt weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz, wenn man das so nennen darf. 237 Straftaten insgesamt, davon 67 Gewaltdelikte. Sachbeschädigungen machen fast die Hälfte dieser Straftaten aus. Die Anzahl der Linksextremisten stagniert mit 670 Personen auf dem Niveau des Vorjahres. Nun ist es natürlich nicht harmlos, wenn Bedienstete der Polizei angegriffen werden. Körperverletzungen, egal ob gegen Privatpersonen oder Menschen, die dem Staatsapparat zugeordnet werden, sind auf das Schärfste zu verurteilen.

Meine Damen und Herren, dem dogmatischen sowie undogmatischen Linksextremismus und ihrem gewaltorientierten Personenpotenzial wird bis auf das ernst zu nehmende Gefahrenpotenzial bei einzelnen Demonstrationen jedoch ein derart bedeutungsloses Zeugnis ausgestellt, dass man zumindest davon sprechen könnte, dass hier derzeit keine größere Gefahr für den Staat besteht, allerdings immer mit Ausnahme der vom Kollegen Kubicki zitierten Reisenden, die demnächst zu uns kommen, um gegen den G-20-Gipfel zu demonstrieren. Da ist natürlich mit dem Schlimmsten zu rechnen. Aber was das Land Schleswig-Holstein an sich angeht, sind wir auf einer relativ sicheren Seite.

Bezüglich der politisch motivierten Ausländerkriminalität und im Besonderen der religiös motivierten Gewalt ist durch den Verfassungsschutzbericht 2016 erneut klar geworden, wie ernst wir diese Thematik in Schleswig-Holstein in den letzten fünf Jahren genommen haben und wie vernünftig wir uns ihr entsprechend angenähert haben.

Der Anstieg der Straftaten auf 59 insgesamt ist vor allem auf die Konflikte zwischen Türken und Kurden zurückzuführen. Das ist also ein sehr spezielles Thema. Die hohe abstrakte Gefährdungslage, die natürlich besteht, von der wir in Deutschland sprechen, war und ist unserer Regierung, unseren Verfassungsschutzbehörden und unserer Polizei bewusst, und ich kann nach wie vor sagen, dass ich Vertrauen in unsere Behörden habe und angstfrei

meinen Alltag lebe, und ich glaube, wir können das alle.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau dafür, dass wir in dieser Angstfreiheit leben dürfen, möchte ich noch einmal im Namen des SSW, aber ich glaube, auch im Namen von vielen, wenn nicht sogar allen hier im Hause unserer Polizei und unserem Verfassungsschutz danken. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Es ist kein Antrag gestellt worden, damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 6 und 7 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/17

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Entschädigung von Abgeordneten

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/18

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/42

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Vielen Dank. - Ich verweise mit Erlaubnis des Landtagspräsidenten auf die Vorlage.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen zur Abstimmung zu a), Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/17.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 19/17. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies mit den Stimmen von der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und den Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der AfD-Fraktion so angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung zu b), Gesetzentwurf der Fraktion der AfD, Drucksache 19/18. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 19/18 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion, den Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der AfD-Fraktion so abgelehnt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 12 A, 12 B und 12 C auf:

Gemeinsame Beratung**a) Einsetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß § 26 Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein**

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/39

b) Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/40

c) Bestellung der Mitglieder der G-10-Kommission gemäß § 26 Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein (Landesverfassungsschutzgesetz - LVerfSchG)

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/41

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache dazu ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung zu a), dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/39. Ich schlage vor, über den Antrag Drucksache 19/39 in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, den Abgeordneten des SSW und der AfD-Fraktion so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung zu b), Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/40. Ich schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint, § 26 Absatz 3 Landesverfassungsschutzgesetz. Ich lasse über den vorliegenden Wahlvorschlag Drucksache 19/40 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so angenommen.

Abstimmung zu c), Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/41. Ich schlage Ihnen auch hier offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren. Ich lasse über den vorliegenden Wahlvorschlag Drucksache 19/41 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch dies einstimmig angenommen.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 19/25

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/25. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Dies ist offenbar nicht der Fall.

Kommen wir zur Abstimmung: Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 19/25 einverstanden ist, den bitte

ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Damit sind wir am Schluss der Tagesordnung. Ich möchte noch kurz bekannt geben: Der Beginn der nächsten, der dritten Tagung des Landtags ist am Mittwoch, dem 19. Juli 2017, um 10 Uhr.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:07 Uhr